

In diesem Heft

Editorial

Essay

MICHAEL LÖWY

Die kulturelle Dimension des Sozialismus

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

HALINA ANTON

Frauen in Merseburg

Dokumentierte Geschichte

JÖRN SCHÜTRUMPF

Für die Versöhnung des deutschen Volkes

von WALTER (ULBRICHT)

Für Deutschland, für unser Volk

Ein bedeutsamer Aufruf des ZK der KPD

Rußland heute

BORIS KAGARLITZKIJ

Sackgassen und Wegscheiden

NIKOLAI PROSTOW

Verlauf, erste Ergebnisse und mögliche Schlußfolgerungen
der Privatisierung der Industrie in Rußland

BORIS W. RAKITSKIJ, GALINA JA. RAKITSKAJA

Privatisierung – Interessen, Absichtserklärungen,

Beteiligte, Methoden und Resultate

OTTO LAZIS

Die KPRF – die Partei der Antiwahl Rußlands

Das Interview

MANFRED KAPLUCK

Kommunisten contra bürgerliche Demokratie?

Das KPD-Verbot und die Folgen

Bücher & Zeitschriften

Wolfgang Röd:

Der Weg der Philosophie.

Bd. 2: 17. bis 20. Jahrhundert,

Verlag C.H. Beck München 1996

(HERMANN KLENNER)

Arbeitsgruppe Alternative

Wirtschaftspolitik: MEMORANDUM '96.

Standortdebatte und Europäische Währungsunion,

PapyRossa Verlag Köln 1996

(HARRY NICK)

Spoleczenstwo Polskie Wobec Martyrologii

I Walki Zydow W Latach II Wojny Swiatowej

(Die polnische Gesellschaft, das Märtyrertum und
der Kampf der Juden im zweiten Weltkrieg).

Instytut Historii PAN,

Warszawa 1996

(GERD KAISER)

Wladmir S. Semjonow:

Von Stalin bis Gorbatschow.

Ein halbes Jahrhundert in

diplomatischer Mission 1939-1991,

Nicolaische Verlagsbuchhandlung Beuermann GmbH

Berlin 1995

(STEFAN BOLLINGER)

Rüdiger Pohl (Hrsg.):

Herausforderung Ostdeutschland.

Fünf Jahre Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion,

Analytica Verlagsgesellschaft mbH Berlin 1995

(ULRICH BUSCH)

Siegfried Bresler:

Heinrich Vogeler,

Rowohlt Taschenbuch Verlag Reinbek bei Hamburg 1996

(ULLA PLENER)

Hinweise an unsere Autorinnen und Autoren

Impressum

Editorial

André Brie hat mit seinem »Stern«-Interview – wieder mal – einen Stein ins Rollen gebracht. Und einen inner-PDSigen Gegenwind produziert, der – wie immer – so überstürzt und hastig angeblasen wurde, daß allein schon dadurch der Beweis der Richtigkeit und Wichtigkeit seiner Wortmeldung erbracht worden ist. Ein Ankommen hat Brie von der PDS gefordert – ein tätiges, ständig neu zu erringendes Ankommen in den zivilisatorischen Möglichkeiten des Grundgesetzes, den emanzipatorischen Chancen der Demokratie, den anstrengenden Widrigkeiten der Emanzipation. Und entgegen schlugen ihm Reaktionen »schon Angekommener«, die zurückführten zu typischen Merkmalen gerade des ganz und gar Unemanzipierten. Eine »Steilvorlage für die CSU« sei der Brie-Ansatz, hörte man von der stellvertretenden Berliner Landesvorsitzenden Roswitha Steinbrenner – und erlebte so das fröhliche Weiterleben uralter und selbsteinschläfernder Feindbild-Rituale. Wolfgang Gehrcke, Sylvia-Yvonne Kaufmann und Angela Marquardt – alle stellvertretende Vorsitzende der PDS – pochten in ähnlichem Sinne auf doch längst mehrfach erbrachte und eindeutige Bekenntnisse der PDS zur parlamentarischen Demokratie und zum Grundgesetz – als ob Brie am »Tatbestand« dieser Bekenntnisse irgendeinen Zweifel gehabt hätte. Als die Debatte in die zweite Woche ging, wurden die Positionsnahmen nicht abgeklärt, sondern kulturloser. Nun war im PDS-Bundesvorstand von »Frechheit« Bries die Rede und von »Beleidigung der gesamten Mitgliedschaft«, und es wurden »Maßnahmen« gefordert. Und alle, die da sprachen, wähten sich ganz auf dem Boden emanzipierten, selbstbewußten Umgangs mit der Demokratie ...

Die Handvoll Menschen, die monatlich diese Zeitschrift zusammenstellt – und dabei allerhöchstselten ganz auf einen Nenner kommt! –, würde sich freuen, wenn der kulturvolle Streitaufruf eines sichtlich um Emanzipation Ringenden auf eine ebenso kulturvolle Antwort träfe. Wobei mit »kulturvoll« nicht nur das eine oder andere faire Wort gemeint ist. Nein, wir haben da durchaus mehr und Anspruchsvolleres im Sinn. Zum Beispiel, daß Brie seine Positions- und Meinungsentwicklung wie kein anderer in der PDS über viele Jahre und ebenso viele Höhen und Tiefen hinweg öffentlich gemacht hat. Er hat sich kontrollierbar und nachlesbar gemacht. Nicht nur mal hier und da, sondern im Gesamtgebäude seiner politischen Pläne, Konzepte und Anschauungen.

Politische Kultur braucht genau diese Art der Emanzipation. Wenn konzeptionelles Denken nur noch in der vielmals verkompromißlerten Form unerhört konsensfähiger Beschlußpapiere vorkommt oder die politische Stellungnahme durch Schlagworte flinkfedriger Öffentlichkeitsarbeitsjournalisten ersetzt wird, bleibt die Kultur eigenständigen Denkens ganz zwangsläufig auf der Strecke. Politikerinnen und Politiker werden als Individuen mit nur ihnen zugehörigen Gedanken, Auffassungen und Schlußfolgerungen immer weniger erkennbar. – Aber auch dann, wenn die Antworten auf eine Herausforderung wie die Brie'sche länger werden, bleibt die Frage: Warum erst als Re-Aktion?

Das AutorInnen-Verzeichnis der »UTOPIE kreativ« liefert den wenig erfreulichen Beweis: Das Interesse der professionellen PDS-PolitikerInnen, sich mit eigenen Ideen, Konzepten, Gedanken und Streitpositionen ganz unverwechselbar und langfristig rückfragbar offensiv in der Suche der PDS nach neuen Ufern zu plazieren, ist geringer geworden. Die Alltagsarbeit, hört man, läßt keine Zeit. Parlamentspapiere, Vorstandsvorlagen, Beschlußentwürfe, Presseerklärungen.

Aber wir haben nicht nur zu wenige Politiker-Wortmeldungen bei Ideen, Konzepten, Gedanken und Streitpositionen, sondern auch bei der schlüssigen Erfahrungsverwertung. Die Vielfalt täglicher PDS-Politik und die Grenzen, an die sie immer und immer wieder stößt – der eine spürt, der andere erahnt sie, aber kaum jemand beschreibt sie. Beschreibt sie emanzipatorisch – will sagen: mit Blick auf und Anspruch ans Kommende; mit dem Mut, für die Erkenntnisse und Schlußfolgerungen beim Wort genommen werden zu können.

Keiner scheue da das Empirische! Im Gegenteil. Jedes beliebige Gespräch mit dem Nachbarn, dem ehemaligen oder neuen Berufskollegen, der Ferienbekanntschaft oder dem Leidensgenossen auf dem Arbeitsamt macht deutlich, daß diese neu entstandene gesellschaftliche Realität »Deutschland« noch immer weitgehend unübersichtlich und kaum schon wirklich politisch verarbeitet ist. Nur wenige, sehr wenige persönliche Bilanzen seit 1990 sind ganz eindeutig schwarz oder weiß. Dominant ist das Gemischte, das Vieldeutige, das von Tag zu Tag sich Verändernde. Und das sträubt sich beharrlich gegen ein politisches Grundmuster – in immer wieder neuer, immer noch un-erfahrener Weise.

Es setzt im übrigen auch manchen Widerhaken an die Brie'schen Ankommens-Ideen. Denn ein von ihm gemeintes Nicht-Ankommen ist keineswegs ein »Privileg« der Älteren. Auch ganz Junge haben gegen ein Ankommen ihre erheblichen Bedenken – und natürlich wäre es viel zu einfach, dies auf den Einfluß der Älteren zu delegieren. Das hat andere Antriebe, und für die gibt es erschreckend einfache und erschreckend massenhaft reale Ausgangspunkte. Denn emanzipatorisch erlebbare oder erkämpfbare Demokratie braucht erlebbare Voraussetzungen – zum Beispiel und zuallererst am Arbeitsplatz. Fehlt der Arbeitsplatz von Beginn des Lebens an, stößt emanzipatorisches Wollen an schier unüberwindbare Hindernisse. Und dann? –

»UTOPIE kreativ« verbindet auch in dieser Ausgabe schmerzhaften Rückblick auf die kommunistische Jahrhundertgeschichte mit dem Versuch, der Realität des Neuen in Deutschland und in Osteuropa näherzukommen. »Die in Rußland wirklich vor sich gehenden Prozesse erlauben weder, sich den offiziellen Erklärungen der Regierung, noch, sich denen der Analytiker der politischen Opposition oder der Vertreter verschiedener Geschäftskreise anzuschließen«, meint Nikolai Prostow, der Vorsitzende der Freien Gewerkschaft »Arsenal« in St. Petersburg, zum Beginn seiner deprimierenden Privatisierungsanalyse. – Das Gewicht der Probleme ist ungeheuer groß. Und doch: An der Mühe des Emanzipatorischen führt – bei Strafe des Rückfalls in die Diktatur – kein Weg vorbei.

WOLFRAM ADOLPHI

MICHAEL LÖWY

Die kulturelle Dimension des Sozialismus

Michael Löwy –
Forschungsdirektor des
Nationalen Zentrums für
Sozialforschung (C. N. R. S.),
Paris.

Man – d. h.: die Medien, die Politiker, die Ökonomen, die Philosophen und andere Experten – erklärt uns, daß der Kapitalismus (der liberale, demokratische, moderne etc. etc.) das Ende der Geschichte ist, die endgültige Etappe der menschlichen Entwicklung, die »natürliche« und »normale« Form des menschlichen Lebens: keine (andere) Zukunft, keine Alternative. Diese Idee ist nicht unbedingt neu: Augustin Thierry, der konservative Historiker des 19. Jahrhunderts, versicherte schon, daß die Juli-Monarchie des Königs Louis Philippe (1830-1848) die höchste und letzte Episode der französischen Geschichte sei. Es handelt sich in der Tat um ein höchst archetypisches Motiv der bürgerlichen Ideologie, für die – nach dem ironischen Kommentar von Marx 1847 – »die Institutionen des Feudalismus...künstliche Institutionen (sind), die der Bourgeoisie natürliche ... Somit hat es eine Geschichte gegeben, aber es gibt keine mehr.«¹ Die pseudo-hegelianischen Spekulationen von Francis Fukuyama, eines wohlbekannten Beamten des State Department, sind nur die letzte Version dieses locus classicus.

Die »progressistische« Vision der Geschichte verglich den historischen Prozeß mit einem stets aus dem Vergangenen fahrenden Zug. Man sagt uns jetzt, daß die kapitalistische Modernität die Endstation ist oder daß die ganze Welt aus dem Zug aussteigen muß. Und wenn dieser Zug tatsächlich weiterrollen sollte, geradewegs auf den Abgrund zufahrend, auf die Katastrophe, den Bruch des ökologischen Gleichgewichts und die Auslöschung des Lebens auf dem Planeten? Walter Benjamin schrieb 1940, daß die Revolution – eher als eine Lokomotive – der rettende Griff der Menschheit nach der Notbremse in einem Zug ist, der auf die Zerstörung zurollt.²

Man – d. h.: die Bankiers, die Philanthropen, die Leitartikler und andere Verteidiger des Realismus, des freien Marktes und der Modernisation – erklärt uns, daß keine Alternative zum Kapitalismus existiert, daß jede Suche nach einem anderen Weg in den Totalitarismus führt oder eine Illusion ist, eine Utopie, ein romantischer Traum, ein hinfalliger Anachronismus. Muß also auf jede Hoffnung auf Veränderung verzichtet werden? Walter Benjamin beobachtete 1921, daß der Kapitalismus eine Religion ist, dessen Kult »sans rêve et sans merci« (»ohne Traum und ohne Erbarmen«, bei Benjamin französisch – d. Übersetzer) ist; er führte etwas Beispielloses in die Geschichte ein: »die Ausweitung der Verzweiflung zum religiösen Weltzustand«.³

Das war niemals so wahr wie heute. Der Kapitalismus als Religion an diesem seltsamen Ende des Jahrhundert markiert die Verzweiflung, die Resignation, den Fatalismus, die Passivität, das Hinnehmen des Gegebenen als »die beste aller Welten« – mit einem Wort: die totale Ausrottung der Hoffnung. Man könnte Dr. Pangloss als ruhmvollen Vorläufer dieser kapitalistischen Theologie oder Theodizee betrachten.

Der Kapitalismus ist alles in allem eine Religion mit vielen Göttern: der Markt, das Geld, die Rentabilitätsrate, die Interessen, der Profit, die Konkurrenz, die Deregulation, der Freihandel. Diese Gottheiten sind höchst anspruchsvoll und verlangen, wie Baal oder Juggernaut, eine wachsende Zahl von grausamen Menschenopfern. Ein beeindruckender Korpus von dogmatischen Versicherungen, von kanonischen Regeln und orthodoxen Prinzipien dient dazu, diese Opferrituale zu legitimieren und zu heiligen. Ein unermeßlicher Klerus von Experten und Managern erklärt die Dogmen des Kultes den profanen Massen und hält dabei die häretischen Auffassungen fern von der öffentlichen Sphäre. Die ethischen Regeln dieser Religion sind jene, die schon vor zweihundert Jahren von dem ökonomischen Theologen Adam Smith etabliert wurden: jedes Individuum verfolge auf die möglichst unerbittlichste Weise sein egoistisches Interesse, ohne seinen Nachbarn Beachtung zu widmen, und die unsichtbare Hand Gottes wird sich mit dem Rest beschäftigen, wobei sie Harmonie und Prosperität für die ganze Nation herbeiführt. Am Eingang dieses kapitalistischen Paradieses kann man die berühmte Inschrift von Dante am Eingang der Tore zur Hölle lesen: »Voi ch'entrate, lasciate cui ogni speranza.« (Ihr, die ihr eintretet, laßt jede Hoffnung fahren) Marx sah sie am Eingang der Fabriken, tatsächlich aber ist es die gesamte kapitalistische Gesellschaft, die heute mehr denn je unter dem düsteren Stern des »keine Alternative« lebt.

Die einzige Antwort auf diese Religion der Hoffnungslosigkeit, auf diese kapitalistische Kultur der Resignation, ist eine Kultur der Hoffnung, inspiriert durch das, was Ernst Bloch das »Prinzip Hoffnung« nannte: eine aktive Hoffnung, subversiv gegenüber der etablierten Ordnung, ein Traum für die Zukunft, der nicht nur ein Traum sein sollte, sondern eine *docta spes*, d. h. eine Hoffnung, die auf aufgeklärtes Bewußtsein und aufgeklärte Kenntnis gegründet ist.⁴ Das »Wunschbild«, die Utopie einer Zukunft, die weder von einer göttlichen Vorsehung noch von irgendeinem ökonomischem Determinismus abhängt: das ist eine objektive Möglichkeit, die in den Widersprüchen des Systems und seiner Krise verwurzelt ist, deren Verwirklichung in der Praxis vom »subjektiven Faktor« abhängt: von der emanzipatorischen Kritik und Praxis.

Der Kapitalismus ist eine merkwürdige Religion, da er keinerlei Glauben verlangt. In seinem großen Werk »Le Dieu Caché«, das den Schriften Pascals gewidmet ist, vergleicht der marxistische Soziologe Lucien Goldmann den christlichen Glauben und den sozialistischen Glauben, ohne den einen mit dem anderen zu assimilieren: Beide haben die Zurückweisung des reinen Individualismus (rationalistisch oder empiristisch) der bürgerlichen Kultur gemeinsam und den Glauben an transindividuelle Werte – Gott,

»Die Ökonomen verfahren auf eine sonderbare Art. Es gibt für sie nur zwei Arten von Institutionen, künstliche und natürliche. Die Institutionen des Feudalismus sind künstliche Institutionen, die der Bourgeoisie natürliche. Sie gleichen darin den Theologen, die auch zwei Arten von Religionen unterscheiden. Jede Religion, die nicht die ihre ist, ist eine Erfindung der Menschen, während ihre eigene Religion eine Offenbarung Gottes ist. Wenn die Ökonomen sagen, daß die gegenwärtigen Verhältnisse – die Verhältnisse der bürgerlichen Produktion – natürliche sind, so geben sie damit zu verstehen, daß es Verhältnisse sind, in denen die Erzeugung des Reichtums und die Entwicklung der Produktivkräfte sich gemäß den Naturgesetzen vollziehen. Somit sind diese Verhältnisse selbst von dem Einfluß der Zeit unabhängige Naturgesetze. Es sind ewige Gesetze, welche stets die Gesellschaft zu regieren haben. Somit hat es eine Geschichte gegeben, aber es gibt keine mehr...« Karl Marx: Das Elend der Philosophie, in: MEW Bd. 4, S. 139.

»Es gibt ein Bild von Klee, das Angelus Novus heißt. Ein Engel ist darauf dargestellt, der aussieht, als wäre er im Begriff, sich von etwas zu entfernen, worauf er starrt. Seine Augen sind aufgerissen, sein Mund steht offen und seine Flügel sind ausgespannt. Der Engel der Geschichte muß so aussehen. Er hat das Antlitz der Vergangenheit zugewendet. Wo eine Kette von Begebenheiten vor uns erscheint, da sieht er eine einzige Katastrophe, die unablässig Trümmer auf Trümmer häuft und sie ihm vor die Füße schleudert. Er möchte wohl verweilen, die Toten wecken und das Zerschlagene zusammenfügen. Aber ein Sturm weht vom Paradiese her, der sich in seinen Flügeln verfangen hat und so stark ist, daß der Engel sie nicht mehr schließen kann. Dieser Sturm treibt ihn unaufhaltsam in die Zukunft, der er den Rücken kehrt, während der Trümmerhaufen vor ihm zum Himmel wächst. Das, was wir den Fortschritt nennen, ist dieser Sturm.«
Walter Benjamin: Über den Begriff der Geschichte, in: Walter Benjamin, Gesammelte Schriften Bd. 1.2, Frankfurt am Main 1974, S. 697/698.

soweit es die Religion betrifft, die menschliche Gemeinschaft, soweit es den Sozialismus betrifft. Beide Glauben sind auf einen Einsatz, eine Wette im Sinne Pascals gegründet: den religiösen Einsatz auf die Existenz Gottes, den sozialistischen Einsatz auf die Möglichkeit der sozialen Befreiung der Menschheit. Diese Einsätze schließen ein Risiko ein, die Gefahr der Niederlage und die Hoffnung auf Erfolg. Beide implizieren einen gewissen Fundamentalglauben ein, der nicht allein auf der Ebene faktischer Urteile bewiesen werden kann. Nach Goldmann ist das, was beide Glaubensformen unterscheidet, der suprahistorische Charakter der religiösen Transzendenz. Ich würde einfach hinzufügen, daß seit den Ursprüngen des Christentums viele Gläubige verstanden haben, daß das evangelische Gebot der Nächstenliebe den historischen Kampf für eine menschliche Gemeinschaft, die freier, egalitär und brüderlich ist, erfordert; und seit dem 19. Jahrhundert haben viele Christen verstanden, daß diese Gemeinschaft der Sozialismus ist.

Lucien Goldmann war nicht der einzige Marxist, der die Bedeutung des Glaubens für den sozialistischen Kampf hervorgehoben hat; lange Zeit vor ihm schrieb der große lateinamerikanische Denker José Carlos Mariategui 1925 in einem Essay (»Mensch und Mythos«): »Die bürgerliche Intelligenz beschäftigt sich mit einer rationalistischen Kritik der Methode, der Theorie, der Strategie der Revolutionäre. Welches Mißverständnis! Die Kraft der Revolutionäre liegt nicht in ihrem Wissen, sondern in ihrem Glauben, ihrer Leidenschaft, ihrem Willen. Das ist eine religiöse, mystische, spirituelle Kraft...Die revolutionäre Emotion...ist eine religiöse Emotion. Die religiösen Motivationen sind vom Himmel auf die Erde versetzt worden. Sie sind nicht göttlich, sondern menschlich und gesellschaftlich.«⁵ Ich möchte einfach das Wort »nur« vor »in ihrem Wissen« einfügen, was sicher auch eine Intention Mariateguis wäre, denn er widmete seine Energie vor allem der Entwicklung einer brillanten Analyse der peruanischen und lateinamerikanischen Gesellschaften.

Einer der großen Irrtümer der führenden Strömungen der Linken im 20. Jahrhundert war es, diesen sozialistischen Glauben durch einen positivistischen und kurzichtigen »Realismus« zu ersetzen: Durch den vorgeblich »realen Sozialismus« der Länder Ost-Europas – eine bürokratische Karikatur der sozialistischen Ideen – und die Realpolitik (im Original deutsch – d. Übers.) der sozialdemokratischen Regierungen (eine schwache Anpassung an die Gesetze des kapitalistischen Systems). Es ist an der Zeit, zu der utopischen/revolutionären Dimension des Marxismus zurückzukehren und den Wert des Sozialismus als eines (noch nicht verwirklichten) Zukunftsprojekts wiederzuentdecken, als eine Hoffnung für die unterdrückte Menschheit, als einen permanenten Kampf für eine menschliche Reorganisation des Lebens, für eine Gesellschaft, deren Ziele und Prioritäten nicht von den blinden Gesetzen des Marktes gesetzt werden (für den Profit einer kleinen Oligarchie), weder durch eine allmächtige Körperschaft von Experten, Bürokraten und Technokraten, sondern demokratisch entschieden durch die Menschen selbst nach einer freien und pluralistischen Debatte.

Das bedeutet keineswegs, daß man die universelle Bedeutung

der Oktoberrevolution leugnet, des ersten Versuchs, die Herrschaft des Kapitals über die Menschheit zu brechen, es bedeutet auch nicht, daß man die Bedeutung der wenigen Erfahrungen geringschätzt, die trotz aller Schwierigkeiten (und nicht weniger autoritärer Deformationen) ein Minimum von gesellschaftlicher Kohärenz und egalitären Prinzipien gesichert haben: die kubanische und die vietnamesische Revolution. Die revolutionären Bewegungen der Vergangenheit, die besiegt wurden – von den Wiedertäufern des Thomas Müntzer zu den Diggers von Winstanley, von den Kommunisten des Babeuf bis zur Commune von Paris 1871 und den deutschen Spartakisten von 1919 bis zu den katalanischen Libertären von 1936 – sie sind ein kostbares Erbe, eine Quelle der Inspiration für die Befreiungskämpfe, die kommen werden: ohne Erinnerung an die Vergangenheit keine Utopie der Zukunft.

Dieser Glaube und diese Utopie sind nicht nur Bilder: sie stützen sich auf eine glänzende, rigorose, unerbittliche Analyse der Realität, die uns zeigt, daß die »Prosperität«, die vom kapitalistischen Weltsystem versprochen wird, das Privileg einer kleiner werdenden Elite ist. Die Länder des Südens werden niemals den fortgeschrittenen kapitalistischen Norden »einholen«, zum einen weil das imperialistische System, das vor einem Jahrhundert auf den Plan getreten ist, nicht mehr den Durchbruch anderer Nationen gestattet (Japan war am Ende des 19. Jahrhunderts das letzte Land, dem es gelang, dem Block der Länder, die »reich« genannt werden, beizutreten) und weil die Verallgemeinerung der Produktions- und Konsumtionsweise des Westens aus offensichtlichen ökologischen Gründen unmöglich ist. Mehr noch, die relative Differenz zwischen dem Pro-Kopf-Einkommen des Nordens und des Südens hat sich in den letzten 20 oder 30 Jahren vergrößert und nicht verkleinert. Darüberhinaus hört die Zahl derjenigen Menschen nicht auf zu wachsen, die in den Ländern des Nordens selbst marginalisiert und von den Privilegien der Zivilisation (Arme, Arbeitslose, unsichere Beschäftigungsverhältnisse, Immigranten, rassische Minderheiten etc.) ausgeschlossen werden, während die Ökonomen erklären, daß die Vollbeschäftigung niemals wiederkehrt.

Die rote und grüne Utopie, deren wir heute bedürfen, antwortet auf eine andere realistische Feststellung: Die kapitalistische Logik des Profits und der Akkumulation wird in den bevorstehenden Dezennien zu einer ökologischen Krise von unvorstellbaren Ausmaßen führen, die das Überleben der menschlichen Gattung bedroht. Wie vor einiger Zeit der marxistische Ökonom Ernest Mandel unterstrich, ist das Dilemma unserer Epoche nicht mehr »Sozialismus oder Barbarei« (die berühmte Formulierung von Rosa Luxemburg im Jahr 1915), sondern »Sozialismus oder Tod«.

Bereits jetzt sind in den Ländern des Südens die Auslandsschulden und die Logik der Härte in der Politik des Internationalen Währungsfonds verantwortlich für den jährlichen Tod hunderttausender Menschen, verursacht durch Unterernährung und endemische Krankheiten, die direkt mit Armut verbunden sind. Kann man das durch »Rückständigkeit« erklären? Zitieren wir ein Dokument aus dem Jahr 1973, die Deklaration von sechs Bischöfen der Region Zentral-West Brasiliens: »Wir müssen den Kapitalismus

»Marx sagt, die Revolutionen sind die Lokomotive der Weltgeschichte. Aber vielleicht ist dem gänzlich anders. Vielleicht sind die Revolutionen der Griff des in diesem Zuge reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse.«

Walter Benjamin: Anmerkungen zu »Über den Begriff der Geschichte«, in: Walter Benjamin, Gesammelte Schriften Bd. I.3, Frankfurt am Main 1974, S. 1232.

»Die klassenlose Gesellschaft ist nicht das Endziel des Fortschritts in der Geschichte, sondern dessen so oft mißglückte, endlich bewerkstelligte Unterbrechung.«
Walter Benjamin: Ebenda S. 1231.

»Man kann im Werk von Marx drei Grundbegriffe namhaft machen und die gesamte theoretische Armatur des Werks als Versuch betrachten, diese drei Begriffe unter einander zu verschweißen. Es handelt sich um den Klassenkampf des Proletariats, um den Gang der geschichtlichen Entwicklung (den Fortschritt) und um die klassenlose Gesellschaft. Bei Marx stellt sich die Struktur des Grundgedankens folgendermaßen dar: durch eine Reihe von Klassenkämpfen gelangt die Menschheit im Verlauf der geschichtlichen Entwicklung zur klassenlosen Gesellschaft. = Aber die klassenlose Gesellschaft ist nicht als Endpunkt einer historischen Entwicklung zu konzipieren. = Aus dieser irrigen Konzeption ist unter anderm, bei den Epigonen, die Vorstellung von der ›revolutionären Situation‹ hervorgegangen, die bekanntlich nie kommen wollte. = Dem Begriff der klassenlosen Gesellschaft muß sein echtes messianisches Gesicht wiedergegeben werden, und zwar im Interesse der revolutionären Politik des Proletariats selbst.«

Walter Benjamin: Ebenda S. 1232.

besiegen: Er ist das große Übel, die angehäuften Sünde, die verfaulte Wurzel, der Baum, der so viele wohlbekannt Fruchte hervorbringt: Die Armut, den Hunger, die Krankheiten, den Tod...Für dieses Ziel ist es nötig, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln (den Fabriken, dem Boden, dem Handel, den Banken) entthront werde...«⁶ Dieses prophetische Dokument unterstreicht die Tatsache, daß diese vergifteten Früchte (man könnte viele andere hinzufügen: Arbeitslosigkeit, Analphabetismus, Prostitution, Kriminalität, Zerstörung der Umwelt) nicht nur aus dem »Mißbrauch« eines »wilden« Kapitalismus herrühren, sondern aus der Logik des Kapitalismus selbst, einem im Innersten perversen System, das auf der Unterordnung des menschlichen Lebens unter die Akkumulation von Sachen (Kapital, Waren, Profite) basiert.

Für unbedarfte Optimisten gibt es keinen Platz mehr: Der Kampf für eine Kultur der Solidarität, der Brüderlichkeit und der Hoffnung gegen die kapitalistische Kultur des individualistischen Egoismus und des Todes sieht sich beachtlichen Hindernissen gegenüber: Der Enttäuschung, die durch die Niederlage der vorgeblich »realen Sozialismen« (in ihren beiden Varianten von Ost und West) verursacht wurde, der reaktionären Gehirnwäsche, die durch die mächtigen Medienapparate bewerkstelligt wird, den Illusionen der Prosperität (oder der individuellen Bereicherung), die das Marktsystem den Augen der Armen vorspiegelt, der Trägheitskraft und dem resignierten Fatalismus der Unterdrückten. Jedoch der Kampf ist möglich, sein Ausgang hängt auch von jedem von uns ab.

Angesichts der Presse mit ihren riesigen Auflagen und der Fernsehender in den Händen der herrschenden Eliten haben die radikalen Volksbewegungen gekämpft – manchmal mit Erfolg. Sie setzten sich dabei nicht nur für eine Demokratisierung der Medien ein, sondern bauten auch alternative kulturelle Projekte auf – die Gewerkschaften, die Organisationen der Linken, ökologische Bewegungen, anti-rassistische Vereinigungen und in gleicher Weise (im Süden) Bauern- und Indigenas-Bewegungen, christliche Basisgemeinschaften, Komitees der Elendsviertel. Die erstaunliche Anzahl von Wählerstimmen für Lula in Brasilien 1989 – gegen den Kandidat der Medien und des Fernsehsenders »Globo« (Fernando Collor de Melo) – und der Sieg des Paters Aristide in Haiti 1991 zeigen, daß der Aufbau einer alternativen Hegemonie, die auf einer breiten Koalition der Armen, der Christen für Befreiung und sozialer Bewegungen basiert, kein unmögliches Ziel ist. Auf der anderen Seite waren die Niederlage des aggressivsten Repräsentanten des Neo-Liberalismus in den USA (Bush), der Sieg der Linken in Litauen und Polen, die Amtsenthebung korrumpierter Präsidenten, die mit dem Weltwährungsfond identifiziert wurden in Brasilien (Collor) und in Venezuela (Carlos Andrés Perez), die Niederlage des Militärputsches von Serrano in Guatemala, die Ablehnung der Privatisierung durch ein Referendum in Uruguay auch Zeichen (noch begrenzte, aber reale) des Anfangs einer Krise der ideologischen neo-liberalen Dominanz.

Angesichts falscher Universalismen – des imperialistischen/westlichen Liberalismus und des Pseudo-Internationalismus der osteuropäischen Bürokratie – und angesichts der Deformationen

der Rationalität erleben wir den Aufstieg einer Vielzahl von gefährlichen Reaktionen, die die Form des Irrationalismus annehmen oder der Rückbesinnung auf nationale Identitäten oder religiöse Intoleranz. In den letzten Jahren haben sich einflußreiche Bewegungen eines religiösen Fundamentalismus, eines aggressiven Nationalismus, von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in der ganzen Welt verbreitet. Ihre Zerstörungen sind in Osteuropa offensichtlich, wo der Niedergang der überkommenen Werte der internationalistischen Arbeiterbewegung den Weg zu einer »Rückkehr des Unterdrückten« geöffnet hat, der mehr und mehr unheilvolle Formen annimmt (Jugoslawien). Aber das Phänomen ist auch in West-Europa wahrzunehmen (Aufschwung des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit) und selbst in einigen Ländern des Südens (religiöser Integritismus, Konflikte verschiedener Gemeinschaften).

In vielen Ländern der Welt tendiert die Religion dazu, mit dem Nationalismus zu fusionieren. Sie trinkt ihn dabei mit einem starken Verführungsreiz und einer »heiligen« Aura. Das ist der Fall beim Katholizismus in Polen und in Kroatien, bei der christlichen Orthodoxie in Serbien und Rußland, beim konservativen Evangelismus in den Vereinigten Staaten, bei der jüdischen Orthodoxie in Israel und beim Islam in Iran. In anderen Fällen sind die Religion und der Nationalismus konkurrierende Rivalen oder sogar Kräfte, die in offenem Konflikt zueinander stehen (wie in der arabischen Welt). Offensichtlich ist es nötig – der sozialistischen Tradition folgend –, zwischen dem Nationalismus der Unterdrückter und dem der Unterdrückten zu unterscheiden, zwischen dem Chauvinismus der imperialen Mächte im »Stil der Großen Nation« und der patriotischen Bewegung der beherrschten Länder. Aber die Unterscheidung ist nicht immer leicht zu machen. Grund dafür ist eine gut bekannte Eigenschaft vieler Nationalismen: Sobald eine unterdrückte Nation befreit ist (oder sogar davor), betrachtet sie es als ihr Hauptziel eine analoge Unterdrückung gegen ihre eigenen Minoritäten auszuüben. Genau das macht sich besonders in Osteuropa und der früheren UdSSR bemerkbar.

Die brutale und intolerante Bejahung des Partikularismus ist eine falsche Alternative, die zu nichts anderem führt als zu Kriegen und brudermörderischen Konfrontationen zwischen den Armen. In Wirklichkeit ist die ausschließende und fremdenfeindliche Bejubelung der eigenen ethnischen oder kulturellen Identität nur der Reflex falscher Universalismen, die die Interessen der herrschenden Eliten maskieren. Der westliche Pseudo-Universalismus beansprucht, auf alle Länder der Welt – und besonders auf jene in der Peripherie – unter dem Deckmantel der »Zivilisation« die Herrschaft des modernen bürgerlichen/industriellen Lebensstil zu übertragen: Das Privateigentum, die Marktwirtschaft, den Produktivismus, den Utilitarismus, den Besitz-Individualismus und die instrumentelle Rationalität.

Eine Kritik dieses Anspruchs besagt nicht, daß man die universellen Leistungen der europäischen Kultur seit 1789 ignoriert wie die Demokratie und die Menschenrechte. Es bedeutet, daß man das falsche Dilemma zwischen einem »westlichen« (kapitalistischen)

»Im Kapitalismus ist eine Religion zu erblicken, d. h. der Kapitalismus dient essentiell der Befriedigung derselben Sorgen, Qualen, Unruhen, auf die ehemals die so genannten Religionen Antwort gaben...

Erstens ist der Kapitalismus eine reine Kultreligion, vielleicht die extremste, die es je gegeben hat. Es hat in ihm alles nur unmittelbar mit Beziehung auf den Kultus Bedeutung, er kennt keine spezielle Dogmatik, keine Theologie. Der Utilitarismus gewinnt unter diesem Gesichtspunkt seine religiöse Färbung. Mit dieser Konkretion des Kultus hängt ein zweiter Zug des Kapitalismus zusammen: die permanente Dauer des Kultus. Der Kapitalismus ist die Zelebrierung eines Kultes sans réve et sans merci. Es gibt da keinen »Wochentag«, keinen Tag der nicht Festtag in dem fürchterlichen Sinne der Entfaltung allen sakralen Pompes, der äußersten Anspannung des Verehrenden wäre. Dieser Kultus ist zum dritten verschuldend. Der Kapitalismus ist vermutlich der erste Fall eines nicht entschuldigenden, sondern verschuldenden Kultus ... Darin liegt das historisch Unerhörte des Kapitalismus, daß Religion nicht mehr Reform des Seins, sondern dessen Zertrümmerung ist. Die Ausweitung der Verzweiflung zum religiösen Weltzustand aus dem die Heilung zu erwarten sei. Gottes Transzendenz ist gefallen. Dieser Durchgang des Planeten Mensch durch das Haus der Verzweiflung in der absoluten Einsamkeit seiner Bahn ist das Ethos das Nietzsche bestimmt. Dieser Mensch ist der Übermensch, der erste der die kapitalistische Religion erkennend zu

erfüllen beginnt. Ihr vierter Zug ist, daß ihr Gott verheimlicht werden muß, erst im Zenith seiner Verschuldung angesprochen werden darf. Der Kultus wird von einer ungeriffte Gottheit zelebriert, jede Vorstellung, jeder Gedanke an sie verletz das Geheimnis ihrer Reife.«

Walter Benjamin: Kapitalismus als Religion, in: Walter Benjamin, Gesammelte Schriften Bd. VI, Frankfurt am Main 1985, S. 100/101.

Paradigma und dem dürftigen Kult kultureller Differenzen zurückweist. Die Herausforderung, auf die eine sozialistische Kultur antworten muß, besteht darin, eine Art neuer Universalität formulieren zu können, eine (im hegelschen Sinn) konkrete Universalität, die die kulturellen, religiösen oder nationalen Besonderheiten nicht leugnet, sondern sie in einer menschlichen und brüderlichen Solidarität integriert (im Sinn der hegelschen Aufhebung (dt. im Original – d. Übers.)). Die weltweite Arbeiterbewegung hatte vor ihrer Krise, die durch die nationalistischen und bürokratischen Praktiken hervorgerufen wurde, die ersten Elemente einer solchen Brüderlichkeit hervorgebracht, in der Erfahrung der Arbeiter-Internationalen, in den Internationalen Brigaden in Spanien. Man findet etwas von diesem Vorgehen im großen Aufschwung der Solidarität während der Kämpfe des Jahres 1968. Der Internationalismus des 21. Jahrhunderts, der Universalismus der Zukunft, findet sich im Keim in dieser sozialistischen revolutionären Tradition, aber auch in den neuen sozialen Bewegungen wie der Ökologie, dem Feminismus, dem Befreiungs-Christentum⁷, den antirassistischen Bewegungen und (in Europa und den Vereinigten Staaten) den Solidaritätsbewegungen mit der Dritten Welt.

Für die sozialistische Kultur ist der wichtigste universelle Wert die Befreiung der menschlichen Individuen von allen Formen der Unterdrückung, der Ausbeutung, der Entfremdung und Entwürdigung. Genau dies ist eine utopische Universalität (in dem Sinn, wo sie noch nicht existiert) im Gegensatz zu ideologischen Universalitäten, die den status quo als Vollendung der universellen menschlichen Kultur darstellen, als Ende der Geschichte, als Verwirklichung des absoluten Geistes. Allein eine kritische Universalität dieser Art, die sich einer befreiten Zukunft zuwendet, könnte den Chauvinismus, den Ethnozentrismus und die Intoleranz besiegen.

Es gibt in den fremdenfeindlichen oder integristischen Bewegungen, die sich besonders während der letzten Jahre entwickelt haben, einen sehr starken irrationalen Bestandteil. Muß man darin eine verständliche Reaktion auf Formen der Unterdrückung durch die imperialistische westliche Rationalität sehen? Die Kritik der Grenzen der instrumentellen Vernunft, die aus der Aufklärung überkommen ist, bleibt berechtigt, solange sie sich im Namen einer höheren, substantiellen, menschlich/konkreten Vernunft vollzieht – wie in der Frankfurter Schule. Sie ist gefährlich, wenn sie die Form einer Rückkehr zum Irrationalen annimmt wie in den integristischen religiösen und konservativen Milieus, die die humanistische Dimension der Aufklärung (Gewissensfreiheit, Toleranz, Menschenrechte) im Namen der Bibel oder des Koran verwerfen, aber die kapitalistische Marktwirtschaft verkünden und munter die zweifelhaftesten Aspekte der Modernität (Tele-Evangelismus!) inkorporieren.

Eine andere falsche Alternative zur Universalität ist die derzeit modische Philosophie der Postmoderne, die das Ende aller Großen Erzählungen der Emanzipation (von der Aufklärung bis zum Marxismus) im Namen einer fröhlichen Vervielfältigung der wechselseitig irreduziblen »Sprachspiele« dekretiert. Die post-modernen Ideologen rühmen die Besonderheit, die Fragmentierung, die

Dissoziation und die Dispersion der sozialen Bewegungen (z. B. in den Vereinigten Staaten die Bewegungen der Frauen, der Afro-Amerikaner, der Autochthonen, der sexuellen Minoritäten) und kritisieren jeden Versuch des Wieder-Zusammenfassens oder der Universalisierung als anachronistischen Rückschritt hin zu den »Großen Erzählungen« der Vergangenheit. Das Ziel einer sozialistischen Kultur besteht im Gegenteil darin zu versuchen, diese Bewegungen untereinander und sie mit der Arbeiterbewegung zusammenzuführen auf der Suche nach einer Konvergenz, einem gemeinsamen Feld, einer Einheit, die die Autonomie eines jeden respektiert, die sie aber vereinigt in einem gemeinsamen Kampf für die universelle Emanzipation.

Die Bilanz des historischen Materialismus

»Der Marxismus ist für die Menschheit endgültig gestorben.« Wer hat das gesagt? Wir können derartige Sätze in Dutzenden Büchern finden, hunderten Artikeln, Leitartikeln und Kommentaren von Zeitungen, die in den letzten Jahren erschienen sind. Dieser Satz wurde jedoch von Benedetto Croce im Jahr ... 1907 geschrieben. Zehn Jahre später bewies die angebliche Leiche eine überraschend gute Gesundheit auf den Straßen von Petrograd und bald danach in Europa und in der ganzen Welt.

Die entscheidende Bedeutung des Marxismus (oder des historischen Materialismus: wir können die mehr abstrakte materialistische Philosophie von Marx und Engels bzw. die »Dialektik der Natur« beiseite lassen) an diesem Ende des 20. Jahrhunderts ergibt sich vor allem aus einer objektiven Tatsache: der absoluten und unbegrenzten Herrschaft des Kapitals über die Welt – in einem weit höheren Grad als zu Zeiten von Marx – und den katastrophalen Konsequenzen dieser Herrschaft für die Menschheit. Dies zu erkennen, führt nicht etwa zu einer dogmatischen Zustimmung zur gesamten konkreten Analyse, die Marx (bzw. Engels) zu diesem oder jenem Aspekt der gesellschaftlichen Realität vorgenommen haben (z. B. der Religion!). Es bedeutet: Bereit zu sein, die Methode von Marx anzuwenden, die er als rationale Dialektik definierte, als »ihrem Wesen nach kritisch und revolutionär«, »weil sie in dem positiven Verständnis des Bestehenden zugleich auch das Verständnis seiner Negation, seines notwendigen Untergangs einschließt«.⁸ Der historische Materialismus bleibt ein unverzichtbares Instrument zum Verständnis der Logik des Kapitals, für die Analyse der Entfremdung, der Verdinglichung, des Warenfetischismus, des Götzendienstes des Marktes, um die Bedeutung des Klassenkampfes, die Rolle der herrschenden Ideologien und des bürgerlichen Staates zu erfassen. Aber (wie es Mariategui sehr gut verstanden hat) der Marxismus ist nicht allein eine Methode der Analyse und Interpretation der Realität. Er ist auch eine Ethik der Solidarität, ein revolutionäres Projekt, die Hoffnung einer gesellschaftlichen Zukunft. Die Philosophie der Praxis (um die Terminologie Gramscis zu verwenden) mit ihrem Gebot, die Welt zu verändern, das sozialistische Projekt, das auf die revolutionäre Selbstbefreiung der Arbeiter gegründet ist und die Utopie einer klassenlosen Gesellschaft, ohne Ausbeutung und Herrschaft, sie bleiben

»Es trägt zur Erkenntnis des Kapitalismus als einer Religion bei, sich zu vergegenwärtigen, daß das ursprüngliche Heidentum sicherlich zu allernächst die Religion nicht als ein ›höheres‹, ›moralisches‹ Interesse, sondern als das unmittelbarste praktische gefaßt hat, daß es sich mit andern Worten ebensowenig wie der heutige Kapitalismus über seine ›ideale‹ oder ›transzendente‹ Natur im klaren gewesen ist, vielmehr im irreligiösen oder andersgläubigen Individuum seiner Gemeinschaft genau in dem Sinne ein untrügliches Mitglied derselben sah, wie das heutige Bürgertum in seinen nicht erwerbenden Angehörigen.«
Walter Benjamin: Ebenda, S. 103.

»In ihrer mystifizierten Form ward die Dialektik deutsche Mode, weil sie das Bestehende zu erklären schien. In ihrer rationalen Gestalt ist sie dem Bürgertum und seinen doktrinären Wortführern ein Ärgernis und ein Greuel, weil sie in dem positiven Verständnis des Bestehenden zugleich auch das Verständnis seiner Negation, seines notwendigen Untergangs einschließt, jede gewordene Form im Flusse der Bewegung, also auch nach ihrer vergänglichsten Seite auffaßt, sich durch nichts imponieren läßt, ihrem Wesen nach kritisch und revolutionär ist. Die widerspruchsvolle Bewegung der kapitalistischen Gesellschaft macht sich dem praktischen Bourgeois am schlagendsten fühlbar in den Wechselfällen des periodischen Zyklus, den die moderne Industrie durchläuft, und deren Gipfelpunkt – die allgemeine Krise. Sie ist wieder im Anmarsch, obgleich noch begriffen in den Vorstadien, und wird durch die Allseitigkeit ihres Schauplatzes, wie die Intensität ihrer Wirkung, selbst den Glückspilzen des neuen heiligen, preußisch-deutschen Reiches Dialektik einpauken.« Karl Marx: Das Kapital, in: MEW Bd. 23, S. 27/28.

immer wesentliche Bestandteile jeder Kultur der Emanzipation.

Das will nicht heißen, daß der historische Materialismus – vor allem in seinen hegemonialen Formen – nicht ernstzunehmende Grenzen hat. Zum Beispiel: Die Ignoranz gegenüber bzw. Unterschätzung von nicht-ökonomischen Formen der Herrschaft (basierend auf der Rasse, der Nation, der Kultur, dem Geschlecht), die Reduktion des revolutionären Subjekts allein auf die Arbeiterklasse (die Bauern, die Frauen, die indigenen Gemeinschaften, die Studenten, die nationalen Minderheiten vernachlässigend). In den Ländern des Südens ist der Begriff des Armen – bzw. der Armutsschicht (pauvretariat im Original – d. Übers.) (»pobretariado«) wie die militanten Christen in Zentralamerika sagen – Grundlage für das Begreifen der Herrschaftsformen und der Möglichkeiten der Revolte, und er impliziert einen Bruch mit einem gewissen »Arbeiterklassentum« (»ouvriérisme« im Original – d. Übers.).

Ebenso wichtig wie diese sind auch die Grenzen des historischen Materialismus gegenüber den ökologischen Problemen. Die seltenen (völlig unzureichenden) Anmerkungen von Marx und Engels zu diesem Gegenstand wurden von der Mehrheit der Marxisten nicht berücksichtigt oder entwickelt (mit einigen neueren Ausnahmen). Um ernsthaft auf die ökologische Herausforderung zu antworten, muß der Marxismus den Kult der Produktivkräfte und die unkritische Lobrede auf die Industrie in ihrer gegenwärtigen Form beseitigen. Er muß begreifen, daß der Kampf für die Verteidigung der Umwelt eine Frage von Leben oder Tod für die gesamte menschliche Gattung ist.

Unglücklicherweise scheint die Mehrheit der Vorschläge für die »Tagesordnung« des Marxismus, die derzeit von den Intellektuellen und den Repräsentanten der Linken gemacht werden, sein revolutionäres Potential zu schwächen. Etwa, wenn versucht werden soll, den Marxismus »mit der Realität in Übereinstimmung zu bringen« – d. h. mit dem kapitalistischen Markt – und ihn zu modernisieren, d. h. dem westlichen Modell von Modernität anzupassen.

Wenn jedoch der Marxismus erneut in Frage gestellt werden muß, der Kritik bedarf und der Erneuerung, dann genau aus dem entgegengesetzten Grund: Sein Bruch mit dem produktivistischen Modell des industriellen Kapitalismus, mit den Grundlagen der bürgerlichen westlichen Zivilisation ist unzureichend, unvollständig, nicht radikal genug. Die marxistische Kritik der patriarchalen Familie, der europäischen Herrschaft über die Kolonien und der industriellen Zerstörung der Natur ist furchtsam, partiell und widersprüchlich. Es wäre nötig, den marxistischen Gegensatz zur kapitalistischen/westlichen Modernität zu radikalisieren, wobei die theoretischen und praktischen Einsichten der gegenwärtigen sozialen Bewegungen wie der Ökologie, des Feminismus und des Befreiungs-Christentums zu integrieren wären.

Das schließt die Perspektive einer neuen Zivilisation ein, die keine »fortschrittlichere« Version des industriellen/kapitalistischen Paradigmas wäre, d. h. als einer Entwicklung, die durch die Produktivkräfte selbst gestaltet wird, sondern eine neue Lebensweise.. Das brächte neue soziale, ethische und kulturelle Werte einer

neuen sozio-ökonomischen Organisation hervor, die gegründet wäre auf: Die Produktion von Gebrauchswerten, eine demokratische Planwirtschaft, auf erneuerbare Energien und die Sorge um die Natur, die Gleichheit der Rassen und Geschlechter, die soziale Brüderlichkeit und die universelle Solidarität.

Die kritische Erneuerung des Marxismus kann viel von der Wiederentdeckung seiner romantischen⁹ Dimension gewinnen, d. h. von dem Willen, einige der besten menschlichen Errungenschaften, der besten sozialen, kulturellen und ökologischen Werte der vor-kapitalistischen Gesellschaften in das Projekt für eine sozialistische Zukunft zu reintegrieren. Das Interesse von Marx und Engels am »Ur-Kommunismus« der Irokesen-Stämme Nord-Amerikas, ihre Hoffnung auf eine revolutionäre Wiedergeburt Rußlands dank der traditionellen Bauerngemeinschaften (z. B. in dem Brief von Marx an Vera Sassulitsch aus dem Jahr 1881)¹⁰ illustrieren diese romantisch/revolutionäre Haltung. Der »gothische Sozialismus« eines William Morris oder eines Gustav Landauer, manche Ideen des russischen Sozialismus der Narodniki, die Arbeiten von José Carlos Mariategui über die gemeinschaftlichen Traditionen der Inkas in der Bauernbevölkerung der Anden, die Forschungen Ernst Blochs, die zur Wiedergewinnung der millenaristischen Träume und Utopien gelangten: All das sind höchst interessante Beispiele dieser Tradition, die in der gemeinschaftlichen Kultur des Befreiungs-Christentums ihren gegenwärtig wichtigsten Ausdruck findet.

Man kann sich eine post-kapitalistische Gesellschaft nicht vorstellen oder schaffen, ohne die Traditionen vor-kapitalistischer Gemeinschaften zu untersuchen, ohne den Widerstand dieser Traditionen gegen die Bulldozer der kapitalistischen Modernisation zu mobilisieren. Es handelt sich nicht um die unmögliche Rückkehr zur Vergangenheit, sondern darum, sich auf die Erfahrungen und Formen vergangenen Lebens gegenüber der »Großen Transformation« (Karl Polanyi) zu stützen, d. h. gegenüber der totalitären Herrschaft des Marktes über das gesellschaftliche Leben, um eine alternative Modernität zu entwerfen, die jener des Kapitals entgegengesetzt ist.¹¹

1. Karl Marx: Das Elend der Philosophie, in: MEW Bd. 4, S. 139.
2. Walter Benjamin: Anmerkungen zu »Über den Begriff der Geschichte«, in: Ders., Gesammelte Schriften Bd. I.3, Frankfurt/Main 1974, S. 1232.
3. Walter Benjamin: Kapitalismus als Religion, in: Gesammelte Schriften Bd. VI, Frankfurt/Main 1985, S. 100-101.
4. Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt/Main 1977 (werkausgabe), Bd. 1.
5. José Carlos Mariategui: El hombre y el mito, El alma matinal, Lima 1970, S. 22.
6. »El grito des las Iglesias«, in: Los Obispos Latinoamericanos entre Medellín y Puebla, San Salvador 1978, S. 71.
7. Ich nenne »Christentum der Befreiung« die gewaltige soziale Bewegung, die sich aus einer Vielzahl von Gruppierungen zusammensetzt, darin eingeschlossen die kirchlichen Basis-Gemeinschaften, das Volks-Priestertum, die Bauerngewerkschaften, die Studenten- und Arbeiterbewegungen, die Wohngebietsvereinigungen, die Zentren der Volksbildung und auch eine Vielzahl von gläubigen Frauen und Männern, von Priestern und Bischöfen: Eine Bewegung, deren grundsätzlicher intellektueller und geistiger Ausdruck seit 1971 die Theologie der Befreiung gewesen ist.
8. Karl Marx: Nachwort zur zweiten Auflage des »Kapital«, in: MEW Bd. 23, S. 28.
9. Die Romantik ist nicht einfach eine literarische Richtung des 19. Jahrhunderts, sondern eine der grundlegenden Formen der modernen Kultur vom 18. Jahrhundert (Rousseau) bis heute. Sie läßt sich als eine Protestatbewegung gegen die moderne, industrielle/kapitalistische Zivilisation im Namen älterer Werte (vor-industrieller bzw. vor-moderner) definieren.
10. Vgl. Theodor Shanin: Late Marx and the Russian Road, London 1983.
11. Vgl. den bemerkenswerten Beitrag von Bastiaan Wielenga zu dieser weltweiten Beratung.

HALINA ANTON

Frauen in Merseburg

Merseburg, im Dreieck zwischen den Großstädten Leipzig und Halle gelegen, war und ist mit den stadtrandangrenzenden »Chemiegiganten« Leuna im Süden und Buna im Norden ein überregional bedeutender Industriestandort. 52,2 Prozent aller Beschäftigten der Region fanden hier bis 1990 ihren Arbeitsplatz in der chemischen Industrie. Damit hatte der Kreis Merseburg die höchste Konzentration von Beschäftigten in einem Industriezweig auf dem Gebiet der DDR überhaupt.¹

Typisch für Leuna und Buna war dabei vom Beginn in den zwanziger Jahren an ein hoher Frauenanteil. Frauen stellten etwa ein Drittel der Beschäftigten. Die Unternehmen richteten zeitig eine Infrastruktur ein, die es den Frauen ermöglichte, im chemietypischen Schichtbetrieb tätig zu sein. Leunas ältester Kindergarten feierte vor kurzem sein 70jähriges Bestehen. Er ist älter als die Stadt Leuna, die erst vor 65 Jahren als Zusammenschluß mehrerer Dörfer Stadtrecht erhielt.

Die Frauenbeschäftigung in der chemischen Industrie der Region ist auch heute, da sich ein gewaltiger wirtschaftlicher Umbruch vollzieht, noch in zweierlei Hinsicht von Bedeutung:

Erstens: Die Tätigkeit in der chemischen Industrie verlangt eine relativ hohe Qualifikation. 1991 waren von allen Beschäftigten:

Un- und Angelernte	16,6 Prozent
Facharbeiter	57,7 Prozent
Meister	1,0 Prozent
Fach- und Hochschulabsolventen	24,6 Prozent ²

Dementsprechend muß bei heute notwendige Veränderungen der Ausgangspunkt nicht im Niveau der liegen. Weiterbildungsmaßnahmen müssen vielmehr die Art und den Inhalt der Qualifikation ins Auge fassen.

»Rollende Schichten« – 12-Stunden-Wechselschicht – und eine hohe Vernetzung der einzelnen Produktionsstufen waren und sind typisch für die chemische Industrie. Daraus ergab und ergibt sich eine hohe Anforderung an die Verantwortung des Einzelnen nicht nur für die eigene Arbeitsaufgabe, sondern auch für die zeitlich und räumlich vor- und nachgelagerten Produktionsabschnitte. Mit seiner/ihrer Tätigkeit beeinflusst der Anlagenfahrer/die Anlagenfahrerin maßgeblich die Quantität und Qualität der nachfolgenden Arbeitsergebnisse.

Halina Anton – Jg. 1953;
Dr. oec., bis März 1996 an
der Technischen Hochschule
Merseburg und an der Mar-
tin-Luther-Universität Halle
auf dem Gebiet der Volks-
wirtschaftslehre tätig.

1 Vgl. Günter Trepte u.a.:
Tendenzen der Beschäf-
tigung und des Arbeits-
marktes in ausgewählten
Problemregionen. KSPW-
Projekt 1992.

2 Ebenda.

Zweitens: Nicht nur das Qualifikationsniveau ist hoch, sondern auch das Niveau des Berufsstolzes. Die Arbeitsaufgabe einer Anlagenfahrerin in der chemischen Industrie bestand nicht allein in Tätigkeiten in der Meßwarte wie der Kontrolle oder gegebenenfalls auch der Korrektur des Produktionsablaufes. Auch Aufgaben in der Außenanlage – also im Freien – standen an, was körperlich schwere Tätigkeiten einschloß. Viele Frauen waren als Ingenieure tätig. Damit hatten sie »Fuß gefaßt« in typischen Männerberufen.

Fazit: Bei den Frauen prägte sich ein Stolz heraus, der darauf beruht, daß sie sich durch ihre und in ihrer Arbeit bestätigt fühlten. Sie »sind wer und können was«. Ihre Berufstätigkeit ist Bestandteil einer Emanzipation, die nicht allein auf die ökonomische Selbständigkeit zu reduzieren ist. Sie ist ausschlaggebend für das Selbstbewußtsein der Frauen, etwas leisten zu können. Die Frauen haben die Erfahrung gemacht, daß Familie und Beruf vereinbar sind.

Dieses Bewußtsein läßt sich so schnell nicht erschüttern. Und so spiegelt es sich auch heute in dem hohen Prozentsatz von Frauen, die trotz des unerhört weitgehenden Abbaus von Arbeitsplätzen in der Chemie weiterhin berufstätig sein wollen. Diese Frauen haben die Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit all ihren Problemen selbst erlebt, haben sie sich persönlich erstritten. Die Gesellschaft hatte ihnen dafür die Rahmenbedingungen geschaffen, die zur Zeit abgebaut werden. Der hohe Anteil von Alleinerziehenden und Alleinstehenden an den Frauen im arbeitsfähigen Alter – ca. 25 Prozent – macht ebenfalls deutlich, daß die Frauen die Herausforderung der Koordination von Beruf, Familie und Kinder angenommen haben und sie auf ihre Art bewältigen.

Frauen und Arbeitslosigkeit

Von den 42.735 Einwohnern Merseburgs (Stand: 30. Juni 1995) ist – wie in der Weltbevölkerung üblich – die Mehrheit weiblichen Geschlechts. Exakt lautet die Zahl 22.218. Das entspricht einem Anteil von 51,99 Prozent.

In der Arbeitslosigkeit aber sind die Frauen überproportional zu ihrem Bevölkerungsanteil vertreten. Aus dem Arbeitsmarktbericht für das Hauptamt Merseburg (der Einzugsbereich erfaßt ungefähr das vor der Kreisreform bestehende Kreisgebiet) ist folgender Anteil der Frauen an der Arbeitslosigkeit abzulesen:

	Personen insges.	davon Frauen in Personen	Anteil
September 1995	6.695	4.275	63,9 %
Dezember 1995	7.134	4.346	60,9 %
Januar 1995	8.256	4.821	58,4 %
Februar 1995	8.593	4.847	56,4 %
März 1995	8.418	4.674	55,5 %

Diese Zahlen machen deutlich, daß der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen 1995 über 60 Prozent betrug. 1996 sinkt zwar dieser prozentuale Anteil, aber die absoluten Zahlen steigen bzw. liegen über den vom vergangenen Jahr. Verringert sich die Zahl der

Leuna-Werke »Walter Ulbricht«, VEB; größter Chemiebetrieb der DDR, in Leuna; etwa 30.000 Beschäftigte. Der ehem. Betrieb des IG-Farben-Konzerns wurde nach 1945 zunächst SAG-Betrieb u. 1954 in Volkseigentum übergeführt; nahm eine hervorragende Entwicklungen unter den Bedingungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht; u.a. Aufbau von Leuna II (arbeitet auf petrochem. Basis); etwa 400 Verkaufsprodukte (Diesel- und Vergaserkraftstoffe, Stickstoffprodukte, Plaststoffe usw.) – Die L. sind ein histor. bedeutendes Zentrum der revolüt. Arbeiterbewegung (s. März-kämpfe); starker antifaschist. Widerstandskampf bes. seit 1942: Widerstandsorganisation unter Führung A. Bauermeisters (Juli 1944 verhaftet). Meyers Universal Lexikon, Leipzig 1979.

Buna-Werke, Kombinat VEB Chemische Werke Buna: eines der größten Chemiekombinate u. einer der größten Chemieexporteure der DDR; Stammbetrieb in Schkopau. Hauptprodukte: Plast- und Elastgrundstoffe; ca. 28.000 Beschäftigte. Meyers Universal Lexikon, Leipzig 1979.

Arbeitslosen zu Beginn des Frühjahres, geht die Zahl der arbeitslosen Frauen in einem weit geringere Maße zurück. Frauen partizipieren weniger als die Männer am saisonalen Aufschwung des Arbeitsmarktes.

Von den zahlreichen wirtschaftspolitischen Theorien, die es zur Erklärung der Arbeitslosigkeit gibt, soll an dieser Stelle nur auf eine verwiesen werden. Ragnitz meint, daß »die Unterbeschäftigung in Ostdeutschland nicht allein Folge einer geringen Arbeitsnachfrage..., sondern zu einem erheblichen Teil auf ein im internationalen Vergleich überaus hohes Angebot an Arbeit zurückzuführen« sei.³ Dieses »überdurchschnittlich hohe Arbeitsangebot« sei für »rund 52 v.H. der bestehenden Unterbeschäftigung« verantwortlich. Mit anderen Worten: Würde sich die »Erwerbsneigung« in Ostdeutschland der in den alten Bundesländern anpassen, könnte die Zahl der Arbeitssuchenden erheblich verringert werden! Jedenfalls rein rechnerisch.

Ragnitz hat keine explizite »Frauenrechnung« aufgemacht. Aber seine Betrachtungsweise legt schon nahe: Zu viele Frauen, die im erwerbsfähigen Alter sind, fragen auf dem Arbeitsmarkt nach Arbeit nach, und das Angebot kann dem nicht entsprechen. Ragnitz betont zwar, daß er keine Empfehlung dafür aussprechen kann, über eine Reduzierung der »Erwerbsneigung« die Arbeitslosenzahlen zu verringern, meint aber: »Geht man von einem tendenziellen Rückgang der Erwerbsneigung aus – und hierfür spricht auf lange Sicht mancherlei –, so wird sich das Unterbeschäftigungsproblem schon von dieser Seite her allmählich verringern.«⁴

Mit dieser These bleibt etliches unberücksichtigt. Zum Beispiel die Tatsache, daß sich in den alten Bundesländern die Erwerbsneigung der Frauen in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht hat. Oder die Überlegung, woraus die »Erwerbsneigung« eigentlich resultiert. Die Berufstätigkeit der Frauen in den neuen Bundesländern entspringt ja nicht allein einem – vielleicht sogar nur kurzfristigen – ökonomischen Kalkül. Es gibt vielmehr einen hohen Prozentsatz alleinstehender und alleinerziehender Frauen, die auf eine Erwerbstätigkeit angewiesen sind. Und: Da in Ostdeutschland die Arbeitslosigkeit generell deutlich höher ist als in Westdeutschland, sind auch mehr Männer arbeitslos, woraus nicht selten folgt, daß die Frauen den Alleinverdienerplatz in der Familie eingenommen haben.

Und schließlich – siehe oben –: Das wirtschaftliche Interesse an einer Erwerbstätigkeit ist nur die eine Seite. Es ist in der DDR über Generationen ein verändertes sozialisiertes weibliches Kulturmuster entstanden. Es räumt der Berufstätigkeit einen gleichen Rang wie den Mutter- und Familienpflichten ein. Welche Begründung sollte es daher für einen Rückgang der »Erwerbsneigung« von Frauen geben? Ist solch eine Erwartung nicht vielmehr nur ganz tradierter Männerwunsch, geboren aus der Unfähigkeit, über eine aktive Arbeitsmarktpolitik Arbeitsplätze zu schaffen? Die Alternative, daß Frau mit Kind zu Hause bleibt, entspricht nur dem Wunsch einzelner Frauen. In den neuen Bundesländern sind es 1996 nur 13 Prozent der Frauen, die es sich vorstellen können, nur Hausfrau und Mutter zu sein. 32 Prozent der ostdeutschen

3 Joachim Ragnitz: Strukturwandel und Beschäftigung in Ostdeutschland, in: List Forum, Band 21/1995, S. 124-141, S. 125.

4 Ebenda, S. 126.

Frauen hingegen finden ein Leben als vollberufstätige Frau attraktiv.

Eine stärkere (Re-)Integration von Frauen ist ohne zusätzliche Maßnahmen der Beschäftigungsförderung und zugleich der strukturellen und finanziellen Ermöglichung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Frauen nicht zu erwarten.⁵ Was tut sich in diesem Sinne in Merseburg? Die vom Stadtrat neu beschlossene Konzeption zur Entwicklung der Kindereinrichtungen in der Stadt betrachtet die Kindereinrichtungen allein unter finanzpolitischen Gesichtspunkten. Es werden weniger Kinder geboren – also reduziert sich der Bedarf an Plätzen – also werden Einrichtungen geschlossen, wird den Erzieherinnen gekündigt. Fragen nach den dadurch zwangsläufig immer längeren Anfahrtswegen werden ebenso wie die nach der Qualität der Betreuung nicht gestellt. Von einer Verbesserung der sozialen Infrastruktur für eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen kann keine Rede sein. Von den 35 Kindereinrichtungen, die es 1989 in der Stadt gab, werden im August 1996 noch 16 Einrichtungen in der Trägerschaft der Stadt sein. Dazu kommt, daß sich der finanzielle Anteil, der durch die Eltern zu tragen ist, weiter erhöht hat.

Infrastruktur zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie: das wäre auch ein öffentlicher Nahverkehr, der kurze Wege von Wohngebieten zu Betrieben, Kindergärten und Einkaufszentren schafft. Aber wie bei den Kindergärten dominiert auch hier das ganz unmittelbare finanzpolitische Kalkül.

Wie »natürlich« auch in den Betrieben selbst. Frauen, die durch Schwangerschaft und Krankheit der Kinder »teurer« sind als Männer, »rechnen« sich nicht. Auch in Merseburg sind die arbeitsmarkt- und frauenpolitischen Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Betriebe nur äußerst gering. Sanktionen und Auflagen, die einen Anreiz zur Beschäftigung geben sollten, bringen – so sie denn in der Privatwirtschaft überhaupt Anwendung finden – nur partielle Änderungen. Ihre Nichteinhaltung ist kein Problem. Das spiegelt sich z.B. in der Möglichkeit selbst des öffentlichen Dienstes wider, sich von der Pflicht zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderungen finanziell »ablösen« zu können.

Es bedarf wohl kaum noch der Hervorhebung, daß mit dem hier unternommenen Blick auf die Arbeitslosigkeit der Frauen eigentlich ein Blick auf deren Erwerbslosigkeit unternommen wurde. Denn in Merseburg wie anderswo auch sind die Frauen nicht vor allem arbeits-, sondern erwerbslos. Die unbezahlte Arbeit in der Familie, im Haushalt und in vor allem mit der Entwicklung der Kinder verbundenen »Ehrenämtern« lastet zum weit überwiegenden Teil auf den Frauen.

Frauen und Sozialhilfe

Der Anteil der Frauen liegt in der Gesamtsumme der Sozialhilfeempfänger immer über 50 Prozent. Erschreckend ist darüber hinaus vor allem die Zahl der jungen weiblichen Sozialhilfeempfänger. In der Altersgruppe von 18 bis 40 Jahren stellen sie über 60 Prozent der Sozialhilfeempfänger – genau also in jenem Alter, in dem zunächst die Grundlage für die berufliche Entwicklung geschaffen und von dem insgesamt gesagt wird, daß es durch eine gute

5 Vgl. IAB werkstattbericht, Nr. 8 vom 11. Juni 1993.

Merseburg: Krst. im Bz. Halle, auf dem hohen linken Saaleufer; 53.000 Ew.; Braunkohlentagebau M.-Ost, Aluminiumwerk (Alufolie), Zellstoff- und Papierfabrik, Baustoffind.; Bahnknoten; Techn. Hochschule für Chemie Leuna-M., Fachschulen, Landesarchiv, Museum; neue Wohnviertel für Chemiewarbeiter; Stadtautobahn Leuna-M.-Schkopau; am hohen Saaleufer roman-spätgot. Dom u. Schloß (15./17.Jh.); Neumarktkirche (13. Jh.). Meyers Universal Lexikon, Leipzig 1979.

Leistungsfähigkeit geprägt ist. Damit wird vorprogrammiert, daß der Anteil der Frauen, die im Alter auf Sozialhilfe angewiesen sind, steigt. Gleichzeitig wachsen Kinder in der von Sozialhilfe geprägten Umwelt auf. Langzeituntersuchungen in den alten Bundesländern zeigen, daß damit für die nächste Generation eine Vorprägung stattfindet: Diese Kinder werden, wenn sie erwachsen sind, zu einem hohen Prozentsatz erneut auf Sozialhilfe angewiesen sein.

In der Stadt Merseburg hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger im einzelnen wie folgt entwickelt:

Altersgruppe	<18	18-25	26-30	31-40	41-50	>50	Gesamt- personen
	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	
1992							
Personen	keine	111	51	74	38	24	298
davon weibliche	Angaben	69	31	30	13	13	156
in Prozent		62,2	60,8	40,5	34,2	54,2	52,3
1993							
Personen	keine	158	150	17	71	47	597
davon weibliche	Angaben	119	92	92	36	14	353
in Prozent		75,3	61,3	53,8	50	29,8	59,1
1994							
Personen	825	219	217	279	125	80	1745
davon weibliche	375	141	125	161	61	33	900
in Prozent	49,5	64,4	57,6	57,7	48,8	41,3	51,6
1995							
Personen	903	284	241	295	135	98	1956
davon weibliche	436	183	146	175	63	57	1060
in Prozent	48,3	64,4	60,6	59,3	46,7	58,2	54,2
1/1996							
Personen	750	333	183	254	164	1591	1843
davon weibliche	345	203	112	162	82	101	1005
in Prozent	46	61,4	61,2	63,8	50	63,5	54,5

Die Anteilzahlen in den Altersgruppen über 40 Jahre lagen zunächst deutlich unter denen der jüngeren Altersgruppen. Das war wohl zum einen darauf zurückzuführen, daß die Frauen sich in Maßnahmen des »zweiten Arbeitsmarktes« befanden oder – bedingt durch ihre langen Arbeitsjahre – eine eigene und »ausreichende« Rente erhalten. Möglicherweise melden sich gerade Frauen dieser Altersgruppen auch zögernder oder gar nicht beim Sozialamt. Die Entwicklung der Zahlen seit 1995 zeigt aber auch, daß die Unterschiede zwischen den einzelnen Altersgruppen geringer werden.

Frauen und Umschulung

Im Hauptamt Merseburg waren um die Jahreswende 1995/96 Frauen wie folgt arbeitslos und in Fortbildung und Umschulung (FuU):

	Arbeitslose in Prozent	Eintritt in FuU in Prozent
September 1995	65,6	66,8
Dezember 1995	63,0	64,8
Januar 1996	59,4	51,8
Februar 1996	56,5	65,5
März 1996	56,7	55,9

Der Anteil der Frauen, die sich in der Fortbildung und Umschulung befinden, entspricht in etwa dem ihres Anteils an den Arbeitslosen. Die Integration der Frauen in Maßnahmen der Fortbildung und Umschulung hat ohne Zweifel ihre positiven Wirkungen. Nicht allein – obwohl dies nicht zu unterschätzen ist! – weil sie in dieser Zeit vom Arbeitsamt ein Unterhaltsgeld erhalten und ab einer bestimmten zeitlichen Dauer der Maßnahme diese einen erneuten Anspruch auf Arbeitslosengeld begründet. Bildung wird von einigen Frauen auch als ein Wert an sich gesehen: »frau wird davon ja nicht dümmern.«

In der Tat finden wichtige Dinge statt. Die Frauen eignen sich neue Qualifikationen an, auch wenn sie bereits über einen qualifizierten Berufsabschluß verfügen. Sie bilden sich weiter, werden umgeschult, vertiefen ihre Kenntnisse und vervollkommen ihre Fähigkeiten. Sie erhöhen ihre Flexibilität, um den Anforderungen des Arbeitsmarktes besser zu entsprechen. Sie stellen sich auf die Bedingungen des Arbeitsmarktes ein.

Aber ist auch das Umgekehrte der Fall? Ist der Arbeitsmarkt auf die Kompetenz der Frauen eingestellt? Kann er diese Kompetenz »verwerten«?

Mit ihrer neuen Qualifikation drängen die Frauen nicht schwächer, sondern stärker auf den Arbeitsmarkt. Die Frauen erneuern ihren Anspruch auf Arbeit. Und nicht auf irgend eine. Sie sind qualifiziert, verfügen oftmals über die neuesten Kenntnisse auf einem Spezialgebiet. Trotzdem müssen sie feststellen, daß sie nicht oder nur in einem geringen Maße und nicht ihrem erworbenen Wissen entsprechend auf dem Arbeitsmarkt erwünscht sind. Es ist keine Arbeit für sie da – weder hinsichtlich der Quantität noch der Qualität.

Dieser Widerspruch ist erheblich: Die Frauen meinen, sich mit einer Teilnahme an Fortbildung und Umschulung auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes einzustellen, der Arbeitsmarkt hat jedoch keinen Bedarf an den Frauen. Das sind bedeutende Strukturverfaltungen. Die Qualifizierung der Frauen ist eine Qualifikation »auf Halbe«. Die Frauen »verschwinden« in der Qualifikation. Ihre Fortbildung und Umschulung schön die Statistik. Ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessert sie kaum.

Frauen und ABM

In ABM waren an der Jahreswende 1995/96 im Bereich des Hauptamts Merseburg beschäftigt:

	Arbeitslose in Prozent	ABM-Beschäftigte in Prozent	darunter 249 h in Prozent
September 1995	65,6	54,1	32,0
Dezember 1995	63,0	51,4	32,0
Januar 1996	59,4	51,9	28,5
Februar 1996	56,5	54,6	35,6
März 1996	56,7	54,3	35,5

Nur knapp mehr als die Hälfte der durch ABM zur Verfügung gestellten Beschäftigungsmöglichkeiten kommt Frauen zugute – das ist weniger, als der Anteil der Frauen an der Arbeitslosigkeit ausmacht. Noch größer wird die Differenz, wenn die »besseren ABM«, die Maßnahmen aus 249h, hinsichtlich ihres Anteils an Frauen im Hauptamt Merseburg betrachtet werden. Die Frauen stellen zwei Drittel der Arbeitslosen, werden aber nur zu einem Drittel in 249h beschäftigt. Die Begründung, daß bei diesen Maßnahmen ein besonderes Gewicht die Abriß- und Sanierungsarbeiten an den beiden Chemiestandorten Leuna und Buna haben, ist recht fadenscheinig, soll doch mit 249h ausdrücklich auch Beschäftigung in sozialen Diensten und der Jugendhilfe gefördert werden. Und das sind Tätigkeiten, die meist den Frauen vorbehalten werden. Daß an ihnen auch in Merseburg genügend Bedarf besteht, steht außer Zweifel.

Frauen und Kommunalpolitik

Damit Frauen berufstätig sein können, bedarf es – wie gezeigt – nicht nur arbeitsmarkt-, sondern auch kommunal- und jugend- und verkehrspolitischer Einflußnahme. Wie sind Frauen selbst an dieser Einflußnahme beteiligt?

Wenn Frauen auf dem Arbeitsmarkt weniger Chancen haben, wo engagieren sie sich dann? Wo sind die Frauen zu finden? Was wollen und was können sie? Welche alternativen Möglichkeiten gibt es für sie, welche nutzen sie und was fehlt?

Da in Merseburg mehr Frauen als Männer wohnen und leben – sind sie auch entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil in den Gremien der Stadt vertreten? Kann die Kette der Tätigkeitswörter »leben« und »wohnen« um solche wie »wirken«, »tätig sein« oder »Einfluß nehmen« erweitert werden?

Der Oberbürgermeister der Stadt Merseburg ist ein Mann, der Bürgermeister ebenfalls. Beide Positionen sind im Ergebnis von Wahlen besetzt worden. Eine Frau hat sich weder für die eine noch für die andere Position beworben. Von den vier Dezernentenstellen in der Stadtverwaltung Merseburg ist eine durch eine Frau besetzt – und zwar im Bereich der Finanzen, der gern den Frauen überlassen wird.

Für die »Führungsspitze« im neugebildeten Landkreis Merseburg-Querfurt lassen sich diese Aussagen wiederholen. Dem Landkreis steht als Landrat ein Mann vor. Für diese Wahlfunktion hatte sich ebenfalls keine Frau beworben. Zu seinem Stellvertreter suchte sich der Landrat aus der Gruppe der Mitbewerber einen Mann aus. Es gehörte ebenfalls keine Frau zu dieser Gruppe. Die Leitungspyramide ergibt das übliche Bild: Die vier Dezernentstellen sind durchweg mit Männern besetzt, von den 16 Amtsleitern sind fünf weiblichen Geschlechts (Stand vom 12. September 1995). Erst auf der Ebene der Abteilungs- und Sachgebietsleiter erhöht sich der Anteil der Frauen auf rund 49 Prozent. Hinsichtlich der Gesamtbeschäftigten ergibt sich folgendes – typische – Bild: Der Anteil der im Landratsamt beschäftigten Frauen »erhöht« sich auf etwa 72 Prozent. Damit wird die allgemeine Aussage, daß Frauen vorwiegend auf der unteren Ebene beschäftigt sind oder, um einen Ausdruck aus der Leitungsorganisation zu verwenden, vorwiegend »ausführende Tätigkeiten« ausüben, bestätigt.

Der Stadtrat in der Stadt Merseburg umfaßt 40 Abgeordnete plus Oberbürgermeister. Von den 41 gewählten Abgeordneten sind neun Frauen. Das entspricht einem Anteil von 21,95 Prozent. Im Vergleich mit anderen Städten ähnlicher Größe – also 20.000 bis 50.000 Einwohner zählend – hat Merseburg beim Frauenanteil etwas mehr als den Durchschnitt zu bieten. Dieser liegt nach einer Umfrage des Deutschen Städtetages bei 20,1 Prozent.⁶

Aufgeschlüsselt auf die im Stadtrat vertretenen Parteien ergibt sich folgendes Bild:

6 Pressedienst des Deutschen Städtetages, Nr. 572 vom 8. Juli 1992.

CDU	13 Stadträte	0 Frauen	0 Prozent
SPD	12 Stadträte	5 Frauen	41,6 Prozent
PDS	7 Stadträte	4 Frauen	57,1 Prozent
FDP	3 Stadträte	0 Frauen	0 Prozent
Bündnis 90/ Die Grünen			
Neues Forum			
Statt Partei	5 Stadträte	0 Frauen	0 Prozent

Der Oberbürgermeister gehört der SPD an.

Zum Kreistag Merseburg-Querfurt gehören 48 Abgeordnete und der Landrat. In den Kreistag wurden 9 Frauen gewählt, das entspricht einem Anteil von 18,36 Prozent. Bezogen auf die im Parlament vertretenen Parteien ergibt sich folgendes Bild:

CDU	15 Abgeordnete	5 Frauen	33,3 Prozent
SPD	14 Abgeordnete	2 Frauen	14,3 Prozent
PDS	8 Abgeordnete	2 Frauen	25,0 Prozent

Die anderen mit insgesamt 11 Abgeordneten vertretenen Parteien (FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Neues Forum, Statt Partei) sind ohne Frauen im Parlament.

Der Landrat gehört der SPD an.

Kreistag und Stadtrat sind die Gremien, die mit ihren parlamentarischen Entscheidungen wesentlich das gesellschaftliche Leben

in der Kommune bestimmen. Frauen sind in ihnen nur mit einem sehr geringen Prozentsatz vertreten. Kann daraus geschlußfolgert werden, daß sie die parlamentarische Form, die für die Demokratie in der Bundesrepublik eine so wesentliche Rolle spielt, selbst wenig in Anspruch nehmen?

Wird eine rein statistische Betrachtung vorgenommen und dabei verglichen, daß die Frauen in der Stadt Merseburg einen Bevölkerungsanteil von 51,99 Prozent haben und in den politischen Gremien mit einem Anteil von 21,95 Prozent im Stadtrat vertreten sind, dann wird die Disproportion mehr als deutlich. Sie vergrößert sich, wenn berücksichtigt wird, daß sich der Frauenanteil bei der wahlberechtigten Bevölkerung noch um knapp drei Prozent erhöht.

Gewählt werden Personen oder Parteien, von denen angenommen wird, daß sie die Interessen der/des Wählenden vertreten werden. Kann nun geschlußfolgert werden, daß die Männer im Parlament die Interessen der Frauen vertreten? Abgeordnete sind nach dem Grundgesetz nur ihrem Gewissen gegenüber verantwortlich und können demzufolge durch nichts dazu »gezwungen« werden, bei ihrer Abstimmungsentscheidung die Interessen der Frauen zu vertreten oder zu berücksichtigen.

Dazu eine weitere Überlegung: Kommunalwahlen sind oft vor allem Personenwahlen und weniger Parteiwahlen. Die Geschlechterzusammensetzung der Gremien ergibt sich somit stärker über die konkreten Personen, für die sich die Wählerinnen und Wähler entscheiden, als über die Wahllisten der Parteien und die dort fixierte Rangfolge der jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten. (Freilich übt auch bei direkter Personenwahl der Platz auf dem Wahlschein einen Einfluß auf die Entscheidung des Wählers aus. Somit haben die Parteien schon einen gewissen Einfluß auf die spätere Zusammensetzung der Parlamente.)

In diesem Zusammenhang ist es nicht uninteressant, sich die Stimmzettel zur Wahl des Stadtrates und des Kreistages am 12. Juni 1994 anzusehen:

Zur Stadtratswahl stellten sich acht Parteien, eine Wählergemeinschaft und eine Einzelperson zur Verfügung. Von den insgesamt 96 Kandidaten waren 21 Frauen, das entsprach einem Anteil von 21,9 Prozent. Für die einzelnen Parteien ergibt sich folgende Übersicht:

CDU	17 Kandidaten	davon 0 Frauen	0 Prozent
SPD	30 Kandidaten	davon 8 Frauen	26,7 Prozent
PDS	10 Kandidaten	davon 6 Frauen	60,0 Prozent
FDP	9 Kandidaten	davon 0 Frauen	0 Prozent
Statt Partei	9 Kandidaten	davon 2 Frauen	22,2 Prozent
Neues Forum	11 Kandidaten	davon 3 Frauen	27,3 Prozent
Bündnis 90/ Die Grünen	2 Kandidaten	davon 0 Frauen	0 Prozent
DSU	3 Kandidaten	davon 1 Frau	33,3 Prozent
1. freie Wähler- gemeinschaft	4 Kandidaten	davon 0 Frauen	0 Prozent
Einzel- bewerbung	1 Kandidat	davon 1 Frau	100 Prozent.

Zur Wahl des Kreistages waren acht Parteien angetreten. Von den 158 Kandidaten waren 40 Frauen, das entsprach einem Anteil von 25,3 Prozent. Eine Übersicht zeigt folgendes Bild:

CDU	35 Kandidaten	davon 12 Frauen	34,3 Prozent
SPD	44 Kandidaten	davon 8 Frauen	18,2 Prozent
PDS	15 Kandidaten	davon 5 Frauen	33,3 Prozent
FDP	19 Kandidaten	davon 4 Frauen	21,0 Prozent
Statt Partei	11 Kandidaten	davon 3 Frauen	27,3 Prozent
Neues Forum	13 Kandidaten	davon 3 Frauen	23,1 Prozent
Bündnis 90/ Die Grünen	8 Kandidaten	davon 2 Frauen	25,0 Prozent
DSU	13 Kandidaten	davon 3 Frauen	23,1 Prozent

Zwei Aussagen lassen sich aus diesen Gegenüberstellungen ableiten:

Rein statistisch betrachtet wurden in den Stadtrat so viele Frauen gewählt, wie prozentual von den Parteien vorgesehen waren. Diese Aussage läßt sich für den Kreistag nicht wiederholen. Dort hatten sich mehr Frauen auf den Kandidatenlisten zur Verfügung gestellt, als von den Wählerinnen und Wählern gewollt wurden.

Es haben sich deutlich weniger Frauen als Männer zur Wahl gestellt.

Was für Schlußfolgerungen sind möglich?

Erstens: Frauen benötigen keine Vertretung durch Ihresgleichen. Sie fühlen sich durch die Männer ausreichend vertreten. Es gibt ihrer Meinung nach vielleicht keine spezifischen Fraueninteressen, die in der Kommunalpolitik zu diskutieren und über deren Realisierung dort Entscheidungen zu fällen sind. Oder aber es besteht die Auffassung, Männer könnten diese spezifischen Interessen genauso gut wahrnehmen. Aus eigener kommunalpolitischer Erfahrung habe ich an beidem meine Zweifel. Es gibt sie durchaus auch auf dieser Ebene – die Themen, die von Frauen und Männern unterschiedlich gesehen werden. Insbesondere dann, wenn es um die Gewichtung von Themen und die Priorität von Entscheidungen geht. Das betrifft z.B. die Argumentation und anschließende Abstimmung zur Entwicklungskonzeption der Kindereinrichtungen als auch über den Haushalt der Stadt Merseburg.

Zweitens: Frauen fehlt der Mut, sich in Parlamente wählen zu lassen. Sie meinen oft von sich selbst, daß ihnen die notwendige Kompetenz fehle, um in solchen öffentlichen Gremien agieren zu können. Männer – so wird von Frauen argumentiert – wüßten und könnten mehr und träten viel gewandter auf. Sie – die Frauen – hingegen wollen lieber im Hintergrund bleiben und von dort aus die »Geschicke lenken«.

Lang geprägtes Rollenverständnis! Hier kann die Quote Abhilfe schaffen, denn über sie kommen Frauen eher in die Parlamente

Drittens: Frauen sind durch andere Tätigkeiten wie Beruf, Kinder, Haushalt und vielleicht auch Elternvertretung und Vereinstätigkeit so stark ausgelastet, daß sie für eine Aufgabe im Parlament keine Zeit mehr haben. Sie fühlen sich bereits durch ihre »normalen« Aufgaben stark belastet. Sie meinen, für eine

In der Umstrukturierung stecken noch Deutsche Waggonbau AG (DWA), Berlin, und Buna SOW Leuna Olefinverbund GmbH (BSL), Schkopau. DWA will seine Mitarbeiterzahl von 4.500 auf 3.200 drücken, für seine 5.000 Beschäftigten bezweckt Olefinverbund eine Halbierung. Hier wie in der Mitteldeutschen Erdöl-Raffinerie GmbH (Mider), die nächstes Jahr die neue Raffinerie in Spargau bei Leuna in Betrieb nehmen will, stehen Besitzänderungen ins Haus, bei erstbesten Gelegenheit steigt der Bund aus. Neues Deutschland, 12. August 1996.

gründliche Beschäftigung mit dieser doch nicht so einfachen und ungewohnten Materie nicht die Zeit zu haben, die notwendig wäre, um diese Aufgabe gründlich auszuführen. Hier schrecken natürliche die Sitzungstermine ebenso wie die Sitzungsdauer ab. Alles Aspekte, die geändert werden könnten, wenn sich dafür eine Mehrheit fände. Aber für Männer spielen diese Aspekte kaum eine Rolle, und sie sind diejenigen, die im Parlament die eindeutige Mehrheit haben. So lange das so ist, wird sich nichts ändern. Oftmals sind es Stapel von Vorlagen, die zur Vorbereitung von Sitzungen zu studieren sind. Aber auch das ließe sich durch eine straffe Arbeit in den Verwaltungen ändern, wenn es gewollt wäre. Hier scheint sich die Katze in den eigenen Schwanz beißen zu wollen: Abgeordnetentätigkeit nimmt keine oder nur sehr gering Rücksicht auf die zeitlichen Belange von Frauen, und deswegen haben Frauen kein oder wenig Interesse an dieser Aufgabe. – Überwunden werden kann das jedoch nur durch ein entsprechendes Engagement von Frauen in den Parlamenten.

Viertens: Schließlich gibt es das Argument »Mein Mann ist schon aktiv«. Dahinter mag sich Verschiedenes verbergen. Zum einen: »Frauen wählen lieber Männer, damit sie sich dann über diese aufregen können«. Oder: »Frauen sind die besseren Diplomaten, sie regieren lieber aus der zweiten Reihe heraus«. Oder: »Frauen wollen ihr Aufenthaltsrecht im Paternalismus nicht verlieren«. Oder oder oder.

Zum anderen widerspiegelt sich in diesem Argument die Tradition, durch die der Frau vom Mann eine Rolle im Hause zugeordnet wurde, damit er »in Ruhe« seinen Weg gehen kann. O doch: Der Mann hat es nicht gern, wenn die Frau seine Wege kreuzt. Nur zu gern tut er von sich aus alles, um auf seinem traditionellen Weg zu bleiben.

Aber vielleicht ist wenigstens »an der Basis« der politischen Arbeit, also in den Parteien insgesamt, der Anteil der Frauen höher? Das Bild einer Befragung der Parteien in der Stadt Merseburg und im Landkreis Merseburg-Querfurt zeigt, daß dem nicht so ist:

	Stadt Merseburg Mitglieder		Landkreis Merseburg-Querfurt Mitglieder	
	insgesamt	Frauen	insgesamt	Frauen
CDU	98	32 (32%)	500	179 (36%)
SPD	81	21 (26%)	236	60 (25%)
PDS	307	147 (48%)	689	306 (44%)
FDP	28	11 (39%)	287	81 (28%)
Die Grünen	6	2 (33%)	12	3 (25%)
DSU	12	0	45	6 (13%)

Es stellt sich ganz entschieden die Frage, ob denn die gegenwärtigen Formen der offiziellen/öffentlichen Politik den Ansprüchen der Frauen genügen. Können Frauen mit den derzeit angewandten Mitteln und Methoden, die durch Männer und von Männern entwickelt wurden, ihre Interessen verwirklichen? Muß Politik wirklich losgelöst und abgehoben von den »Reproduktionsaufgaben« der Frauen erfolgen? Oder müßten sich nicht beide Seiten

gegenseitig ergänzen? In der Politik aktive und nichtaktive Frauen sind gleichermaßen herausgefordert.

Kann nun aber ein Fazit darin bestehen, daß mit einem Frauenteil von 50 Prozent in allen Gremien und in allen Funktionen die Diskussion um den Anteil von Frauen beendet wäre? Kann oder soll die Zielvorstellung sich an dieser »Hälfte« von allem orientieren? Quotenregelungen haben dies zum Ziel. Ein genaueres Hinsehen verdeutlicht jedoch, daß die Quote »nur« ein Mittel sein kann und soll, das den Zugang für Frauen zum einen erleichtern und zum anderen auch erzwingen soll. Die Halbe-Halbe-Regelung ist aber nicht das Ziel. Das Ziel läßt sich eher dort finden, wo es um die Diskussion von weiblicher Sichtweise auf die Gesellschaft, auf die Lösung von gesellschaftlichen wie individuellen Problemstellungen geht. Das heißt, es ist aufzuzeigen, was weibliche Sichtweisen sind, wodurch sie sich von männlichen unterscheiden und worin ihr Vorzug liegen könnte. Da kaum zu erwarten ist, daß Männer ihre Sicht auf die Welt von sich aus verändern oder ihre traditionelle Machtrolle freiwillig zugunsten der Frauen verändern, sind solche Analysen, die die Disproportionen zwischen dem Anteil der Frauen an der Bevölkerung und ihrer realen Möglichkeit an der Einflußnahme, dem Tätigsein und Wirken in der Kommune aufzeigen, notwendig.

Ob es unbedingt die derzeitige Politikvorstellung sein muß und sich die Argumentation auf ein »neues« Verhältnis der Frauen zur Politik stützen sollte, ist damit nicht gesagt. Es ist auch nicht gesagt, daß mit Hilfe der Politik die obigen Gründe aufgehoben werden können. Vielleicht kann es andere »Mittel« geben, die es den Frauen eher ermöglichen und für die Frauen eher akzeptabel erscheinen, sich »öffentlicher« in die Belange der Gesellschaft aktiv einzumischen.

Klar und unmißverständlich zeigen die hier erörterten Zahlen und Übersichten: Die Frauen in Merseburg sind nicht entsprechend ihrem Anteil an der Wohnbevölkerung auch am Leben, Wirken, Tätigsein und Einflußnehmen beteiligt. Jedenfalls nicht auf den hier behandelten Ebenen Berufstätigkeit und »offizielle« Politik. Anderes bedarf im Maßstab von Stadt und Kreis noch der gründlicheren Untersuchung. Wie zum Beispiel ist es mit anderen Formen des gesellschaftlichen Wirkens wie der traditionellen »Frauendomäne« Elternvertretung oder neu entstandenen Wirkungsfeldern wie dem Frauenpolitischen Runden Tisch, Frauenhäusern, Frauenprojekten, Frauennetzwerken? Vermögen sie dem Trend des »Offiziellen« Wirkungsvolles entgegenzusetzen?

Arbeitslosigkeit: Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt, bei dem die angebotene Art und Menge von Arbeitsleistungen die nachgefragte Art und Menge von Arbeitsleistungen übersteigt, so daß ein Teil der Erwerbspersonen zeitweise ohne Beschäftigung ist. Produktionstheoretisch bedeutet A. eine Unterauslastung des Produktionsfaktors Arbeit: Das vorhandene Arbeitskräftepotential wird nicht vollständig zur Produktion von Gütern und Diensten genutzt (Unterbeschäftigung). Aus wirtschaftspolit., aber auch aus sozial- und gesellschaftspolit. Gründen (materielle Not, Verlust an Selbstvertrauen als mögliche Auswirkungen von A.) ist die Verfolgung des Ziels Vermeidung von A. und Gewährleistung eines hohen Beschäftigungsstandes (Vollbeschäftigung) eine polit. Notwendigkeit. Gleichwohl können Konflikte mit anderen gesamtwirtschaftl. Zielen (z.B. Preisniveaustabilität – s. Phillips-Kurve) auftreten. Brockhaus Enzyklopädie, 19. Aufl., Mannheim 1987.

Für die Versöhnung des deutschen Volkes

VON WALTER (ULBRICHT)

Unter der Überschrift »Für die Versöhnung des deutschen Volkes gegen 3000 Millionäre, gegen die Kriegstreiber – Der Weg zum Sturz Hitlers« veröffentlicht die illegale »Rote Fahne« den nachstehenden Artikel, der weit über die Kreise der deutschen Emigration hinaus das Interesse aller verdient, denen die Zukunft Deutschlands und die Erhaltung des Friedens am Herzen liegt und die in unserem Kampfe mithelfen wollen.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands veröffentlicht nach dem Nürnberger Parteitag einen Aufruf*) an das deutsche Volk, in dem von der Frage ausgegangen wird:

Was ist von den Versprechungen der nationalsozialistischen Partei in diesen vier Jahren erfüllt worden? Was ist nötig, damit die Wünsche des Volkes erfüllt werden?

In den letzten vier Jahren ist das schaffende Volk zu ungeheuren Opfern im Interesse des Rüstungskapitals gezwungen worden. Die Abgaben werden immer höher, der Reallohn sinkt, aber die Profite der Aktiengesellschaften steigen und die Direktorengehälter und Tantiemen werden erhöht. 12 Millionen Deutsche sind selbst nach den Eingeständnissen der Nazipresse unterstützungsbedürftig. Alles, was das Volk in harter Arbeit schafft, dient der Kriegsrüstung, nützt den Rüstungsgewinnlern. In Stadt und Land fragt sich das schaffende Volk: Könnte nicht die mühevollen Arbeit dem Wohl des Volkes nützen, wenn Deutschland eine konsequente Friedenspolitik durchführen würde?

Viele Nationalsozialisten erwarteten von Nürnberg die Erfüllung der Wünsche des Volkes, denn niemand zweifelt an der Gleichberechtigung Deutschlands, niemand zweifelt, dass Versailler Tribute schon längst nicht mehr gezahlt werden. Aber der neue Plan bringt noch grössere Massenbelastungen. Sorgenvoll sagt das Volk: »Wohin soll das alles führen? Das kann nicht gut enden.«

Millionen Deutscher, vor allem das städtische und ländliche Kleinbürgertum, sind Hitler vor 4 Jahren gefolgt, weil sie an die sozialdemagogischen Versprechungen über »Gemeinnutz geht vor Eigennutz«, Brechung der Zinsknechtschaft«, »Einführung gerechter Löhne« und »Steuergerechtigkeit« wie an die Friedenserklärungen Hitlers glaubten. Wir erinnern daran, dass sogar die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Jahre 1933 Hitlers Friedensworten vertraute und der hitlerschen Aussenpolitik im sogenannten Reichstag zustimmte. Aber die den Massen

gemachten Versprechungen wurden in diesen 4 Jahren nicht erfüllt.

Das ist die Achillesferse des Nationalsozialismus, dass die Interessen des Volkes unvereinbar sind mit den Interessen der 3.000 Millionäre, mit jenen reaktionärsten Kreisen des Finanzkapitals, die unter der Hitlerregierung die wahren Herrscher in Deutschland sind.

Die Massen des Volkes fordern jetzt nach 4 Jahren nationalsozialistischer Herrschaft immer dringender, daß die vom Nationalsozialismus versprochene soziale Gerechtigkeit verwirklicht wird. Die Massen haben die sozialistischen Versprechungen nicht vergessen. So beginnt der illegale heroische Kampf der Kommunisten, der Sozialdemokraten, der Katholiken und der heldenhaften antifaschistischen Kader seine Früchte zu tragen. Hitler wollte durch die Antikommunistenhetze in Nürnberg die Spaltung des Volkes aufrecht erhalten, die Mauer zwischen Nationalsozialisten und Antifaschisten noch erhöhen. Die Kommunistische Partei Deutschlands antwortet darauf mit dem Aufruf zur *Versöhnung der antifaschistischen und der nationalsozialistischen Massen*, zur Versöhnung der Arbeiter, der Bauern, des Mittelstandes, der Intelligenz und aller fortschrittlichen Deutschen, zur Verteidigung der gemeinsamen Lebensinteressen und des Friedens, gegen die Rüstungsgewinnler, gegen die Reaktionäre, gegen die oberen Zehntausend. Sie beruft sich dabei auf die Versprechungen, die die Naziführer in demagogischer Weise den Massen machten. Hitler fürchtet nichts mehr als die Einheit des Volkes, als die Versöhnung der nationalsozialistischen und nichtnationalsozialistischen Massen.

Wenn die nationalsozialistischen Führer den Hass des Volkes gegen die Reichen auf Bolschewiki und Juden ablenken wollen, so fragen wir: Wer nimmt dem Volke alles, was es sich im Schweisse seines Angesichts erarbeitet? In wessen Taschen fließen die hohen Profite? Wer erhält die hohen Dividenden? Wer mästet sich an den Steuern des Volkes? Wer erhält die hohen Gehälter? Wer verschleudert die sauer verdienten Groschen des Volkes für Feste über Feste? Sind das nicht die dreitausend Millionäre, sind das nicht die oberen Zehntausend? Leidet nicht darunter jeder Werk tätige, ob Kommunist, ob Sozialdemokrat, ob Nationalsozialist, ob Christ, ob Jude?

Der Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands fordert das deutsche Volk auf, zusammenzuhalten, die *nationalsozialistischen Führer beim Wort zu nehmen* und solche früheren Forderungen der NSDAP, die den Interessen des Volkes entsprechen, in treuer Kameradschaft durchzusetzen. Wir Kommunisten haben keine anderen Interessen als das Interesse des deutschen Volkes. Das Volk will den Frieden, gerechte Löhne, Steuergerechtigkeit, der Bauer will gerechte Preise und die Entschuldung seines Hofes, die Massen der Nationalsozialisten wollen die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland. Wieviele tapfere Blockwarte, Amtswalter der Deutschen Arbeitsfront, SA-Männer haben sich für die Forderungen des werktätigen Volkes eingesetzt und wieviele haben dabei mit Empörung erlebt, wie die alten Reaktionäre von den höheren Amtsstellen unterstützt wurden.

Viele Antifaschisten betrachten *die unteren nationalsozialisti-*

schen Funktionäre noch immer als »kleine Hitlers« und übersehen oft, dass diese Werktätigen unter denselben Bedingungen leiden, die gleichen sozialen Interessen haben, wie die Kommunisten, die Sozialdemokraten, die Katholiken. Selbstverständlich gibt es viele korrumpierte Elemente. Manche SA-Leute und Vertrauensleute haben gestern noch mit der Waffe in der Hand gegen uns gekämpft, aber sie sind gegen den Herr-im-Hause-Standpunkt der Unternehmer, sie sind gegen die Vorrechte der Reichen, gegen die alten Reaktionäre, sie wollen die Durchführung der alten sozialen Forderungen der NSDAP. Dabei kommen sie in Widerspruch zu jenen dreitausend Millionären, die in Deutschland herrschen und deren Interessen den oberen Staatsposten. Das Lebensinteresse des deutschen Volkes erfordert, dass die Nichtnationalsozialisten den noch nationalsozialistischen Massen brüderlich die Hand reichen, damit anstelle des Hasses die vertrauensvolle Zusammenarbeit im Kampf um Frieden, Freiheit und Wohlstand tritt.

Wieviele Amtswalter der DAF gibt es, mit denen heute schon eine Zusammenarbeit erfolgt?

Erinnern wir uns des 30. Juni 1934. Damals war die antifaschistische Vorhut isoliert von den opponierenden nationalsozialistischen Massen. Die faschistischen Führer konnten diese Krise überwinden, weil die Einheitsfront von Kommunisten und Sozialdemokraten noch nicht bestand, aber auch, weil überhaupt die antifaschistischen Kräfte gespalten und zersplittert waren. Wie anders wird der Verlauf einer kommenden Krise sein, wenn in der Arbeitsfront und in den verschiedenen Massenorganisationen alle antireaktionären, freiheitliebenden, fortschrittlichen Kräfte brüderlich zusammenhalten, wenn Antifaschisten und nationalsozialistische Werktätige Schulter an Schulter für die Forderungen der Werktätigen kämpfen. Wenn so das Volk zusammenhält, dann werden nicht mehr die dreitausend Millionäre und ihre Geschäftsführer in den hohen Staatsämtern die Herren im deutschen Hause sein, sondern es wird das wahre Volksinteresse zu seinem Recht kommen.

Bedeutet das etwa eine Versöhnung mit den Feinden des Volkes? *Umgekehrt*. Erst durch die Versöhnung des Volkes gegen die oberen Zehntausend ist es erfolgreich möglich, die Forderungen der werktätigen Massen zu verwirklichen, den Kriegstreibern in den Arm zu fallen und die wahre Volksherrschaft in Deutschland zum Siege zu führen. Manche werden sich fürchten, solche in der NSDAP propagierten Forderungen zu vertreten, weil sie glauben, sich damit als Volksfeinde zu diskreditieren. Wie kann man sich diskreditieren, wenn man für solche Forderungen kämpft, die den Volksinteressen entsprechen? Erst im Kampf um die Durchführung der Forderungen zeigt es sich, wer es ernst meint mit der Vertretung der Volksinteressen und wer nur in sozialer Demagogie macht, um das Volk zum Opfern für die grosskapitalistischen Interessen einzuspannen. Dazu genügt die Volksfrontpropaganda allein nicht. Es ist notwendig, die Politik der Volksfront so anzuwenden, dass die grosse Initiative der Volksmassen für ihre gerechten Forderungen entfaltet wird. Das ist aber heute in Deutschland nur möglich unter Anknüpfung an die konkreten Wünsche der Massen unter Ausnut-

zung solcher früheren Forderungen der Nationalsozialisten, solcher Versprechungen der Deutschen Arbeitsfront, des Reichsnährstandes und der anderen Zwangsorganisationen, die den Interessen des Volkes entsprechen. Für solche legale Forderungen werden die Massen bereit sein zu kämpfen. Die Unzufriedenheit in unserem Lande wächst. Die Erfolge des französischen Volkes in der Verbesserung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit und Verlängerung des Urlaubs haben überall in den Betrieben stärker die Frage aufgeworfen: warum soll das nicht auch bei uns möglich sein? Aber trotz der wachsenden Unzufriedenheit sind die Teilwiderstände gegen die verschärfte Ausbeutung noch schwach. Es wäre von grösstem Schaden, wenn man selbstzufrieden über diese ernste Tatsache hinwegsehen würde. Zweifellos sind die objektiven Schwierigkeiten sehr gross. Aber gerade das müsste die Antifaschisten veranlassen, darüber nachzudenken, wie außer der Verstärkung der antifaschistischen Propaganda *eine solche Politik entwickelt werden kann, die die Massen des Volkes aufrüttelt, ihnen hilft, ihre gerechten Forderungen zu vertreten* und sie Schritt für Schritt auf Grund ihrer Erfahrungen gegen das faschistische Regime führt. So notwendig die Verbesserung der antifaschistischen Propaganda ist, so notwendig ist es, sorgfältig die Erfahrungen auszuwerten, wie die Arbeiter und das schaffende Volk in Deutschland unter den schweren Bedingungen des faschistischen Terrors für ihre Interessen eintreten. *In der Tat, die Werktätigen in Deutschland beginnen(,) auf neue Weise zu handeln.* Sie lernen immer besser, an die sozialen Versprechungen der Deutschen Arbeitsfront, an die Versprechungen der NSDAP über »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« anzuknüpfen und damit die Vertretung ihrer nächsten täglichen Interessen zu verbinden. In den Betrieben zirkulieren Zeitungsausschnitte aus der nationalsozialistischen Presse über die Erhöhung der Direktorengehälter, der Unternehmergewinne und der Dividenden. Vertrauensräte schicken Beschwerdeschreiben über schlechte Löhne im Betrieb an das Büro der Arbeitsfront oder an den Treuhänder der Arbeit und berufen zu diesem Zwecke Arbeitsfrontversammlungen ein, die gewollt oder ungewollt den kollektiven Willen der Arbeiter zur Durchsetzung ihrer Lohnforderungen stärken. In den Arbeitsfrontversammlungen werden Fragen gestellt: »Warum werden die Löhne nicht an die Preise angeglichen?« oder »Warum halten die Löhne nicht mit den Dividenden Schritt?« Die Arbeiter fordern Verbesserung der Ak(k)ordlöhne mit *Berufung* auf die Erklärung von Ley über die Einführung des gerechten Lohnes und auf seine Rede beim Besuch der Marineverf. im August 1935, in der er sagte:

»Ein wunschloses Volk ist kein gutes Volk, und wer etwas leistet, soll fordern und muss fordern. Wer keine Forderungen an das Leben stellt, wird entweder alt oder schwach und ist feige oder erbärmlich.«

Andere verbreiten Zeitungsausschnitte mit Arbeitsgerichtsurteilen, in denen festgestellt wird, dass der Tariflohn unbedingt eingehalten werden müsse und ein Mindestlohn sei. Das verbinden sie mit Teilforderungen über die Einhaltung des Tarifvertrages oder der Betriebsordnung. Den Antifaschisten wird immer mehr klar,

dass es nur möglich ist, die Arbeitermassen zu einheitlichem Handeln zu bringen, wenn die Forderungen in legaler Weise in der Arbeitsfront vertreten werden, wenn alle unteren Funktionen ausgenutzt werden zur aktiven Vertretung der Interessen der Arbeiter und Angestellten. In ähnlicher Weise vertreten die Mittelständler ihre Forderungen in ihren Innungsversammlungen, die Ärzte und andere Wissenschaftler treten ein für die freie Entwicklung der Forschung und der Wissenschaft. Überall fordern die Arbeiter, der Mittelstand, die Bauern, die Wissenschaftler ihr Recht und die Gestapo beklagt sich darüber, dass es für sie immer schwerer werde, die sogenannten »Rädelsführer« zu finden.

Die zentrale Aufgabe der nächsten Zeit besteht darin, dass sich überall Kommunisten und Sozialdemokraten über die Bildung der Einheitsfront verständigen und gemeinsam in den aktuellen Lebensfragen des deutschen Volkes, den Fragen des Friedens, des Lohnes, der Lebensmittelversorgung, der Volksrechte eine solche Massenpolitik entwickeln, die unter Anknüpfung an die nächsten Interessen der Werktätigen und an die nationalsozialistischen Versprechungen die Massen in Bewegung bringen. Diese legale Vertretung der Interessen des werktätigen Volkes ist der Weg der Aktivierung breiterer Volksmassen.

Zweifellos erfordert diese Politik eine grössere Aufmerksamkeit auf die ideologische Festigung der antifaschistischen Kader und macht erst recht die Schaffung der Einheitsfront notwendig. Durch Verbesserung der prinzipiellen marxistisch-leninistischen Schulung, nicht nur der Kommunisten, sondern auch der Massen der heldenhaft kämpfenden Antifaschisten muß verhindert werden, dass etwa nationalsozialistische Auffassungen in den Reihen der Antifaschisten wirksam werden.

Manche sozialdemokratische Genossen klagen dauernd über die »Passivität« der Arbeiter. Aber ist nicht gerade ihre eigene Abwarterei, die ohne Weg und ohne Perspektive ist, ihr Unglaube an die Arbeiterklasse eines der grössten Hindernisse im antifaschistischen Kampf? Der sozialdemokratische Parteivorstand gebraucht wohl radikale Worte gegen den Faschismus, aber nur Worte, nichts als Worte. Wenn die sozialdemokratischen Erklärungen über den Kampf um die Erhaltung des Friedens, gegen die Not des deutschen Volkes ernst gemeint sein sollen, so müssen Taten folgen, so müsste sich der Parteivorstand der SPD für die Einheitsfront und für die Bildung einer deutschen Volksfront erklären und den illegalen Kämpfern im Lande wirklich helfen, selbst unter den schwierigen Bedingungen Massennarbeit zu leisten. Mit Klagen kommt man nicht weiter. Es ist nötig, die neuen Methoden der Vertretung der Arbeiterinteressen und des Kampfes um die Volksrechte in Deutschland zu fördern. *Man muss sich bemühen, von den Arbeitern zu lernen, wie in neuer Weise der Kampf geführt werden kann, und man muss zielbewusst diese neuen Kampfmethoden zum Gemeingut der deutschen Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes machen.* Das wird umso eher gelingen, je positiver die Kräfte der Einheitsfront dem deutschen Volke den Weg zeigen, wie der Frieden erhalten werden kann, wie eine Arbeitsbeschaffung für den Wohlstand des Volkes möglich ist, wie die Entlastung der werktäti-

gen Massen erreicht werden kann, indem man die Reichen zwingt zu zahlen. Auf diesem Wege wird es gelingen, eine wirkliche Front des Volkes zu schaffen gegen die Feinde des Volkes.

Bei der Schaffung der Volksfront in Deutschland müssen von vornherein die besonderen Bedingungen unter der faschistischen Diktatur berücksichtigt werden. Zum Unterschied von den demokratischen Ländern wird in Deutschland die Schaffung der Volksfront auf der Grundlage der Arbeit unter den Massen in den faschistischen Organisationen erfolgen unter Ausnutzung aller möglichen Funktionen. Wer in Deutschland die Verbündeten für die Schaffung der Volksfront in fest organisierten Parteien des Mittelstandes sucht, berücksichtigt dabei nicht die besondere deutsche Lage. Die Verbündeten sind in den Massenorganisationen, in den Zwangsinnungen, im Reichsnährstand, den Bauerngenossenschaften, in den Standesorganisationen der Ärzte, der Wissenschaftler etc. Die Initiative der Anhänger der Volksfront muss gerade darin bestehen, in diesen Organisationen die Mitglieder zur legalen Vertretung ihrer Interessen in der Richtung der Durchsetzung der Volksfrontforderungen zu bringen.

Der Kampf der Arbeiter in den Betrieben, in der Deutschen Arbeitsfront, der Mittelständler in ihren Organisationen, der Bauern im Reichsnährstand um ihre Rechte, um die Selbstverwaltung, das ist der Weg für die Entwicklung der Kräfte des Volkes im Kampf um die Freiheit, zum Sturze Hitlers, für eine *demokratische Republik* in Deutschland. Die demokratische Revolution in Deutschland, die die Schaffung der Einheitsfront voraussetzt, kann nur zum Siege führen, wenn sie getragen wird von den Millionenmassen des werktätigen Volkes, wenn es gelingt, die vom Nationalsozialismus beeinflussten Massen, und das sind nicht wenige, in den Kampf einzubeziehen, die grosse *Volksinitiative* zu entfalten gegen die dreitausend Millionäre, gegen die oberen Zehntausend, für Freiheit, Frieden und Wohlstand. Diese Politik bedeutet: *den entscheidenden, erfolgreichen Kampf gegen das Hitlerregime organisieren.*

Für Deutschland, für unser Volk Ein bedeutsamer Aufruf des ZK der KPD

Der Aufruf des Zentralkomitees der KPD, von dem Walter in seinem Artikel spricht (Siehe 1. Seite)¹, ist zweifellos das bedeutsamste Dokument des deutschen Freiheitskampfes. Aus Platzgründen waren wir leider gezwungen, einige Kürzungen vorzunehmen. Indem wir hier wesentliche Auszüge zum Abdruck bringen, fordern wir alle Leser, insbesondere unsere zahlreichen Freunde im Lande auf, in der »Tribüne der DVZ« ihre Meinung zu diesem wichtigen Schritt der Kommunistischen Partei zu äussern.

Deutsches Volk!

Vier Jahre sind vergangen, seit Hitler erklärte: Deutsches Volk, gib mir vier Jahre Zeit! Ich will Deutschland zum Aufstieg und das deutsche Volk zum Wohlstand führen! Vier Jahre hat das deutsche Volk hart gearbeitet und riesige Opfer gebracht. Viele Volksgenossen erwarteten daher, dass auf dem Nürnberger Parteitag nunmehr ein Programm für das Wohlergehen des deutschen Volkes verkündet und dass der Grundsatz »*Gemeinnutz geht vor Eigennutz*« zur Tat würde.

Hat Nürnberg dem deutschen Volke neue Wege gewiesen – Wege, die zum Wohlstand führen und den Frieden erhalten?

Die erste und wichtigste Voraussetzung für das Gedeihen unseres Landes ist die Erhaltung des Friedens.

Ohne Frieden keine Wohlstand des Volkes. Ohne Frieden keine gesicherte Arbeit. Ohne Frieden kein Familienglück. Der Weltkrieg hat alle, Siegern und Besiegten gelehrt: der Krieg ist der *furchtbarste Feind des Volkes*, der Feind des Wohlstandes...

Ist es wirklich notwendig, wie in Nürnberg gesagt wurde, dass es ohne weitere Opfer und Entbehrungen des Volkes nicht geht?

Deutsche Arbeiter!

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Die Fabriken arbeiten, die Schornsteine rauchen. Wir haben eine hochentwickelte Landwirtschaft. Der deutsche Arbeiter ist wegen seiner Qualitätsarbeit in der ganzen Welt bekannt. Gegenwärtig steigen während der Konjunktur die Löhne in Frankreich, England, Amerika. Warum sollen da die Löhne *bei uns in Deutschland* so niedrig bleiben wie in der Krisenzeit? Die Arbeitskraft ist unser wertvollstes Gut... Der Zweck der Wirtschaft soll doch das Wohl des Volkes sein...

Dr. Ley hat am 1. Mai 1935 die Einführung des gerechten Lohnes versprochen.

In Nürnberg wurde erklärt, dass Deutschland gleichberechtigt unter den Völkern sei. Wäre es jetzt nicht erst recht die wahre Ehrung der Arbeit, eine Ehrung der Mühe und des Schweisses der deutschen Arbeiter, wenn nunmehr der gerechte Lohn in jedem Betrieb festgestellt und bezahlt würde? Kann es einen *Aufstieg* Deutschlands geben, *ohne* dass die Arbeiter höhere Löhne bekommen?...

In Nürnberg wurden die berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter mit dem Hinweis auf die Kosten der Rüstungen abgelehnt.

Wir deutschen Arbeiter wollen aber nicht den Krieg, sondern Frieden und höhere Löhne.

Es wird Zeit, dass die »Deutsche Arbeitsfront« *dafür* eingesetzt wird, die Löhne der Arbeiter entsprechend der Leistungssteigerung und Teuerung zu erhöhen. Sorgen wir alle gemeinsam dafür, dass nun endlich ein gerechter Lohn bezahlt wird.

Volksgenossen!

Ohne ausreichende Ernährung ist eine gute Arbeit unmöglich...

Sind die jetzigen Ernährungsschwierigkeiten wirklich unvermeidlich?

Wir denken an das Jahr 1929: damals war die Zahl der Beschäftigten noch grösser, die Löhne waren *höher*, Deutschland hatte auch nicht mehr Raum als heute und musste noch dazu Tribute zahlen – und dennoch fehlte damals *kein* Fleisch, *kein* Fett, *keine* Eier. Notwendig ist daher, dass auch heute *soviel Lebensmittel eingeführt werden wie früher!*... *Was könnte geschehen?* Bei einer entschiedenen Friedenspolitik könnte anstelle der riesigen unproduktiven Rüstungen, die eine besonders grosse Rohstoffeinfuhr erheischen, die Einfuhr von Lebensmitteln und solchen Rohstoffen erfolgen, die zur Produktion für den Bedarf der Volksmassen und für Exportwaren verwendet werden.

Deutsche Bauern!

Euch werden im Sofort-Programm der NSDAP von 1932 *gerechte Preise* und *Brechung der Zinsknechtschaft* zugesagt...

Wir sollten alle innerhalb des Reichsnährstandes verlangen, dass diese Forderungen jetzt in die Tat umgesetzt werden...

Und wie steht es mit den Steuern, deutsches Volk?

Früher zahlte das Volk schon viel zu viel Steuern, aber jetzt, obwohl es keine Versailler Tributzahlungen mehr gibt, sind die Steuerlasten noch grösser geworden...

Wo bleibt da die Steuergerechtigkeit?...

Wie kann es einen Aufstieg Deutschlands geben, wenn der kleine Mann von schweren Steuern niedergedrückt wird?

Wenn das anders werden soll, dann muss fest gegen die Grossverdiener zugefasst werden. Sie sind auch die neuen Kriegsgewinnler...

Ist daher nicht notwendig, dass auf sie der Punkt des NSDAP-Programmes: »*Beschlagnahme der Kriegsgewinne*« jetzt angewendet wird?...

Wenn die Herren Krupp und Thyssen samt den anderen Industrie-, Bank- und Börsenfürsten sagen: »Ihr müsst Steuern zahlen, damit noch mehr gerüstet werden kann« – dann antworten wir: wir wollen weniger Steuern zahlen, denn wir sind für den Frieden. –

Die Reichen sollen zahlen!

Wir alle wollen Wohlstand und Frieden, aber dunkle Kräfte sind am Werk, um Deutschland in einen neuen Krieg hineinzutreiben. Es sind dieselben Kräfte, die uns *schon 1914 ins Unglück getrieben* und die selber den Krieg gesund und reich überlebt haben.

Ein neuer Krieg wäre das furchtbarste Unglück, das unser Land treffen könnte...

Die anderen Völker hassen den Krieg wie wir. Auch sie haben aus dem Weltkrieg gelernt, dass ein sogenannter Sieg nur Wirtschaftskrise, Schulden, Arbeitslosigkeit, Zerrüttung bedeutet. Auch die anderen Völker haben gelernt, dass es im Krieg nur *einen* Sieger gibt: die Millionäre, die Rüstungsgewinnler, die Giftgas- und Kanonenkönige.

Wir wollen doch nicht unsere Hände nach *fremdem* Boden ausstrecken. Wir wollen im eigenen Lande den Grossverdienern, den Zitzewitzen die Möglichkeit nehmen, den deutschen Lebensraum für ihre egoistischen Profitinteressen auszunützen.

Das französische Volk, das sich eine Volksfrontregierung geschaffen hat, die Völker der Sowjetunion, die ihr Land in Frieden weiter entwickeln und aufbauen wollen – sie alle wollen mit dem deutschen Volk in Eintracht leben...

Was könnte Deutschland tun, um den Frieden zu sichern?...

Ein gewaltiger Schritt im Interesse des Friedens wäre es, wenn Deutschland heute allen Völkern, Frankreich, der Tschechoslowakei, der Sowjetunion u.a. erklären würde:

»Wir wollen nicht ein Stück fremden Bodens. Wir respektieren die Unabhängigkeit und Sicherheit jedes anderen Volkes, so wie wir wollen, dass unsere Unabhängigkeit und unsere Grenzen respektiert werden. Wir sind bereit, uns mit allen Völkern zu einem Bündnis des Friedens zusammenzuschliessen.«

Würden alle Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront, der Innungen, des Reichsnährstandes und der Reichskulturkammer in diesem Sinne laut und deutlich ihren Friedenswillen bekunden – wer könnte da noch in der Welt an dem Friedenswillen des deutschen Volkes zweifeln? Welchen gewaltigen Einfluss könnte heute Deutschland in der Welt ausüben, wenn es seine Kraft für die friedliche Verständigung aller Völker einsetzen würde!?...

Erinnern wir uns, dass die Sowjetunion dem deutschen Volke ein *starker* Verbündeter war, als Deutschland einst durch den Versailler Vertrag völlig isoliert in der Welt dastand!

Aber wer verhindert eine solche Friedenspolitik in Deutschland?

Es sind im Hintergrund dieselben reaktionären Kräfte, die den Lohn drücken und das Steuer-Unrecht schützen. Es sind dieselben Kräfte, die dem Volke alles vorenthalten, was es braucht. Es sind die Rüstungsgewinnler.

Es sind die oberen Zehntausend, die in ihrer masslosen Profitgier den Kreuzzug gegen alle friedens- und freiheitsliebenden Kräfte in der Welt unternehmen wollen. *Sie sind das alte Unglück Deutschlands...*

Die 3.000 Millionäre mit dem alten Reaktionär *Schacht* an der Spitze, der im Jahre 1924 den Dawes-Tribut-Plan mitunterzeichnet hat, haben bisher rücksichtslos ihre Vorrechte durchgesetzt.

Die 3.000 Millionäre haben Deutschland schon einmal in die Niederlage getrieben.

Die 3.000 Millionäre sind wieder an einem neuen Krieg interessiert, weil sie Milliarden an den Rüstungen verdienen.

Die 3.000 Millionäre wollen die Löhne niedrig halten, denn desto höher ist dann ihr Profit.

Die 3.000 Millionäre spielen eine Schicht des Volkes gegen die andere aus, denn umso besser können sie dann oben bleiben und ihre Profite machen.

Muss das alles so sein, deutsches Volk?

Wir können das ändern, *alle zusammen*. Welch eine Macht sind die Millionen des Volkes gegen die dünne Schicht der 3.000 Millionäre!

Wollen wir uns alle wieder versöhnen, damit des Volkes Wille oberstes Gesetz ist und nicht der Egoismus von 3.000 Millionären.

Du, Nationalsozialist, Du, Sozialdemokrat, Du, Katholik, Du, Kommunist, Du, Arbeiter, Du, Bauer, Du, Handwerker, Du, Wissenschaftler – haben wir alle, Söhne des deutschen Volkes, nicht die gleiche Sehnsucht, nach einem Leben in Friede, Freude und Wohlstand? Haben wir heute nicht alle die gleichen Nöte?

Schliessen wir *treue Kameradschaft* zur Verteidigung unserer Lebensinteressen und des Friedens, zur Verteidigung Deutschlands gegen die raffende Oberschicht von 3.000 Millionären!

Nationalsozialistische und nichtnationalsozialistische Werktätige haben sich in der Vergangenheit hart bekämpft. Nationalsozialistische Volksgenossen, Ihr habt geglaubt, dass der deutsche Sozialismus auf diesem Wege erkämpft werden würde. Vier Jahre sind vergangen: was wurde von Eurem Programm erfüllt?...

Reichen wir einander brüderlich die Hände zur Vereinigung! Im Kampfe gegen die 3.000 Millionäre wirst Du, deutsches Volk, erfolgreich sein, wenn Du gegen diese kapitalistischen Despoten das Freiheitswort unseres grossen deutschen Dichters Friedrich Schiller aus dem »Tell«: »*Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern...!*« – wahr machst. Wenn Du die *wahre Kameradschaft* herstellst. Kameradschaft im Betrieb, Kameradschaft in der Deutschen Arbeitsfront, damit die Arbeitsfront die Interessen der Arbeiter vertritt gegen die Millionäre. Kameradschaft in den Innungen, damit die Innungen die Interessen des Mittelstandes vertreten gegen die Monopolherren. Kameradschaft im Reichsnährstand, damit der Reichsnährstand die Interessen der Bauern vertritt gegen die Junker und ihren teuren Beamtenapparat. Kameradschaft in den Kulturorganisationen, damit die wahre Kultur des Volkes und die Freiheit der Forschung und Wissenschaft sich durchsetzt gegen das Dunkelmännertum. Wahre wissenschaftliche Leistung ist ohne innere Freiheit des Wissenschaftlers nicht möglich. Kameradschaft in den Gemeinden, um das Recht der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung durchzusetzen. Kameradschaft für Recht und gerechte Ordnung, ohne die das Volk nicht atmen kann.

Volksgenossen!

Wir deutschen Kommunisten sind die Partei des Volkes. Wir haben keine anderen Interessen als das schaffende deutsche Volk...

Wir wollen, dass unsere Heimat stark und glücklich durch den Frieden wird und nicht unglücklich durch einen Krieg.

Daher führen wir unseren alten Kampf gegen die alten Verderber Deutschlands, der in Wahrheit ein Kampf für Deutschland ist.

Für Deutschland –

das heisst: alles für die Erhaltung des Friedens!

Für Deutschland –

das heisst: alles für den Aufstieg und Wohlstand des Volkes!

Für Deutschland –

das heisst: für Ordnung und Sauberkeit im Lande!

Für Deutschland –

das heisst: Volksrechte gegen die reaktionären Vorrechte der Millionäre!

Für Deutschland –

das heisst: *Versöhnung des Volkes* gegen die Macht der dreitausend Millionäre, gegen die Herrschaft der oberen Zehntausend!

Für Frieden, Freiheit, Wohlstand!

Für eine glückliche Zukunft des deutschen Volkes!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Berlin, Oktober 1936

BORIS KAGARLITZKIJ

Sackgassen und Wegscheiden

Heute ist es am einfachsten, die Regierung zu kritisieren. Das ist verständlich. Denn vom Erfolg der russischen Reformen wagen heute nicht einmal mehr ihre Autoren zu sprechen. Man streitet nur darüber, wer am Debakel Schuld ist.

Auf verblüffende Weise stimmen die Argumente der »Gemäßigten« und der »Radikalen« überein. Larissa Pijaschewa¹ attackierte im »Kontinent«² (Nr. 84, 1995) die Wirtschaftspolitik der Regierung und behauptete, daß alle Mißerfolge auf die Inkonsequenz und den Mangel an Radikalismus bei ihrer Durchsetzung zurückzuführen sind. Aus der Umgebung von Jegor Gajdar³ ist immer wieder zu hören, daß ohne Reformradikalismus überhaupt nichts hätte vom Platz bewegt werden können – und jeder, der sich auch nur ein wenig in der russischen Geschichte auskennt, stimmt dem sofort zu. Ehemalige Minister räsionieren, über den in ihrer Amtszeit richtigen Kurs und darüber, daß sich die Regierung nach ihrer Absetzung im Dickicht der Bürokratie, der Ineffizienz und der Nomenklatur verirrt. Dem setzen die heutigen Inhaber von Regierungsposten entgegen, daß sie die eigentlichen Profis seien – ihre Methoden entsprächen der realen Situation in der Gesellschaft und im Staatsapparat, zu dessen Zerschlagung nicht einmal die radikalsten Kritiker von Bürokratie und Nomenklatura aufrufen.

Offenbar haben alle recht und alles ist gut, aber warum ist dann alles gleichzeitig so schlecht?

Nicht Tempo oder Radikalität der Reformen sind das Problem, sondern ihre Ziele. Gab es eine alternative Strategie der Umgestaltung? Es ist symptomatisch, daß der Triumph von Glasnost und Pluralismus keineswegs die Freiheit des Wortes für jene brachte, die Reformideen vertraten, die nicht mit der herrschenden Ideologie des freien Marktes und der Privatisierung übereinstimmten. Es war die Zeit, als den zunächst sehr zahlreichen Anhängern der Idee des Selbstverwaltungssozialismus der Zugang zu den Massenmedien versperrt wurde; sie wurden isoliert und schließlich als politische Kraft zerschlagen. Es wäre jedoch naiv, den Mißerfolg der Linken zwischen 1988 und 1991 auf den Informationsboykott zurückzuführen. Das Kräfteverhältnis war nicht zu ihren Gunsten. Ende der achtziger Jahre war die Geschichte auf der Seite der marktradikalen Reformen, Mitte der neunziger Jahre wandte sich die Geschichte gegen sie.

Unter den Bedingungen der Krise des sowjetischen Systems der Planwirtschaft war eine Hinwendung zum Markt unvermeidlich

Boris Juljewitsch Kagarlitzkij
– Jg. 1958, Dr., Experte der
Föderation der Unabhängigen
Gewerkschaften
Rußland, wissenschaftlicher
Mitarbeiter am Institut für
vergleichende Politologie
und Probleme der Arbeiter-
bewegung der Russischen
Akademie der Wissenschaften.
Der vorliegende Text ist
eine vom Verfasser bearbeitete
Fassung des Artikels
aus »Swobodnaja mysl«,
Heft 1, 1996, S. 3 - 15.

»Karlsbad ist wieder in russischer Hand. Die neue russische Oberklasse ist jetzt willkommener Gast in den teuren Kurhäusern und in den sündhaft teuren Hotels – heute allerdings keine Aristokraten, die es bis 1914 jeden Sommer in Karlsbad zu sehen gab, keine sowjetischen Parteikader und Generäle, die nach 1945 Karlsbad als ihre Kriegsbeute betrachteten, keine Techniker und Agenten des KGB, die von 1945 bis Anfang der sechziger Jahre das Uran im nahen böhmischen Joachimsthal plünderten, sondern Neureiche aus Moskau, aus Baku, aus Aserbeidshan, aus Georgien und Tatarstan.«
Ota Filip: Die Russen sind wieder in Karlsbad,
in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. Juli 1996, S.7.

und notwendig. Aus dem »realexistierenden Sozialismus« ist kein »wirklicher Sozialismus« geworden, eine Gesellschaft, die ihren Bürgern mehr Freiheiten und Entfaltungsmöglichkeiten garantiert, als der Kapitalismus in den Industrieländern.

Ende der achtziger Jahre wurde offensichtlich, daß die sowjetische Gesellschaft in eine Sackgasse geraten war. Der »natürlichste« Ausweg aus der Sackgasse ist der Weg zurück. Mit anderen Worten – Reaktion.

Die Tragödie der sowjetischen Gesellschaft besteht darin, daß Ende der achtziger Jahre die Reaktion objektiv der einzig mögliche Ausweg aus der Stagnation war, weil in den sechziger Jahren die realen Chancen, für eine Dynamisierung der Entwicklung in der UdSSR vergeben worden waren. Mit der Niederschlagung des »Prager Frühlings« und dem Verzicht auf die Durchführung von Wirtschaftsreformen im eigenen Land nahm die sowjetische Führung gewissermaßen Kurs auf die Katastrophe.

Wenn die Reaktion der einzig mögliche Ausweg aus der Sackgasse zu sein scheint, bedeutet das noch lange nicht, daß sie dadurch fortschrittlich wird.

Das gesellschaftliche Erfordernis nach Rückwärtsbewegung brachte auch ein spezifisches verkehrtes Bewußtsein hervor, das alle Begriffe und Termini ins Gegenteil verkehrt. Ende der achtziger Anfang der neunziger Jahre wurden die Rechten in den Medien als Linke bezeichnet, die Linken als Rechte, die Restauration als Revolution, die Zerstörung des Staates als Rußlands Wiedergeburt, die Reaktion als fortschrittliche Umgestaltung oder Reform. Die Verkehrung des Inhalts von Begriffen als typische Propagandamethode hätte jedoch nicht einen derartigen Erfolg gehabt, wenn die Rückwärtsbewegung der Gesellschaft nicht historisch notwendig wäre. Gerade dieses gesellschaftliche Bedürfnis nach Reaktion zwang die betagten Anhänger des »wahren Kommunismus« und die Enkel der alten Bolschewiki die Privatisierung und die Zerstörung der UdSSR voller Enthusiasmus zu unterstützen.

Das Land mußte, um vorwärts zu schreiten, erst einmal zurückgehen. Das Zwangsläufige wurde mit dem Notwendigen verwechselt was für Menschen und Gesellschaft gleichbedeutend mit einer moralischen Katastrophe ist.

Daraus erklärt sich die Niederlage linker Kritiker. Sie waren sich – im Unterschied zu den Traditionalisten – der Gesetzmäßigkeit der Reaktion bewußt, verweigerten ihre Beteiligung und versuchten, Widerstand zu leisten. Und das nicht im Namen der untergehenden Vergangenheit, sondern im Namen der noch nicht geborenen Zukunft. In einer Zeit, in der die Alternativen sich auf die Formel »Stagnation oder Reaktion« zuspitzen, war massenhafte Unterstützung für wirklich neue Gesellschaftsprojekte nicht zu erwarten. Die Überwindung der Stagnation hat zu einer neuen – verspäteten und katastrophischen – Reaktion geführt.

Man muß zugeben, daß die Reaktionäre als Reformer ihre historische Mission ausgezeichnet erfüllt haben. Sie haben die Gesellschaft in nur vier Jahren zwischen 1991 und 1995 erneut in eine Sackgasse manövriert. Wenn es aus der Sackgasse der zentralistischen Planwirtschaft keinen anderen Ausweg, als den »freien

Markt« gab, so muß man nun, ob es einem gefällt oder nicht, aus der Sackgasse, in die die Marktwirtschaft geführt hat, einen nicht-marktwirtschaftlichen Ausweg finden. Spontan reift die Notwendigkeit einer verstaatlichten Wirtschaft heran; diese Tendenz ist so stark, daß sogar die Unternehmer sie spüren. Die Verstaatlichung kommt heute gewissermaßen durch die Hintertür, ohne ausgearbeitetes Programm und ohne Ideologie.

Die neue Nachfrage nach sozialistischen Ideen äußert sich zunächst nicht direkt – die Ideologen selbst können sich in der Regel nicht entschließen, ihre Überlegungen radikal zum Ausdruck zu bringen. Fürchtet man im Rußland Jelzins bisher die Macht der offiziellen Propaganda, die – in einer jahrzehntelangen Tradition stehend – die öffentliche Meinung manipuliert und das Massenbewußtsein deformiert, wird den Ideologen zunehmend bewußt, daß sie nichts mehr bewirken. Das gesellschaftliche Bewußtsein gerät außer Kontrolle, ihm entspringen Prozesse, mit denen die Eliten rechnen müssen, auch wenn es ihnen widerstrebt. In der Gesellschaft hat sich ein Umbruch vollzogen. Die Zeit der Reaktion ist in Rußland zu Ende.

Fragen an den Sozialismus – ein Exkurs

Wenn der Ausweg aus der neuen Sackgasse eine neuerliche Änderung der ideologischen Wegmarken erfordert, ist es notwendig, auf zahlreiche Fragen eine Antwort zu geben, die in der Regel für die Anhänger des Sozialismus recht unbequem sind.

Die Versuchung, in einem Land, in dem das Projekt einer kapitalistischen Reform scheiterte, zum Sozialisten zu werden, ist sehr groß. Doch diese Reform ging auch an den neuen Sozialisten und Linkszentristen nicht spurlos vorüber. Bei den Wahlen 1995 herrschte im linken Zentrum ein regelrechtes Durcheinander. Die sozialdemokratischen Aktivisten erfuhren zu ihrer Überraschung, daß Gawriil Popow, der ehemalige Bürgermeister von Moskau, an ihrer Spitze stand. Davor hatte sich Popow lange Zeit als Liberaler ausgegeben. In das linke Zentrum strebten Funktionäre, Generale, Schauspieler und für kurze Zeit sogar der Direktor der Gesamtrussischen Rundfunk- und Fernsehgesellschaft, Oleg Popow⁴. Um ihrer Kampagne einen »sozialen« Anschein zu geben, suchten die orthodoxen Demokraten Unterstützung bei einigen freien Gewerkschaften. Auch der Kongreß der russischen Gemeinden⁵ bekam Zulauf von einigen Sozialisten. Grigori Jawlinski machte während einer Vortragsreise im Westen keinen Hehl aus seiner Sympathie für sozialdemokratische Ideen.

Von einigen Ausnahmen abgesehen, setzte sich das »linke Zentrum« des Jahres 1995 aus den gleichen Politikern zusammen, die 1993 das rechte Zentrum oder das Zentrum überhaupt, verkörperten. Das Hauptproblem für diese Sozialisten bestand nicht darin, ihrem Publikum zu zeigen, daß sie besser seien, als ihre Konkurrenten, die dasselbe verkündeten, sondern darin, zu erklären, worin eigentlich ihr Linkssein besteht und was sie unter Sozialismus verstehen.

» In den Speisesälen der Karlsbader Hotels, wo einst die Zarenfamilie mit europäischen Kaisern, Königen, Erzherzögen, Prinzen und Prinzessinnen und mit dem Geldadel tafelte, findet man wieder Russen, Aserbeidschaner, Georgier und Tataren mit ihren Frauen in französischer Konfektion oder mit goldgeschmückten Geliebten, heute allerdings alle ohne Smoking, ohne Abendkleid, oft auch ohne Manieren. Mit der russischen Aristokratie von vor 1914 haben die heutigen Gäste nur eines gemeinsam: viel Geld. Ihre Hotelrechnungen zahlen die »neuen Russen« in bar und in Dollar. Kreditkarten und Schecks akzeptieren die Tschechen von ihnen nicht.«
Ebenda.

»Nach dem Scheitern des Prager Frühlings im Jahr 1968 und in den Jahren sowjetischer Okkupation galt es auch sbad als unanständig, den Mund russisch aufzumachen. Und wenn die Verkäuferin Ludmila H. im damals staatlichen Geschäft mit Lederbekleidung – für Genossinnen aus Moskau war eine Lederjacke made in Czechoslovakia der Modeschlag – gezwungen war, mit Russen einige Sätze zu wechseln, dann duzte sie sie und sprach sie als ›Genosse‹ oder ›Genossin‹ an. ›Die Zeiten haben sich geändert. Das Geschäft ist privatisiert‹, erzählt Ludmila, ›die russischen Damen und Herren zahlen in Dollar, so müssen wir wieder Russisch lernen.«
Ebenda.

Kapitalismus in der Sackgasse

Der Kapitalismus kam als Modernisierungsideologie nach Rußland. Aber die Modernisierung fand nicht statt. Eine Revolution, die Anfang des Jahrhunderts die Welt erschütterte, war die Folge. Ende des Jahrhunderts wird in Rußland wieder die kapitalistische Modernisierung propagiert. Aber ihre Chancen auf Erfolg sind diesmal wesentlich geringer.

Um eine bürgerliche Ordnung zu schaffen, bedarf es zumindest einer Bourgeoisie. Aber sie entsteht nicht so mir nichts dir nichts aus dem privaten Unternehmertum. Schon Max Weber hat gezeigt, daß die Gier nach Gewinn und das Streben nach Reichtum um jeden Preis nicht notwendig Kapitalismus hervorbringen. Geiz und Geldgier waren auch in Gesellschaften weit verbreitet, die nie zu kapitalistischen geworden sind. Tatsächlich bürgerliches Unternehmertum entsteht nur dort, wo es gelingt, die Gier nach Gewinn zu zügeln. Gerade deshalb war der Protestantismus so bedeutsam für die Entstehung des europäischen Kapitalismus. Gerade deshalb spielte der Staat in allen Ländern, die mit der bürgerlichen Modernisierung in Verzug geraten sind, die entscheidende Rolle bei ihrer Durchsetzung.

Die Spezifik der gegenwärtigen Situation in Rußland besteht darin, daß die Durchkapitalisierung der Gesellschaft mit dem Zerfall der Union und der tiefsten Krise des Staates zusammenfiel. Die Zersetzung der Bürokratie und der Zusammenbruch des sowjetischen Systems waren total. Dies erklärt sowohl die Zielstrebigkeit und die Dimension der Re-Kapitalisierung als auch ihre Oberflächlichkeit. Anstatt dem Staat wieder auf die Beine zu helfen, bereichert sich die Bürokratie an seinem Zerfall.

Eine erfolgreiche bürgerliche Entwicklung war weder von oben noch von unten möglich. Im Rußland von heute sind wie in jeder feudal-bürokratischen Gesellschaft die Politiker weitaus wichtiger, als die Unternehmer. Die Politiker befolgen nicht den Auftrag einer sozialen Elite, sie selbst sind diese Elite.

Unsere Politiker befassen sich nicht mit gesellschaftlichen Notwendigkeiten. Sie haben nur mit den egoistischen Privatinteressen ihrer Hintermänner zu tun – und selbst diese werden bei der ersten Gelegenheit geprellt. Sie brauchen Macht aber keineswegs der Macht halber. So weit sind sie noch gar nicht. Der Genuß der Macht, die Möglichkeit, über Menschen zu entscheiden, etwas aus dem Nichts heraus zu schaffen, alles das ist ihnen fremd. Das Wichtigste für die russischen Politiker ist nicht die Macht an sich, sondern ihre Attribute. Limousinen, Leibwächter, üppige Diner, hörige Referenten und langbeinige Sekretärinnen.

In Rußland gibt es weder Politiker, noch eine Politik im europäischen Verständnis. Und es gibt nichts naiveres, als zu anzunehmen, daß hier prinzipienloser Machiavellismus herrscht. Echte Prinzipienlosigkeit hat zur Voraussetzung, daß Prinzipien existieren. Und Machiavellismus bedeutet Wissen um die Bedeutung von Macht und den Aufgaben des Staates. Der Übergang von der Dummheit zur Prinzipienlosigkeit wäre für Rußland bereits eine echte moralische Revolution.

In der Wahlkampagne 1995 wurde viel über die massenhafte

Nominierung von Generalen und Schauspielern von allen Parteien gespottet und manches über den zunehmenden Einfluß der Armee gemutmaßt. Dabei wäre es viel wichtiger gewesen, über den Vertrauensverlust der Politiker zu sprechen. Nicht nur das Volk hat aufgehört, den Politikern zu glauben, die Politiker haben aufgehört, an sich selbst zu glauben. Deshalb wollen sie sich hinter Showstars und Sternen auf Schulterstücken verstecken. Das Ergebnis dessen ist leicht vorherzusagen. Die Generale und Schauspieler werden nicht nur ihre politischen Freunde nicht retten können, sondern sich auch noch selbst blamieren.

Auch die Mutmaßungen über den gewachsenen Einfluß der Armee entbehren jeder Grundlage. Die Armee teilt das Schicksal aller anderen politischen Strukturen. Sie ist zerrissen vom Kampf der Gruppierungen, von Korruption und Ineffizienz zerfressen, bar klarer Aufgabenstellungen und Orientierungen.

Die Wahlen widerspiegeln nur das, was in der Gesellschaft vor sich geht. Kein, und sei es ein noch so gutes Wahlgesetz wird helfen, wenn die Gesellschaft nicht in der Lage ist, sich selbst zu organisieren. Die Jahre der Siege der »Reformen und der Demokratie« stellten sich als Jahre heraus, in denen die objektiven Grundlagen der demokratischen Entwicklung, die in den sechziger und achtziger Jahren unter Mühen und langsam herangereift waren, durch die Reaktion untergraben wurden.

Im Vergleich mit 1991 ist der Rückschritt unübersehbar. Ende der achtziger Jahre hofften die Menschen nicht nur auf Veränderungen, sondern handelten auch. Die Anfänge der Zivilgesellschaft bildeten sich heraus. Die gegenwärtige Apathie der Bevölkerungsmehrheit ist kein Zufall. Es handelt sich hierbei nicht um die Ermüdung von den Umgestaltungen. Es ist etwas viel tragischeres passiert. Die Gesellschaft hat beim Versuch, sich vom Staat zu befreien, eine Niederlage erlitten. Die Versuche der Arbeiterselbstverwaltung sind unterdrückt worden, die Ansätze freien Unternehmertums wurden zertreten.

Jahrzehnte lang haben wir gegen den Totalitarismus gekämpft, bis er in den achtziger Jahren in der Perestroika überwunden wurde. Jetzt hat sich die Situation geändert. Die Politikwissenschaft hat schon in den dreißiger Jahren die Bedingungen beschrieben, die für die Entstehung des Totalitarismus günstig sind: Atomisierung, Zersplitterung und Apathie der Bürger, eine geringe Effektivität der demokratischen Institutionen bei gleichzeitiger Verschärfung sozialer Spannungen. Wenn es nicht gelingt, diese Probleme zu lösen, wird es zu der von Erich Fromm beschriebenen Flucht vor der Freiheit kommen.

Zum Glück gibt es heute keine reale organisierte Kraft, die in der Lage wäre, eine neue totalitäre Diktatur einzusetzen. Shirinowski vermag nur Leute mit schwachen Nerven zu erschrecken. Die Generale sind zerstritten. Die Kommunistische Bewegung hat sich sehr verändert. Nur jene Journalisten, die noch nicht bemerkt haben, daß die antikommunistische Propaganda heute genauso haltlos und diskreditiert ist, wie die kommunistische vor zehn Jahren, können die heutigen Führer der Kommunistischen Partei als Erben Stalins und Berijas bezeichnen.

»Im inzwischen privatisierten Kurhotel ›Imperial« haben westliche Gäste keine Chance. Alle Ankündigungen in der Hotelhalle, das Kultur- und Ausflugsprogramm, die Speisekarten, die Rechnungen, alles ist in russisch-kyrillischer Schrift gedruckt oder geschrieben ... Heute verdrängt das Russische die deutsche, die englische, ja sogar die tschechische Sprache. Kein Wunder: 1995 kamen mehr als 13.000 Russisch sprechende Gäste, jeder mindestens für drei Wochen, nach Karlsbad; in diesem Jahr sollen es mehr als 16.000 sein.«
Ebenda

»Die Gäste aus dem Osten bringen heute viel mehr Geld als die Deutschen, Franzosen, Japaner und Amerikaner zusammen. Und hartes Geld, auch wenn es in Karlsbad gewaschen werden muß, stinkt hier noch weniger als anderswo. Der einst weltberühmte Kurort braucht viel Geld; allein die Renovierung des Stadttheaters, seit Ende des neunzehnten Jahrhunderts ein Juwel unter den kleinen Theatern, nach vierzig Jahren Sozialismus eine Ruine, wird fast 250 Millionen kosten.«
Ebenda, S. 8.

Man sollte nicht vergessen, daß die Gefahr in der Regel von dort kommt, woher man sie am wenigsten erwartet. Der Oberste Sowjet hat sich vor dem Operettenputsch im August 1991 sehr erschrocken. Zwei Jahre später zerschossen Panzer auf Befehl des ehemaligen Vorsitzenden des Obersten Sowjets den Sitz des Parlaments. Wenn es eine Diktatur schafft, sich landesweit zu etablieren, dann nur unter dem Vorwand, die Demokratie zu retten.

Noch aber ist die Macht schwach. Der Staat ist im Zuge der Umgestaltungen nicht stärker geworden. Früher schien es, daß eine schwache Gesellschaft einen starken Staat braucht. Heute haben wir es mit einer desorientierten und geschwächten Gesellschaft zu tun, die von einem halbzerfallenen Staat gelenkt wird. So viel man bei uns auch von der Festigung der russischen Staatlichkeit redet, praktisch ist das unmöglich. Staatlichkeit gibt es nur dort, wo die Macht die organische Verbindung zum Bürger wahrhaft, sich auf die Tradition, auf das Recht oder auf den Willensausdruck der Mehrheit des Volkes stützt. Alles das gibt es in der Russischen Föderation nicht. Wir verfügen nicht über ein modernes Staatswesen, sondern über ein System der Machtusurpation, das dem Prinzip folgt: jedem so viel Macht, so viel er greifen kann.

Jahrzehnte lang haben wir uns europäisiert. Deshalb sind wir heute Afrika sehr ähnlich. Auch dort war das Streben, dem Westen ähnlich zu werden, von der Zerstörung der eigenen Traditionen und der eigenen Ordnung begleitet. In Rußland gibt es keine Bourgeoisie als herrschende Klasse. Es gibt rivalisierende Gruppen, die nicht zu einer richtigen Klasse geworden sind. Sie nennen sich voller Stolz Eliten, obwohl es treffender wäre, sie als Stellvertreter zu bezeichnen. Sie bedeuten etwas, solange sie an der Macht sind. Wenn das Privatkapital nicht strikt vom Staat getrennt ist, dann ist es auch nicht privat. Geld hat bei uns nur solange Gewicht, solange es gegen Macht getauscht wird. Das ist die einzige reale Konvertierbarkeit nicht nur des Rubel sondern auch des Dollar im Rußland von heute.

Es hat keinen Sinn, von Interessengruppen zu sprechen. Es gibt nur Grüppchen, die entstehen und wieder zerfallen, Kristallisationspunkte dieser Clans sind Leute, die über Macht verfügen. Die Vertretungsorgane vertreten lediglich sich selbst, die politischen Parteien werden auf Führer zugeschnitten und haben zu Massenbewegungen überhaupt keine Beziehung.

Leider gibt es bei uns auch kein Proletariat. Die Werktätigen sind von der Verwaltung abhängig, die zwar keinen Lohn zahlt, aber trotzdem Beschäftigung garantiert. Die Administration wiederum ist untrennbar mit kommerziellen Strukturen verbunden, die das Geld vor den Toren der Fabriken arbeiten lassen. Alles ist im Endeffekt miteinander verflochten, alles voneinander abhängig. Deshalb kann von Sozialpartnerschaft nicht gesprochen werden. Denn die Partner müßten frei und gleichberechtigt sein. Sozialer Widerstand ist unmöglich, wenn die Werktätigen sich nicht zu gemeinsamen Aktionen vereinigen können. Deshalb wird auf das rapide Sinken des Lebensniveaus, die Nichtauszahlung von Löhnen und die Beschneidung des Haushalts nur mit vereinzelt und schwachen Streiks reagiert.

Dieser »soziale Frieden« ist kein Grund zur Freude, er ist ein Anzeichen für den Zerfall der Gesellschaft. Hinter der Geduld der Massen verbirgt sich ein gewaltiges und von Tag zu Tag wachsendes Potential an Haß.

Die Vereinzelung der Menschen bringt die Notwendigkeit der Diktatur hervor. Es ist möglich und notwendig, die Wahlen zu nutzen, um die Keimformen eines zivilien politischen Lebens zu bewahren, aber die Wahlen als solche werden die Probleme der Gesellschaft nicht lösen, wenn die Gesellschaft so bleibt, wie sie ist.

In der gegenwärtigen Situation gibt es nichts, was schädlicher und verantwortungsloser wäre, als Optimismus. Wir können nur hoffen, daß die Krise nicht der Anfang eines unumkehrbaren historischen Verfalls Rußlands ist. Schließlich verschwanden oft genug große Staaten und Völker einfach vom Antlitz der Erde. Rußland hat mehr als einmal die Fähigkeit demonstriert, nationale Katastrophen zu überwinden.

Die politische Schizophrenie des russischen Business

Ungeachtet der offensichtlichen Unbrauchbarkeit des bestehenden sozio-ökonomischen Modells versprechen uns bezahlte Besänftiger täglich eine »lichte Zukunft«. Während man früher auf den spontanen Marktmechanismus hoffte, steht gegenwärtig die moralische Wiedergeburt der »neuen Russen« im Vordergrund. Man erklärt uns, daß Menschen, die sich ein gewaltiges Vermögen zusammengerafft haben, dieses schon nicht mehr ohne weiteres außer Landes bringen können. Sie besitzen inzwischen Villen und Betriebe in der Heimat. Kurz gesagt, aus der Liebe zur Immobilie wird allmählich die Liebe zum Vaterland. Und das bedeutet, fassen die Autoren der optimistischen Artikel zusammen, daß das russische Business zu einem sozial verantwortlichen, humanen und national ausgerichteten wird.

Und auch die »Businessmen« denken so. Das heilige Recht, die eigenen Landsleute auszunehmen, will der russische Unternehmer nicht an die Ausländer abtreten. Dafür ist er wirklich bereit, zu kämpfen. Der Patriotismus der russischen Kaufleute hatte hier seine Grundlage; wie übrigens auch der Nationalismus in den Kolonialländern.

Die Zeit, als man sich einfach alles der Reihe nach einverleiben konnte, ist nun wirklich vorbei. Etwas anderes können die »neuen Russen« aber nicht. Daher der wachsende Unmut über die ausländischen Firmen, die besser arbeiten, der Ruf nach Protektionismus, die Hoffnung auf Unterstützung durch den Staat. Daher auch der »Linkstrend« und die rasche »Entwicklung nationalen Selbstbewußtseins« innerhalb des rückständigsten und korruptesten Teils der »neuen Russen«.

Auch um den sozial verantwortungsbewußten Teil des Business steht es schlecht. In der gegenwärtigen Situation geht es nicht allein darum, etwa nur auf Maximalprofite zu verzichten, sondern auch auf die normalen Quellen des Profits. Denn antisozial sind nicht die gewaltigen Gewinne der »neuen Russen«, sondern ihre Tätigkeit als solche.

Die »neuen Russen« sind – entgegen dem in der öffentlichen

»Man erfährt aus guter Quelle – sie möchten nicht genannt werden, denn einige östliche Geschäftsleute reisen mit Leibwächtern: Russische, aserbeidshansische, georgische, tatarische und andere Banker und Kaufleute haben in zwei Jahren mit Hilfe tschechischer Strohänner mindestens zwei Dutzend Kurhäuser und Hotels gekauft, unter ihnen, und das empfinden die Karlsbader als Demütigung, auch das Haus der tschechischen Schriftsteller, wahrscheinlich auch schon fast die ganze Sadova ulice, die Parkstraße, mit dem Grundstück der von den Nazis im Herbst 1938 niedergebrannten Synagoge.«
Ebenda.

»Ich sage es offen«, erzählt ein Diplomökonom, der seinen gutbezahlten Posten in einem von zweifelhaften Geschäftsleuten beherrschten Hotel aufgab, um sicherer zu leben, »daß wir es in Karlsbad mit einer russischen, sibirischen Mafia zu tun haben. Es ist aber absurd: Ohne Geld aus anrühigen Quellen gäbe es bei uns keinen Wiederaufbau. Die Gefahr für uns ist schmutziges Geld, mit dem sie sich bei uns einkaufen und für Generationen festklammern.«
Ebenda.

Meinung verbreiteten Stereotyp – durchaus nicht abgeneigt, in die Produktion zu investieren. Was sie auszeichnet, ist das kompromißlose Bestreben, sich so schnell als möglich auf Kosten der Gesamtwirtschaft zu bereichern. Gleich, wo sie tätig sind, immer verfügen sie über ein lokales Monopol. Neben »natürlichen Monopolen« (wie z.B. »Gasprom«) gibt es heute in Rußland hunderte, wenn nicht tausende »zufälliger Monopole«. Eine winzige Brauerei irgendwo in Sibirien wirft plötzlich einen riesigen Gewinn ab. Nicht, weil das Bier gut ist und die Technologie auf dem neuesten Stand, sondern weil die Einfuhrzölle und die Transportkosten für importiertes und weitaus besseres Bier gewaltig sind. Nehmen wir dann noch die »freundschaftlichen« Beziehungen zu maßgeblichen Personen in der örtlichen Verwaltung hinzu, schließt sich der Kreis. Unter Bedingungen normaler Marktkonkurrenz würden unsere Helden wohl kaum so erfolgreich sein. Das Paradoxe der gegenwärtigen Situation besteht darin, daß der scheinbar entwickeltste Teil des russischen Business verliert oder einfach bankrott geht, wenn sich die Wirtschaft normalisiert. Die »neuen Russen« haben ein objektives Interesse an der Reproduktion der Krise, um ihre »zufälligen Monopole« zu bewahren. Unsere »Businessmen« unterstützen die auf Stabilisierung zielenden Programme der Regierung und verlangen entschiedenere Schritte; doch nur solange sie keine konkreten Ergebnisse zeitigen. Sobald sich dies abzeichnet, wird Unmut laut und Widerstand organisiert.

Die politischen Folgen sind offensichtlich. Das Streben nach sozialem Frieden entartet in der Forderung nach einer starken Macht. Das Komparadorenkapital wird patriotisch. Solange alle »sozialen Garantien« auf das Recht hinausliefen, samt allem geraubten Kapital auszureisen, waren sie mit der Demokratie zufrieden. Für den Schutz der Villen bedarf es aber keiner Bürgerrechte, sondern einer gut bezahlten Polizei.

Einige Publizisten hoffen auf die neue Generation, die gebildeter und humanistischer sein wird. Wenn die Kinder der »neuen Russen« aus den Universitätsstädten im Westen heimkehren, beherrschen sie die neuen Managementmethoden und kennen die Kultur sozialer Kompromisse des europäischen Protestantismus. Sein Kind zu einem anständigen Menschen erziehen, bedeutet für die »neuen Russen«, den eigenen Todfeind heranzubilden. So ging es bereits den russischen Kaufleuten. Die Politiker aus dem Westen, die meinen, daß die jungen Leute zu Hause für die Interessen des Westens eintreten werden, werden ihren Fehler bald einsehen. War es doch die im Westen ausgebildete Elite, die den Kern aller nationalen Befreiungsbewegungen in der »Dritten Welt« bildete. Die dem zugrunde liegende Logik ist simpel. Je mehr Menschen mit europäischer Bildung im Lande sein werden, desto mehr werden sie danach streben, die Posten mit ihresgleichen zu besetzen.

Der Generationswechsel wird in der Tat wesentliche Verbesserungen nach sich ziehen. Aber er wird sich ganz anders vollziehen, als es die berufsmäßigen Optimisten erwarten. Der Generationswechsel wird von einem ideologischen Umbruch, von politischen Erschütterungen und einer sozialen Explosion begleitet sein. Und darauf wird man nicht mehr lange warten müssen.

Das russische Phänomen

Man sagt, daß Ausländer Russen nicht verstehen können. Das ist nicht schlimm. Schlimm ist, daß die Russen sich selbst oft nicht verstehen können. Wenn die Mehrheit der Bevölkerung Rußlands in der Lage wäre, das eigene Interesse zu artikulieren und sich wenigstens zur Selbstverteidigung zu organisieren, wäre die Geschichte des Landes ganz anders verlaufen. Nirgendwo sonst in Europa spielt die Ideologie eine so große und oft verhängnisvolle Rolle im gesellschaftlichen Leben, wie in Rußland.

Aus dem Ausland importierte fertige Schemata sind verlockend, weil sie einem das eigene Denken ersparen. Sie haben nur einen Nachteil, sie passen nicht auf unsere Verhältnisse. Unsere Verhältnisse sind der Grund für ihr Versagen, nicht die »russische Seele«. Man kann sehr wohl zwanzig zentristische Blöcke ins Leben rufen, man kann dutzende Bände über die Erfahrungen der europäischen Sozialdemokratie ins Russische übersetzen. Dennoch wird es mit dem Zentrismus und der Sozialdemokratie in unserem Land nicht klappen. Der Marxismus Anfang des 20. Jahrhunderts konnte greifen, weil er ein Echo in den kulturellen und gesellschaftlichen Prozessen fand, die in der damaligen Gesellschaft vor sich gingen. Heute ist es nicht möglich, die Erfahrungen der neuen Linken nach Rußland zu importieren. Im Land gibt es einfach keine Basis für Linkszentrismus und Sozialdemokratie. Und es gibt auch keine Bedingungen für die Herausbildung eines wirklichen Liberalismus.

In Rußland wächst das Bedürfnis nach einer starken Macht. Aber nach einer »starken Macht«, die von denen Unten und nicht von denen Oben gewollt wird. Die Verknüpfung von Repression und Demagogie mag ein Erfolgsrezept sein, doch die Probleme des Landes lassen sich auf diese Weise nicht lösen. Die Unmöglichkeit der Demokratie bedeutet noch lange nicht den Erfolg der Diktatur. Das Land steht wieder, wie schon Anfang des Jahrhunderts, an einer Wegscheide. Für den Sozialismus sind wir nicht reif, im Kapitalismus können wir nicht leben. Wir können den Westen nicht einholen, uns aber auch die Rückständigkeit nicht leisten. Wir sind nicht reif für die Demokratie, wollen aber auch keine Diktatur. Die ausländischen Erfahrungen taugen nicht für uns, aber ohne sie ist Entwicklung undenkbar.

Die Gesellschaft ist zudem durch und durch politisiert, politisches Leben ist jedoch aufgrund der Zersetzung der Gesellschaft unmöglich. Das politische Leben im Rußland der Gegenwart erinnert an ein Drama (oder an eine Tragödie?) ohne positiven Helden.

Die historische Aufgabe besteht im Endeffekt darin, nach neuen Formen der Gesellschaftlichkeit zu suchen, ohne die weder Politik noch Wirtschaft möglich sind. Diese Gesellschaftlichkeit kann keine bourgeoise sein, da es keine Bourgeoisie gibt. Die Perspektiven der Entwicklung der Wirtschaft können keine kapitalistischen sein, weil das bestehende Modell nicht funktioniert. Die Ideologie der Linken kann sich als ein wichtiger Faktor bei der Organisation der Gesellschaft erweisen, weil sie kollektivistisch ist. Die Aufgabe der Linken in Rußland besteht nicht nur darin, die Interessen, die sich bereits herausgebildet haben zu artikulieren, sondern auch darin, sich selbst als politische Kraft auszubilden.

Die Wiederherstellung der Gesellschaftlichkeit ist nicht gleichbedeutend mit dem Sieg der Demokratie, aber die einzige Chance für eine demokratische Entwicklung. Kollektivismus garantiert nicht immer Freiheit, aber ohne ihn ist unsere Freiheit nicht zu verteidigen. Der linke Radikalismus, der im Land des durchgefallenen Kapitalismus heranreift, muß nicht die Ideologie des Fortschritts werden, aber ohne ihn ist Fortschritt unmöglich. Lenins Buch »Was tun?« konnte nur von einem russischen Sozialisten geschrieben werden. Ein europäischer Sozialdemokrat würde nie auf die Idee kommen, eine Partei der Arbeiterklasse vor Entstehung dieser Klasse zu schaffen und dann auch noch das Bewußtsein in die Reihen des Proletariats zu tragen. Aber dieses theoretisch gesehen Absurde ist das Ergebnis der absurden russischen Geschichte.

Die Menschen müssen sich organisieren, um gemeinsam zu handeln, oder sich mit ihrem Schicksal abfinden. Aber Passivität und Hörigkeit der Unteren führt nicht zu Stabilität, denn in unserem Land sind die Oberen die Quelle der Instabilität. Heute erkennen wir deutlich die Unkosten des russischen Weges. Aber wir erkennen auch die realen Widersprüche der neuen Periode, die verblüffende Wiederholung des bereits durchlaufenen Weges, den uns die Reaktion aufgezwungen hat. Also wird der ideologische Faktor auch weiterhin eine gewaltige Bedeutung haben. Wir müssen uns die Lehren der russischen Revolution zu eigen machen, um nach Möglichkeit ihre Fehler und Verbrechen zu vermeiden. Eine Alternative kann eine Mischwirtschaft sein, die Elemente des demokratischen Kapitalismus, der staatlichen Planung und des demokratischen Sozialismus einschließt. Radikale Veränderungen der staatlichen Strukturen und der herrschenden Ideologie sind dazu unvermeidlich.

Im Endeffekt geht es nicht um den Verzicht auf Marktmechanismen, sondern um die radikale Absage an die Marktideologie in der Wirtschaft und die Suche nach völlig anderen Orientierungspunkten. Es geht um die Ablösung der Eliten und um die Umbewertung der Werte. Nur so kommt man aus der Sackgasse heraus und kann erfolgreich den Kreuzweg der Geschichte passieren.

ÜBERSETZUNG UND ANMERKUNGEN VON WLADISLAW HEDELER

- 1 Dr. oec. Larissa Iwanowna Pijaschewa, geb. 1947, Absolventin des Moskauer Plechanow-Institutes für Volkswirtschaft, war von 1991-1992 Vorsitzende des Komitees für Wirtschaftsreformen der Moskauer Stadtverwaltung.
- 2 Dr. oec. Jegor Timurowitsch Gajdar, geb. 1956, Absolvent der ökonomischen Fakultät der Staatlichen Moskauer Lomonossow-Universität, war von 1991-1992 Minister für Wirtschaft und Finanzen der RSFSR.
- 3 Oleg Maksimowitsch Popzow, geb. 1934, Absolvent der Leningrader Akademie für Forstwirtschaft, leitete von 1990-1996 die Gesamtrussische Rundfunk- und Fernsehgesellschaft. Popzow wurde auf Jelzins Weisung im Februar 1996 entlassen.
- 4 Der von Dmitrij Olegowitsch Rogosin, geb. 1964, im März 1993 gegründete Kongreß der Russischen Gemeinden spielte bis 1995 im politischen Leben Rußlands so gut wie keine Rolle. Im April 1995 traten die von Juri Wladimirowitsch Skokow (geb. 1938) geleitete Föderation der Warenproduzenten Rußlands und die Demokratische Partei Rußlands unter Sergej Jurjewitsch Glasjew (geb. 1961) dem Kongreß als Kollektivmitglieder bei. General Lebed ist der vom Kongreß nominierte Spitzenkandidat im Kampf um die Präsidentschaft.

NIKOLAI PROSTOW

Verlauf, erste Ergebnisse und mögliche Schlußfolgerungen der Privatisierung der Industrie in Rußland

Zur Situation

Die in Rußland wirklich vor sich gehenden Prozesse erlauben weder, sich den offiziellen Erklärungen der Regierung, noch, sich denen der Analytiker der politischen Opposition oder der Vertreter von verschiedenen Geschäftskreisen anzuschließen. Die materielle Lage der Masse der Lohnabhängigen wird eindeutig zu positiv bewertet, das Ausmaß der stark angestiegenen »verdeckten« Arbeitslosigkeit wird völlig unzureichend reflektiert, die Skepsis gegenüber der These vom Nutzen der Privatisierung großer Industriebetriebe nimmt bei der Mehrzahl der Russen beständig zu, ebenso wächst der Zweifel an den offiziell von der Regierung verbreiteten Informationen.

Ungeachtet der Versuche der ökonomischen Knebelung der unabhängigen Massenmedien, gelangt immer öfter Faktenmaterial auf die Zeitungsseiten, das den kriminellen Charakter der Privatisierung vieler Industrieobjekte belegt. Über Fälle solcher Art ist auch im Fernsehen berichtet worden.

Der Verlauf der Privatisierung ist immer häufiger Anlaß für Konflikte zwischen der Legislative und der Exekutive. Die Justiz ist weder in der Lage, eine entsprechende Bewertung der massenhaften Verstöße gegen die in Rußland existierenden »Privatisierungsgesetze« vorzunehmen, noch adäquat darauf zu reagieren. Die enge Verquickung zwischen den Vertretern der Legislative, Exekutive und Justiz auf den unterschiedlichen Ebenen zeigt sich darin, daß die von der Justiz im Umfeld von Privatisierungsmaßnahmen durchgeführten Untersuchungen sowie »aufsehenerregenden« Aktionen in der Regel nur dann erfolgten, wenn von seiten der Führung der Justiz entsprechende Befehle erteilt wurden, die ihrerseits Befehle von den Strukturen der Exekutive erwartet. Unter diesen Bedingungen hängt die Qualität und Geschwindigkeit der Ausführung derartiger Entscheidungen in vielem von der politischen »Standfestigkeit« des Initiators und dem Grad der Gewogenheit des Präsidenten der Russischen Föderation ihm gegenüber ab.

Von interessierten Kreisen werden Informationen dieser Art sorgfältig herausgefiltert mit dem Ziel, eine Prognose über mögliche Folgen für jedes Glied der Kette der Ausführenden zu erhalten. Die Notwendigkeit, entgegen den persönlichen Überzeugungen und den Forderungen des Gesetzgebers zu handeln, führt bei vielen Angehörigen der Justizorgane zu massivem innerem Unbehagen und verstärkt die persönliche Motivation, eine Veränderung der

Nikolai Prostow –
Vorsitzender der Freien
Gewerkschaft »Arsenal«
Erster Stellvertreter des
Vorsitzenden der Konföderation
der Arbeit St. Petersburgs
und des Leningrader Gebiets –
der Vereinigung der Freien
Gewerkschaften.

Dieser Beitrag wurde auf
der Konferenz »Wohin geht
Europa im Osten«, die vom
3. - 5. Mai 1996 in Montreuil
stattfand, gehalten.
Siehe dazu auch UTOPIE
kreativ Heft 68 (Juni) 1996.

»Seit dem Ende des Kommunismus hat sich die Industrieproduktion in Rußland halbiert, vor allem Schwer- und Rüstungsindustrie sind ausgefallen. Laut amtlicher Statistik sinkt das Bruttoinlandsprodukt noch immer, voriges Jahr freilich nur noch um vier Prozent und 1996 womöglich um ein Prozent ... Danach geht es aufwärts, sagen die Experten ... In die Statistik geht das Ergebnis privaten Wirtschaftens kaum ein – und das soll schon 30 bis 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen. An den 122.000 privaten Unternehmen, die meist als Aktiengesellschaften firmieren, ist oft noch eine Behörde beteiligt, aber nur jede fünfte Firma gehört allein dem Staat. Fast eine Million Kleinbetriebe wie Läden oder Frisiersalons befinden sich gan in privater Hand, sie steuern 9 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. Nur gut die Hälfte der Agrarproduktion stammt noch von Kolchosen und Sowchosen, 43 Prozent der Lebensmittel liefern Bauern aus ihren privaten Gärten an, ganze 2 Prozent steuert die Viertelmillion selbständiger Landwirte bei. Woher soll nun der Aufschwung kommen? Voriges Jahr sanken die Investitionen um 13 Prozent gegenüber 1994, seit 1990 um zwei Drittel. Ausländische Kapitalgeber schreckt die mangelnde Rechtssicherheit ab.«

Der SPIEGEL, Nr. 26 /1996, S. 128.

allgemeinen politischen Situation hin zur »Einführung von Ordnung« zu fordern. Solches heuchlerisches Verhalten hemmt eine normale Dienstauffassung und führt dazu, daß das Material über Gesetzesverletzungen gesammelt, systematisiert und aufgeschoben wird: »bis zum Zeitpunkt politischer Veränderungen«.

Die Hebel zur Einwirkung auf die Justiz konzentrieren sich in großem Maße in den Händen der Exekutive, was die Rechtsprechung und die Handlungsfähigkeit der Gerichte in laufenden Prozessen deutlich bremst.

Potentielle Investoren fürchten sich zurecht, ihr Geld in irgendwelchen Wertpapieren anzulegen. Die Steuer- und Wirtschaftspolitik der Regierung führte zum starken Absinken der Industrieproduktion und stimuliert den Unternehmergeist zur Suche nach »gesetzlichen« Möglichkeiten des Betruges der Kunden und der eigenen Lohnarbeiter. Viele Vertreter des Managements verneinen sogar die Möglichkeit, unter den heutigen russischen Bedingungen Profit machen zu können, ohne die Gesetze zu umgehen und kriminelle Verbindungen und Geschäftsmethoden auszunutzen.

Die »Spielregeln«, wie sie von der Exekutive anfangs festgeschrieben wurden, orientierten sich an der von der Nomenklatura durchgeführten Privatisierung und der Schaffung wesentlicher Vergünstigungen für die Geschäftsleitung. Gerade den Betriebsdirektor hatte man sich als potentiell erfahrenen und umsichtigen Eigentümer vorgestellt, was sich in der Praxis jedoch nicht voll bewahrheitete. Die Mehrzahl von ihnen ist heute im Besitz einer großen Zahl von Aktienpaketen »privater« Unternehmen, was ihnen praktisch gestattet, monopolistisch über das im Zuge der Privatisierung erworbene Vermögen zu verfügen und dessen Verwendung zu kontrollieren.

Nebeninvestoren, die über Aktienpakete des Unternehmens verfügen, bekommen beim Versuch, Informationen über die Firma zu erhalten, eine Reihe von Schwierigkeiten von seiten der Direktoren. Die Probleme bei der Organisation der russischen Wirtschaft verstärkten unter den heutigen Bedingungen den Versuch, die grundlegende Produktionstätigkeit einzuschränken und das Unternehmen als kostenlos erhaltene Immobilie zu betrachten, die bestens geeignet ist, zu gewerblichen Zwecken verpachtet oder zum Zwecke der persönlichen Bereicherung verkauft zu werden. Die Suche nach potentiellen Käufern ist in der gegenwärtigen Periode durch eine unzureichend ausgearbeitete gesetzliche Grundlage zur Frage des Verkaufs von Grund und Boden erschwert. Genau dieses Moment zwingt heute dazu, die Form der Pacht zur Erlangung von Einkommen zu nutzen.

Die fehlende Motivation zur Organisation der Produktion führt zu analogen Stimmungen unter den Arbeitern der Mehrheit der Industriebetriebe, die sehr genau die Nutzlosigkeit ihres Betriebes sowie ihrer eigenen Fähigkeiten spüren. Diejenigen unter den Lohnarbeitern, die besonders kreativ sind, verließen ihren Arbeitsplatz und versuchten ihr Glück im Handel und in anderen nichtproduzierenden Bereichen. Das führte dazu, daß das Potential an Kadern erschreckend zurückgegangen ist. Die Zahl qualifizierter Spezialisten, die aus »reinem Enthusiasmus« arbeiten, sinkt ständig.

Soweit das äußere Bild.

Zur Vollständigkeit der Informationen muß unbedingt angemerkt werden, daß viele Direktoren keine selbständigen Subjekte im eigentlichen Sinne des Wortes sind, sondern sich häufig in totaler Abhängigkeit von organisierten kriminellen Strukturen in den vielfältigsten Varianten befinden. Kleine und mittlere Betriebe haben normalerweise direkte Kontakte zu diesen Kreisen, Großbetriebe geraten durch die Bankstrukturen in diese Abhängigkeit. In der Regel entsteht die Abhängigkeit entweder als Folge von Schwierigkeiten, den erhaltenen Kredit zurückzuzahlen, oder als Resultat einer direkten Absprache zwischen dem Betriebsdirektor und dem Chef der Bank. Eine derartige Abmachung läuft in der Regel darauf hinaus, daß die Bank die Befugnis erhält, auf Leitungsentscheidungen Einfluß zu nehmen – im Gegenzug erhält der Betrieb die Möglichkeit, mit Hilfe der Bank mit den Geldmitteln frei zu manipulieren. Das Manipulieren mit Finanzmitteln (darunter auch Staatsressourcen) bringt die größten Gewinne und ist die wichtigste Quelle der Entstehung von Privatkapital. In einzelnen Fällen besetzen einunddieselben Leute Führungsposten in der Bank und in dem unter ihrer Kontrolle stehenden Betrieb. Viele Banken wiederum sind in völliger Abhängigkeit von mächtigen kriminellen Strukturen, die bestrebt sind, das Bankpersonal mit den eigenen Agenten zu durchsetzen. Dabei nutzen sie das breiteste nur denkbare Spektrum an Druckmitteln. Die Strukturen, die die Möglichkeit haben, effektiven Druck auf die Führungen der Banken auszuüben, besitzen in der Regel entsprechend einflußreiche Gönner in den Organen der Exekutive. In der letzten Zeit verstärkten sich die Tendenzen des Eindringens derartiger Agenten auch ins Parlament. So ein System der „Zusammenarbeit“ gibt die Möglichkeit, sowohl auf die Finanz- als auch auf die Wirtschaftsstruktur Einfluß auszuüben. Konkret bedeutet das nichts anderes, als daß die Prozesse der Privatisierung auf allen Ebenen von einflußreichsten kriminellen Strukturen kontrolliert und geleitet werden. Das heißt: an der Kriminalisierung der Privatisierungsprozesse sind sowohl die kriminellen Strukturen als auch die von ihnen finanzierten staatlichen Beamten und die Direktorenschaft interessiert. Davon profitieren sowohl die Banken als auch die mächtigen Finanzinstitute.

Gründe für die entstandene Situation

Die wichtigsten Gründe sind der ständige Widerspruch in den Auffassungen und die Gegensätzlichkeit in den Handlungen der Exekutive und der Legislative. Viele Fakten erhellen den Mißbrauch und sogar den direkten Bruch der russischen Gesetze durch Vertreter der Exekutive. Im System der Rechtssicherung fehlen auf Grund der faktischen Kontrolle durch die höchsten Organe der Exekutive die notwendigen Kräfte.

Die Unsicherheit der politischen Situation nimmt durch die kontinuierliche Verschlechterung der materiellen Lage der Mehrheit der Bevölkerung und mit dem Herannahen der Präsidentschaftswahlen¹ zu.

»Die einheimischen Finanziers, verschreckt von der Gefahr einer Rückkehr der Kommunisten an die Macht, möchten nur schnelles Geld im Handel machen, nicht in der Produktion, die sich erst langfristig auszahlt. Gewinne schaffen sie vielfach auf Auslandskonten, an die 14 Milliarden Dollar im Jahr. Ändert sich das politische Klima in Rußland, könnten die Guthaben zurückfließen ... Schon stiegen im Wohnungsbau die Investitionen (Anteil 1995: ein Viertel), in der Eisen- und Stahlindustrie erstmals wieder um 9 Prozent, fast ebensoviel in Chemie und Petrochemie. Die Leichtindustrie, in Sowjetzeiten extrem unterentwickelt, ist aber auf ein Fünftel geschrumpft. Die Russen kaufen lieber Importwaren (für 58 Milliarden Dollar 1995), derweil die Ausfuhr – überwiegend Rohstoffe – auf 78 Milliarden Dollar stieg. Zu diesem Außenhandelsüberschuß von respektablen 20 Milliarden Dollar kamen noch 5 Milliarden vom Internationalen Währungsfond, so daß eine Stabilisierung des Rubel erreicht wurde. Und 25 Milliarden Dollar alte Sowjetschulden bei westlichen Geschäftsbanken sind praktisch gestrichen. Rußland bleiben immer noch 130 Milliarden Dollar Schulden im Ausland.«
DER SPIEGEL, Heft 26/1996, S. 128.

1 Der Beitrag entstand im April 1996.

Mögliche Prognose

Im Falle eines grundlegenden Wechsels des ökonomischen Kurses des Landes (z.B. im Ergebnis der Wiederwahl des Präsidenten der Russischen Föderation und des Wunsches der Politiker, »ehrlich nach dem Gesetz« zu handeln), könnte dem angesammelten Material über die Gesetzesverletzungen der Weg frei gemacht werden, was zahlreiche Gerichtsprozesse gegen heute hochgestellte Persönlichkeiten nach sich ziehen würde. Der kriminelle Charakter der Übergriffe wäre unübersehbar. Die Ergebnisse der Privatisierung könnten überprüft werden, besonders in den Fällen klarer Verstöße gegen die Gesetzlichkeit. Häufig sind diese in der Sphäre des Militärisch-Industriellen Komplexes anzutreffen.

Die dem Vortrag zugrunde liegenden Informationen sind der Praxis entnommen und können am Beispiel des St. Petersburger Unternehmens »Arsenal« und einiger anderer Industrieobjekte anschaulich illustriert werden.

ÜBERSETZUNG AUS DEM RUSSISCHEN VON MARION KUNZE

BORIS W. RAKITSKIJ,
GALINA JA. RAKITSKAJA
Privatisierung –
Interessen, Absichtserklärungen,
Beteiligte, Methoden und Resultate

Erstens: Die Ereignisse, die mit der Privatisierung im heutigen Rußland verbunden sind, können im vollen Umfang nur verstanden werden, wenn man sie im Kontext der in Rußland durchgeführten ökonomischen und sozial-politischen Reformen sieht. Dabei sollte man nicht in den Fehler verfallen, die modernen russischen Reformen am Maßstab irgendwelcher Reformen in den Ländern Westeuropas und Nordamerikas zu beurteilen. Und das aus folgendem Grund: Die Reformen in Rußland verlaufen als revolutionäre Reformen, das heißt, sie sind durch die Änderung des Machttypus hervorgerufen und haben die Aufgabe, die Änderung des Gesellschaftsbaus zu verankern.

Zweitens: Die Privatisierungsprozesse wurden nicht durch Jelzin und nicht 1993 begonnen, sondern durch Gorbatschow im Jahre 1990. Die Orientierung auf die Entstaatlichung des Eigentums und auf die Privatisierung wurde von der Regierung Ryshkow-Abalkin im Januar 1990 erarbeitet und von Gorbatschow und der höchsten politischen Führung der KPdSU gutgeheißen.

*Drittens:*Die Notwendigkeit des Wechsels der gesellschaftlichen Ordnung war in den Jahren 1988-89 sowohl von der Nomenklatura, der Opposition (den sogenannten Demokraten) als auch von breiten Schichten des politisch passiven und nicht organisierten Volkes begriffen geworden. Die grundlegende Reform (Revolution) des Eigentums wurde als Teil dieser Notwendigkeit verstanden.

Die Nomenklatura begann als erste mit der Revolution des Eigentums. In der UdSSR war das Eigentum formal volkseigen (staatlich), aber faktisch gemeinschaftlich Gruppeneigentum der Nomenklatura (gesamtheitlich). Die Aufgabe der von der Nomenklatura durchgeführten Privatisierung bestand in der Verteilung des Gruppeneigentums (d.h. des gemeinsamen privaten) Eigentums unter den einzelnen Mitgliedern der Nomenklatura-Kaste. Dieser Prozeß vollzog sich faktisch in den Jahren 1990-1991.

*Viertens:*Die Opposition zur Macht der KPdSU (»Demokraten«) trat gegen die Privatisierung durch die Nomenklatura auf. Sie zeigte, daß das wahre Ziel dieser Privatisierung nicht in der Einführung des Privateigentums schlechthin, sondern in der Konstituierung der Nomenklatura als Privateigentümer bestand. An die Macht gekommen, brachen die »Demokraten« die von der Nomenklatura durch-

Dieser Beitrag wurde auf der Konferenz »Wohin geht Europa im Osten«, die vom 3. - 5. Mai 1996 in Montreuil stattfand, gehalten. Siehe dazu auch UTOPIE kreativ Heft 68 (Juni) 1996.

»In Rußland aber herrscht Zügellosigkeit, das Grundgesetz des allgemeinen Betrugs und der Pflichtvergehenheit, sagt Lebed: »Schulden werden nicht getilgt, Löhne nicht bezahlt.« Ordnung muß her.

Die russische Regierung verfügt über 16 Milliarden Dollar an Währungsreserven, die weitgehend dahinschmelzen, wenn die seit Monaten ausstehenden Löhne und Renten nachgezahlt werden. Jelzin hatte das als Wahlgeschenk versprochen, auch Entschädigungen für die entwerteten Sparguthaben (zunächst für Sparer, die über 80 Jahre alt sind).

Der Lebensstandard der Massen sinkt noch weiter. In Rußland wird – wohl weltweit einzig – mehr Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bezogen als aus Lohnarbeit. Die Reallöhne verminderten sich voriges Jahr um ein Viertel. Doch die Regierung bekommt die Inflation (1992: über 2500 Prozent) langsam in den Griff. Die Preise stiegen im Mai nur noch um 1,6 Prozent. Laut Umfrage zeigt sich jeder dritte Russe mit seiner Kaufkraft einigermaßen zufrieden, bei 41 Prozent reicht das Einkommen nur für Lebensmittel.

Jeder fünfte hungert. Die gute Nachricht: Unter dem Druck des Weltwährungsfonds – als Bedingung für weitere Kredite – liegt das Defizit der öffentlichen Haushalte nur noch bei 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Ebenso hoch sind die Steuerrückstände. Die Hälfte der Ausgaben ist nicht durch Einnahmen gedeckt.«

DER SPIEGEL, Heft 26/1996, S. 128.

geführte Privatisierung jedoch nicht ab, sondern beteiligten sich an dieser und wurden so zur »neuen Nomenklatura«.

*Fünftens:*Die alte und die neue Nomenklatura (Kasten) sind die zwei legitimen realen Beteiligten der Privatisierung. Es gibt noch einen dritten Beteiligten: das Schattenkapital. In den Jahren der Jelzinschen Reformen konnte es sich legalisieren und so herüberretten. Das Schattenkapital (faktisch kriminelles Kapital) übertraf die alte »kommunistische« und die neue »demokratische« Nomenklatura in ihren kriminellen Methoden der Bereicherung. Als Folge dessen erhielt der Prozeß der Privatisierung im gegenwärtigen Rußland im wesentlichen einen kriminellen Charakter.

*Sechstens:*Die Masse der Bevölkerung war und blieb faktisch ausgeschlossen von der Privatisierung. Der Versuch eines in großem Maßstab durchgeführten Betruges der Bevölkerung unter dem Deckmantel der »Volksprivatisierung« ist äußerst umfassend, inhaltsreich und verdient eine spezielle Untersuchung. Dieser Versuch ist den russischen »Demokraten« hervorragend gelungen.

*Siebtens:*Das Fazit des ersten Stadiums der Entstaatlichung und Privatisierung lautet:

- Zerstörung der Industrie (der Umfang der Produktion verringerte sich um die Hälfte),
- ständige Verringerung der realen Einkünfte der werktätigen Bevölkerung (um das 3-5 fache),
- Ausfuhr von mehr als 100 Milliarden US-Dollar aus Rußland,
- Schaffung mächtiger Privatvermögen,
- Herstellung der Kontrolle einer Reihe von Schlüsselbereichen der Industrie Rußlands durch ausländisches Kapital,
- Auszug des Staates aus der Ökonomie.

*Achtens:*Die zweite Etappe der Privatisierung hat begonnen. Ihre Aufgabe besteht in der weiteren Liquidierung staatlicher Anteile am Aktienkapital sowie in der Einbeziehung von Grund und Boden und von Wohnraumressourcen in die Privatisierung.

*Neuntens:*Die Privatisierung in der UdSSR und in Rußland wurde und wird als Zwangs- und alternativlose Reform des Eigentums durchgeführt. In den Augen der Bevölkerung Rußlands sind ihre Methoden undemokratisch und kriminell und ihre Resultate nicht gerecht.

Interessant sind die Äußerungen derjenigen, die sich die Privatisierung in Rußland haben einfallen lassen und die sie durchführten. Es ist hier angebracht, zu unterstreichen, daß bei der Definition der Zielrichtung der Reformen des Eigentums die damaligen Führer der KPdSU und die Mitstreiter Jelzins von Anfang an übereinstimmten. Sowohl diese als auch jene wollten das Privateigentum. Genauer: Sowohl diese als auch jene rechneten damit, Besitzer von Privateigentum zu werden. Alles andere ist ideologische Bemäntelung dieses Ziels.

Die Suche nach »effektiven Eigentümern«, d.h. unterschiedlichen und sinnvollen Eigentumsformen, wurde nicht zur Aufgabe der praktischen Politik gemacht. Wenn die Frage so gestanden hätte, so wäre die freie Wahl und Neuwahl von Eigentumsformen und der Formen der Organisation der Produktion aktuell. Anstelle eines solchen demokratischen Zugangs zur Reform des Eigentums wurde die Zwangsprivatisierung bevorzugt, die apriori festlegt: effektiver Eigentümer kann nur ein Privateigentümer sein. So erlangten die Interessen einer Kaste (der Nomenklatura) und einer Klasse (der neuen Bourgeoisie) Vorrang vor den Interessen der Nation.

Die erste Etappe der Privatisierung begann im Dezember 1992 und endete 1994. Teilnehmer an dieser Etappe war jeder Bürger Rußlands (sogar wenn er nicht gewillt war, daran teilzunehmen). Jeder wurde Besitzer eines Voucher (Privatisierungsscheck) im Wert von 10.000 Rubeln (ca. 10 US-Dollar im Mittelwert des Kurses in der Periode 1993-94). Der Nominalwert des Voucher desorientierte von Anfang an bewußt die Bürger hinsichtlich des realen Preises des Anteils am Vermögen, der dem Voucher entsprach (die Preise stiegen im Zeitraum 1992-93 um nicht weniger als das 230 fache, aber der Nominalwert des Voucher blieb beim Preis von 1991). Die Regierung erließ extra ein Paket von Maßnahmen, um die Bürger zu bewegen, die Voucher zu verkaufen oder sie blindlings in verantwortungslose Privatisierungsfonds einzuzahlen.

Die Voucher konnten bequem von Leuten genutzt werden, die sich an der Macht befanden oder die die Macht kaufen wollten. Die Voucher-Privatisierung brachte eine Welle von Betrügereien und organisierter Kriminalität hervor. Der Staat zog sich während der Voucher-Privatisierung eigenmächtig vom Schutz der Interessen der Bevölkerung zurück.

Der zweite grundlegende Bestandteil der Privatisierung ist die Umwandlung staatlicher Betriebe in Aktiengesellschaften, wobei ein Teil der Aktien zu nichtstaatlichem Eigentum erklärt wurde. Die Umwandlung in Aktiengesellschaften machte aus den Betrieben eine Ware, an denen man Eigentumsrechte in Teilen kaufen und verkaufen konnte. Es ist prinzipiell wichtig anzumerken, daß Boris Jelzin verbot, bei der Umwandlung der staatlichen Betriebe in Aktiengesellschaften Gesellschaften geschlossenen Typs zu bilden. Mit seinen Erlassen machte er die praktischen Versuche zunichte, geschlossene Aktiengesellschaften zu gründen. Solche Versuche gab es von seiten der Arbeitskollektive (einschließlich der Administration) in der Hoffnung, Eigentümer der Betriebe zu bleiben oder zu werden. Verboten war während der Umwandlung in Aktiengesellschaften auch, die dem Kollektiv unentgeltlich oder zu Vorzugsbedingungen verkauften Aktien in einem Paket aufzubewahren. Sie sollten unbedingt an konkrete Lohnarbeiter ausgegeben werden. Auf diese Art und Weise wurde der Kauf und Verkauf der Aktien maximal erleichtert. Die Administration, teilweise auch der Staat, verloren die Kontrolle über die Formierung des Kontrollpaketes. Aus diesem Grund sind in einer Reihe von Industriezweigen die Aktienkontrollpakete zielgerichtet von ausländischen Gesellschaften über vorgeschobene Firmen aufgekauft

»Die Steuereinnahmen in Rußland liegen bei ungefähr einem Fünftel des Bruttoinlandsprodukts. In anderen Industriestaaten sind sie doppelt so hoch.

Lebed, der General, möchte wie ein Chicago-boy die Steuersätze senken: »Wenn heute jeder Unternehmer von 100 verdienten Rubel 89 als Steuern abführen muß, gehen nur noch Idioten einer ordentlichen Beschäftigung nach. Mit Muskelkraft, Waffenbeherrschung und viel krimineller Energie sichert man sich viel eher seine Existenz.«
Tatsächlich gelingt es den russischen Finanzämtern nicht, annähernd die Hälfte der fälligen Steuern einzunehmen.«
Ebenda.

»Lebed:

Ordnung heißt für mich, daß Menschen zusammen mit ihrem Land reicher werden können – und nicht auf dessen Kosten. Ordnung, das ist ein Staat, der allen seinen Bürgern Schutz und Fürsorge garantiert, nicht nur den wenigen Superreichen.

Ordnung à la Lebed, das ist garantierte Freiheit für ehrliches Handeln. Bei uns hat das Verbrechen das ganze Land in seine Gewalt gebracht. Der Zugang zum Markt ist für die meisten verbaut, durch Schutzgeldrpressung, unerträgliche Steuern, Betrug, Bestechung. Diesen Teufelskreis müssen gezielte Präsidendenentscheidungen durchbrechen.

SPIEGEL:

Das klingt, als wollten Sie auf dem Feld der Wirtschaft erst einmeln Minen räumen lassen.

Lebed:

Genau das habe ich auch vor. Damit kluge Köpfe dort ackern können und nicht gestört werden; damit sich Profis durchsetzen.«
Ebenda, S. 130.

worden. Die Preise waren dabei nicht nur niedriger, sondern geradezu lachhaft.

Schließlich, der dritte wesentliche Bestandteil der Privatisierung: Auktionen. Hier sind durch die Art der Durchführung der Auktionen bereits eine Reihe von Konkurrenten, insbesondere die Käufer, deren Grundkapital zu mehr als 25 Prozent aus staatlichen Mitteln bestand, ausgeschlossen worden. Das bedeutet, daß die Reformer im voraus die ökonomische Effektivität der Privatisierung opfereten. Sie verabsolutierten das ideologische Kriterium – »das Privateigentum über alles«. Der Sinn der in Rußland durchgeführten Privatisierung besteht ausschließlich in der Vernichtung des staatlichen Eigentums. Es war reiner Selbstzweck und beweist die Kulturlosigkeit sowohl der Weisungen des Internationalen Währungsfonds als auch der ausführenden Regierung von B.N. Jelzin.

W. Polewanow, Vize-Premier der Regierung Rußlands von 1994-95, wurde durch seinen Artikel zur Analyse der ersten Etappe der Privatisierung bekannt. W. Polewanow wies überzeugend nach, daß alle wesentlichen Aufgaben nicht erfüllt wurden. Als negative Ergebnisse werden genannt:

- Anwachsen der Wirtschaftskriminalität;
- Untergrabung der nationalen Sicherheit;
- Abgabe des staatlichen Eigentums an private Nutzer für einen Spottpreis. Für fünfhundert der größten privatisierten Betriebe Rußlands wurden nur 3,6 Prozent ihres realen Wertes erzielt (7,2 Milliarden US-Dollar statt 200 Milliarden US-Dollar);
- der übereilte und erdrutschartige Charakter der Privatisierung führte zu einer ernsthaften Vernichtung der Produktion.

Die erste Etappe der Privatisierung hat gezeigt, daß auch im 20. Jahrhundert die Prozesse der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals dazu führen, daß das Kapital »von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend« zur Welt kommt (Karl Marx).

In Rußland hat jetzt die *zweite* Etappe der Privatisierung begonnen – und das noch energischer als die erste. Die Spezialisten warnen: Rußland könnte für die Vollendung dieser neuen Etappe der Privatisierung nicht mehr genug Schmutz und auch nicht mehr genug Blut haben. Die Degradierung erfaßt jetzt schon nicht nur die Produktion, sondern alle Sphären und Lebensbereiche der Bevölkerung. In Rußland geht eine Entartung auf Anweisung und unter Mitwirkung der internationalen Gemeinschaft vor sich. Vor anderthalb Jahrhunderten verkündete Pierre Proudhon: »Eigentum – das ist Diebstahl«. Heute untermauert die Privatisierung in Rußland diese These, ergänzt um einen neuen Aspekt: »Die Forcierung und gewaltsame Einführung des Privateigentums hat den ökonomischen Genozid der Bevölkerung unausweichlich zur Folge«.

Diese Schlußfolgerung muß emotionslos und ohne Panikmache gezogen werden. Sie konstatiert nur den Fakt.

OTTO LAZIS

Die KPRF – die Partei der Antiwahl Rußlands

Was tut man nicht alles, um sein Image vor den Wahlen zu verbessern! Aber es war nicht zu hören, daß die KPRF ihre Programmaussage, Privateigentum nur für eine »Übergangsperiode« zuzulassen, zurückgenommen hatte. Was Tschetschenien betrifft, so schlug Sjuganow in seiner Rede vor der Duma am 7. Februar 1996 lediglich vor, eine »mit Autorität ausgestattete Kommission« zu bilden sowie den Posten des Vizepremiers einzuführen. Das Wichtigste aber ist, daß das Bild von Sjuganow als einem Pluralisten im Grunde seinen eigenen, nicht so weit zurückliegenden Reden widerspricht.

Hofft Sjuganow nicht auf einen Wahlsieg?

Viele Kommentatoren haben das Referat Sjuganows auf dem V. Plenum des ZK der KPRF¹ zu Unrecht unbeachtet gelassen.

Mit großer Genugtuung spricht der Führer der Kommunisten davon, daß seine Partei in der Duma 35 Prozent der Mandate erhalten hat. Das ist sowohl ein Erfolg der Partei als auch ein Beweis für die Existenz eines undemokratischen Wahlgesetzes. Denn der Anteil der Sitze, die Sjuganows Anhänger in der Duma besetzen, übersteigt um das Anderthalbfache den Anteil der Stimmen, die ihnen die Wähler gaben. Und der Führer der KPRF gab selber zu, daß für seine Partei 15,5 Millionen und für alle Kommunistischen Parteien zusammengenommen knapp 20 Millionen Menschen gestimmt haben. Wenn man sich in Erinnerung ruft, daß die Zahl der Wahlberechtigten 107 Millionen beträgt, wird deutlich, daß der erste Platz bei den Parlamentswahlen den Kommunisten nicht den Sieg bei den Präsidentschaftswahlen garantiert.

Der Führer der KPRF fordert auf, zu erkennen, daß die Partei ihre gegenwärtigen Möglichkeiten fast ausgeschöpft hat und es erforderlich ist, nach neuen zu suchen. Um welche handelt es sich? Sjuganow ruft zur ernsthaften Erneuerung des gesamten strategischen, taktischen und ideologischen Arsenal auf.

Worin soll die Revision der Ideologie bestehen?

Dem Wesen nach ist es der Vorschlag, sowohl die in die »Sackgasse führende« moderne westliche Zivilisation abzulehnen und den »Durchbruch zu einer neuen ökonomischen und gesellschaftlichen Produktionsform, gestützt auf das bedeutende russische kulturell-historische Erbe« zu vollenden. Dieser Abschnitt der Rede ist mit »Nicht hinterher laufen, sondern überholen« überschrieben. Hier handelt es sich nicht um eine neue, sondern um eine alte Idee.

Otto Rudolfowitsch Lazis –
Jg 1934, Dr. phil.,
Stellvertretender Chef-
redakteur der »Iswestija«.

1 Das Plenum des ZK der KPRF fand am 12. Januar 1996 in Moskau statt. Ein Bericht über das Plenum und der Wortlaut der Rede von Genadi Sjuganow: »Man wird mehr tun müssen, als bisher getan ist«, ist veröffentlicht in: Prawda Rossii, 18. Januar 1996, S. 2-3.

Sjuganows Referat weist folgende Gliederung auf:

- (1) Der Antikommunismus ist nicht vorbei;
- (2) Ein Erfolg, aber noch kein Umbruch;
- (3) Das ideologische Arsenal erneuern;
- (4) Nicht hinterher laufen, sondern überholen;
- (5) Wir sind in die Macht eingebaut;
- (6) Den Genozid stoppen;
- (7) Die Kommunisten in der Staatsduma.

»Der liebe Gott ist in Rußland derzeit ein stark beschäftigter Mann, ein Wahlkampfschlager. Alle, die sich am kommenden Sonntag um die Präsidentschaft, um das wichtigste Amt im Riesenreich, bewerben, haben sich ihn als Beistand erbeten. Dabei kommt es zu seltsamen Allianzen... Dann ist da Genndaj Sjuganow, KP-Chef und als solcher dem Atheismus verpflichtet – und doch setzt auch er auf die Hilfe himmlischer Heerscharen. Er zeigt sich, jetzt in der Endphase des Wahlkampfes, gern mit patriotischen Popen an seiner Seite und besucht heilige Messen.«
 DER SPIEGEL, Nr. 24/1996, S. 132.

Es ist die Idee Lenins, was an sich nicht unbedingt schlecht ist: Lenin hatte viele gute Ideen. Aber die Idee des Überholens, des Sprunges (in der modernen Terminologie - »des Durchbruchs«), lag zum Scheitern verurteilt und in der Stalinschen Ausführung schrecklichen Aktivitäten zugrunde.

Die Überanspannung der Kräfte des Landes im Namen des Sprungs rief jene soziale Dystrophie hervor, von der sich Rußland auch nach Jahrzehnten noch nicht erholt hat. Was haben sich Sjuganows Anhänger da ausgedacht, daß das nie und niemandem Gelingene plötzlich gelingen möge? Bis jetzt wird nur eines deutlich: Der Durchbruch soll nicht gestützt auf Marx Theorie erfolgen, sondern auf der Grundlage russischer Traditionen. Das ist sehr zweifelhaft. Jene russischen Zaren, die sich von der westlichen Erfahrung abgrenzten, verzichteten auch auf »Durchbrüche«. Alles in allem wird nichts, was über das Bekannte hinausgeht, ausgedacht: den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung wird Gewalt angetan, was immer zur Gewaltherrschaft über das Volk geführt hat.

Übrigens sind Überlegungen über konkrete Wege der ideologischen Umorientierung schon deshalb nicht aktuell, weil eine derart grandiose Umorientierung der Wählerschaft eine strategische Aufgabe ist, in fünf Monaten kann man hier nichts verändern. Wenn aber nichts anderes vorgeschlagen wird, um den Sieg herbeizuführen, dann rechnet Sjuganow vielleicht gar nicht mit dem Sieg?

Ein zusätzliches Eingeständnis dessen enthält der Abschnitt der Rede, der ausgesprochen aufrichtig mit »Wir sind in die Macht eingebaut« überschrieben ist. Der Kernsatz lautet: »Man muß nicht den Bemitleidenswerten herauskehren und an jeder Ecke erzählen, ›wir seien nicht in die Macht eingebaut‹«. Nein, denn wir sind schon in die Macht eingebaut, und die Aufgabe besteht jetzt darin, daß unsere Opposition zur Politik des Regimes sich in einen Gegensatz zwischen ihren Exekutiv- und Legislativstrukturen verwandelt.

Nichts dagegen zu sagen, eine schöne »Festigung des Staates« und »Durchsetzung von Ordnung« verspricht uns die KPRF! Wobei der Referent sich beeilte, zu versichern, daß er gewillt ist, den Gegensatz auf friedlichem Wege, durch eine Verfassungsänderung, zu lösen. Doch der gesetzliche Weg solcher Veränderungen ist ausgesprochen kompliziert, und selbst wenn Sjuganows Anhänger über genug Stimmen dafür verfügen, dann reicht die Zeit bis zu den Wahlen dafür nicht aus. Es ist schwer vorstellbar, daß sie auf den Kampf um die Macht verzichten haben. Man kann etwas anderes annehmen: sie wollen auf irgendeine andere Weise, den Kampf um die Macht gewinnen, nur nicht auf dem Wege des Sieges in den Präsidentschaftswahlen.

Trotzdem können sie auch als Sieger aus den Wahlen hervorgehen, wenn ihre Konkurrenten so erfolglos agieren, wie es bisher der Fall war. Da dies nicht auszuschließen ist, muß man sich genau vorstellen, was uns im Falle eines Sieges der KPRF erwartet.

Kann man ohne Wahlen auskommen?

Ein Teil der Wähler, die die KPRF unterstützen, haben auf ihre Weise recht: In jener Gesellschaft, in der es der Mehrheit schlecht ging, ging es ihnen, der Minderheit, gut. Denn nicht alle standen Schlange nach dem »Defizit«, einige erhielten diese »Mangelware« für einen Spottpreis und ohne anzustehen, andere zogen sogar einen Gewinn aus dem Handel mit defizitären Waren. Viele, die auch damals nicht sehr gut lebten, erinnern sich heute nur an das Beste aus jenen Zeiten, eine natürliche Eigenschaft des menschlichen Gedächtnisses. Bewußt oder unbewußt hoffen sie, daß man die alten Mechanismen der sozialen Garantien zurückholen kann, ohne das zu verlieren, was im neuen Leben bereits zur Gewohnheit geworden ist: eine zuverlässige Versorgung mit Waren und die Freiheit der Wahl, nicht nur was den Konsum und die Politik, sondern auch was die Gestaltung des Lebens überhaupt betrifft.

Das ist sehr bequem: das Recht der Wahl zu haben, aber die Verantwortung für die Wahl nicht tragen zu wollen. Nicht die Verantwortung dafür zu tragen, was Hajek und andere etwas vereinfacht als Wahl zwischen Freiheit und Gleichheit bezeichnen. Sjuganows Anhänger nehmen uns diese Bürde ab, sie behaupten, daß die Wahl nicht zwangsläufig ist. Man muß sie nur wählen, und es wird Gleichheit sein und Milch und Honig fließen.

Schon im Hinblick auf den Haushalt für 1996 müßte man nach den von Sjuganow vorgenommenen Korrekturen folgendes tun: die Schulden des Staates gegenüber den Unternehmen und der Bevölkerung begleichen, die »realen Bedürfnisse« der Wissenschaft, Kultur, Bildung, des Gesundheitswesens und der Verteidigung finanzieren, die Renten, Stipendien und Gehälter unter Berücksichtigung des Existenzminimums erhöhen, dem militärisch-industriellen Komplex und den Betrieben, die Massenbedarfsgüter produzieren, umfangreiche staatliche Aufträge erteilen und die Steuern senken. Außerdem wurden Festpreise für Brot und das Einfrieren der Mieten versprochen. Kann man alles das – und noch dazu in einem Jahr – bewältigen? Man kann es. Aber nur unter der Bedingung, die Sjuganow verschweigt: unter der Bedingung, daß wertloses Geld gedruckt wird und die jetzt zum Stillstand kommende Inflation wieder angekurbelt wird. Es ist auch möglich, es so wie es jahrzehntelang zuvor üblich war, zu tun, indem man die offene Inflation zu einer verdeckten macht. Das heißt, man muß von der Festlegung der Preise über den Markt zur Festlegung der Preise durch die Beamten übergehen. Aber dies werden nur für die Beamten reale Preise sein, für die Beamten, die sich mit Waren eingedeckt haben und auf diese Weise in einem geschlossenen Verteiler befinden. Für die übrigen bleiben die Karten, Schlangen und die von der Leitung für sie ausgewählten Waren.

Vielleicht glauben die Führer der KPRF in ihrer Einfalt, daß überhaupt nichts passiert, wenn man von der Marktwirtschaft nur eine Schraube löst. Ließ doch der neue Sprecher der Duma, Gennadi Selesnew von der KPRF, in einem Interview für die Zeitung »Segodnja« die Bemerkung fallen, daß die Regierung auf die Milliarden von Dollar aus der Valutareserve der Zentralbank zurückgreifen kann, um die Löhne und Gehälter zu bezahlen. Er ist

»Tumanow: In den Reden der Anhänger Sjuganows kommt immer wieder der Gedanke vor, wir brauchen eine andere Verfassungsordnung. Als Vorsitzender des Verfassungsgerichts bin ich allein schon mit dieser Fragestellung nicht einverstanden. Ich will nicht darüber streiten, ob unsere Verfassung gut oder schlecht ist.

SPIEGEL: Ist sie gut?

Tumanow: Meiner Meinung nach ist sie ganz anständig, aber darum geht es nicht. Ich frage mich: Wie kann ein Land überleben, wo jeder Machtwechsel eine neue Verfassung zur Folge hat? Da zeigt sich doch der alte Rechtsnihilismus, der sich durch die ganze Geschichte des russischen Volkes zieht, eine erdrückende Bürde.«
Ebenda, S. 135.

»Tumanow: Unsere KP hat sich schon vor sieben Jahren, noch unter Gorbatschow, in einen sozialdemokratischen und einen rechtskonservativen Flügel gespalten. Bei diesem rechten, heute von Sjuganow geführten Flügel werden Sie keine sozialdemokratischen Tendenzen finden. Ehemalige Kommunisten, die sich zu Sozialdemokraten gewandelt haben, sind heute in ganz anderen Parteien – oder parteilos.«
Ebenda.

wirklich der Meinung, daß die Regierung dieses Geld in der Tasche hat und es nur aus bösem Willen nicht für die gute Sache verwendet. Er kann sich nicht vorstellen, daß es unmöglich ist, die Dollar, die die Banken bei der russischen Bevölkerung für Rubel gekauft haben, »einfach« in Umlauf zu bringen, ebenso, wie es nicht möglich ist, einfach mehr Rubel zu drucken und zu verteilen. Er ahnt nicht, daß die Unabhängigkeit der Zentralbank und das Verbot, den Staatshaushalt auf Kosten von Krediten der Zentralbank zu finanzieren, keine reine Formalität ist, sondern ein notwendiges Mittel, die Bevölkerung gegen inflationäre Ausbeutung zu schützen. Und Menschen mit derart hinterwäldlerischen Vorstellungen von Ökonomie wollen das Land regieren!

Das beständige hartnäckige Versprechen von Wundern hat Sjuganow derart gefesselt, daß er selbst, wie es scheint, die reale Orientierung, wo das Wunder aufhört und die Wirklichkeit beginnt, verliert. Davon kündeten auch seine sich in der letzten Zeit häufenden Äußerungen über den sogenannten Genozid in Rußland. Unter Genozid versteht man die totale physische Ausrottung der Bevölkerung nach nationalen Merkmalen. Die unversöhnliche russische Opposition bezeichnet mit Genozid das Sinken der Bevölkerungszahl im Ergebnis der Veränderungen der Wachstumstendenzen, also einer Erscheinung völlig anderer Ordnung.

Das ist nicht immer ein Beweis für ein niedriges Niveau der materiellen Konsumtion, im Gegenteil: in armen Ländern nimmt die Bevölkerung zu, während Perioden des Rückgangs oft in Industrieländern mit einem hohen materiellen und kulturellen Lebensstandard zu beobachten sind. Natürlich ist ein Rückgang der Bevölkerung für Rußland heute nicht wünschenswert, aber es geht auch nicht an, ein Jahrhundertproblem den Reformkräften anzulasten.

Sjuganow rät der Regierung »ihr konkretes programmatisches Ziel in einem einzigen Punkt genau zu formulieren: dann und dann wird der Rückgang der Bevölkerung aufhören, und die mittlere Lebenserwartung steigen« – und basta. Die Vorstellung, daß es möglich ist, zu einem bestimmten Zeitpunkt die Geburtenrate und die Sterblichkeit zu planen, ist mehr, als nur extremer Bürokratismus, das ist der Denkstil von Schtschedrins Stadthauptleuten.

Der Führer der KPRF handelte vorschnell, als er voller Leidenschaft die Regierung entlarvte. Die mittlere Lebenserwartung ist schon im Steigen begriffen. In einem Jahr hat sie, verglichen mit 1995 um ein Jahr zugenommen. Der Geburtenrückgang wurde nach 1988 im Jahre 1994 erstmals gestoppt. 1995 sank die Geburtenrate etwas, aber die Sterblichkeit ging weit mehr zurück, was dazu führte, daß die Bevölkerungszahl langsamer sank. Anders gesagt, die allgemeinen Kennziffern über die Lebenserwartung und den Bevölkerungszuwachs sind heute bei weitem nicht zufriedenstellend, aber sie verschlechtern sich nicht mehr, sondern werden besser. Würden diese Kennziffern wirklich dem Willen der Regierung unterliegen, könnte W. Tschernomyrdin Sjuganows Kritik leicht widerlegen.

Außerdem ist 1994 erstmalig in der Nachkriegsgeschichte ein positives Saldo der Migration zwischen Rußland und allen ehema-

ligen Republiken der UdSSR zu verzeichnen. Dies ist ein anschaulicher Ausdruck dessen, wie die Menschen das Lebensniveau im Rußland der Reformen und in den anderen Republiken einschätzten. 1995 hielt diese positive Entwicklung an, die Zahl der Migranten in das nahe Ausland nahm nicht mehr zu.

Sjuganow irrt noch in einem anderen Punkt. Die Statistik des natürlichen Bevölkerungswachstums in Rußland in den letzten fünfundsiebzig Jahren weist folgende Angaben aus:

1960 um 15,8 Promille, 1965 – 8,1; 1970 – 5,9; 1975 – 5,9; 1980 – 4,9; 1985 – 5,3; 1990 – 2,2; 1991 – 0,7. Das ist die Situation vor den radikalen Reformen und man muß kein Prophet sein, um zu erraten, wann die abnehmende, aber sich noch im positiven Bereich bewegend Tendenz den negativen Bereich erreichte. 1992 – Minus 1,5; 1993 – Minus 5,1; 1994 – Minus 6,2; 1995 – Minus 5,3.

Das Diagramm des natürlichen Wachstums ähnelt einem Sägeblatt. Die demographischen Wellen mit ihrem Auf und Ab weisen die Spuren aller Kriege des 20. Jahrhunderts und anderer demographischer Katastrophen, z.B. des Hungers 1933 auf. Die Reformen sind nicht die Primärursache für die negative Entwicklung. Die Geburtenrate ist – ungeachtet aller Schwankungen – schon seit hundert Jahren rückläufig, was u.a. auf die Urbanisierung zurückzuführen ist, die Zunahme der Sterblichkeit hat im wesentlichen ökologische Ursachen. Das sind alles sehr langfristige Erscheinungen. Wenn man die Machthaber für die demographischen Prozesse direkt verantwortlich macht, darf man nicht die Augen davor verschließen, daß die gravierendste Verschlechterung in den sechziger Jahren, also zum Zeitpunkt der Alleinherrschaft und Allmacht der KPdSU zu verzeichnen war.

Ohne Reue

In der Bundesrepublik gibt es ein Gesetz, daß die öffentliche Leugnung der geschichtlichen Wahrheit über die Verbrechen Hitlers unter Strafe stellt. Dieser weisen Entscheidung liegt die Überzeugung zugrunde, daß der wichtigste Garant gegen die Wiederholung vergleichbarer Verbrechen nur das Gedächtnis des Volkes sein kann. Daher kann auch der Versuch, dieses Gedächtnis zu töten, als Vorbereitung neuen Mordens angesehen werden.

Gäbe es bei uns ein vergleichbares Gesetz im Hinblick auf die Verbrechen des sowjetischen Totalitarismus, könnte man ein Verfahren gegen Gennadi Sjuganow anstrengen. Im Januar veröffentlichte »DER SPIEGEL« ein Interview mit Sjuganow, das die Zeitung »Sowetskaja Rossija« unvorsichtigerweise nachdruckte, obwohl es nicht für den Leser in Rußland gedacht war. Hier ein wörtliches Zitat aus dem Interview:

»Sjuganow: In der Breschnew-Zeit existierte bereits ein liberaler Staat ohne Repressalien. Es wurden ein paar Dissidenten ausgebürgert – das war es auch schon. Sie müssen sich die Listen der Inhaftierten genau ansehen: Heute sitzen mehr Opfer von Repressalien in den Lagern als unter Stalin.

SPIEGEL: Wie bitte?

Sjuganow: In meinem Heimatdorf wurden damals lediglich zwei

»Und alle sprechen von Ordnung: Schutz vor Verbrechen und Bürokratenwillkür, Garantie des Arbeitsplatzes, Sicherheit für die Kinder und ihre Ausbildung, die Gesundheit und ihre Fürsorge, funktionierende Gesetze, eine unbestechliche Justiz. Rechtssicherheit steht nach Erhebungen russischer Soziologen im Katalog neurrussischer Werte ganz obenan. Erst weit dahinter folgen Arbeit, Wohlergehen, Autorität, Freiheit, wengleich die letztere mit steigender Tendenz ...

Es ist der Traum, den alle Russen träumen und an dessen Erfüllung niemand glaubt. Das ist wenig verwunderlich angesichts der konkreten Wahlmöglichkeiten: Auf der einen Seite ein Präsident, der einige der übelsten Auftragsmorde in Moskau, etwa an dem Fernsehchefredakteur Wladislaw Listjew, zur Chefsache erklärte, sein Prestige mit ihrer Aufklärung verband – und seither darüber schweigt.

Andererseits sein Herausforderer Sjuganow, für dessen Kommunistische Partei Rechtssicherheit noch immer dasselbe bedeutet wie für ihre ideologischen Ahnherren Lenin und Stalin: Klassenkampf von oben. Der Gulag wird mit Mafia-Morden aufgerechnet.«

Ebenda, S. 133.

2 »Mehr Opfer als unter Stalin«. Interview mit KP-Chef Sjuganow über seinen Wahlsieg, in: DER SPIEGEL, Nr. 2/1996, S. 121.

Leute verhaftet, und beide waren kriminell. Man muß sehr genau untersuchen, wer in den Gulag kam und weshalb.«²

Versuchen wir, dem Führer der KPRF die Aufgabe der Untersuchung dessen zu erleichtern, wovon er offensichtlich keine Ahnung hat. Lassen wir die Millionen der unter Stalin unschuldig und ohne Gerichtsverfahren Verurteilten außer acht. Sie sind heute rehabilitiert, folglich sind ihre Fälle von der Staatsanwaltschaft gewissenhaft untersucht worden und für den Staat gibt es hier kein Problem. Aber für Sjuganow gibt es hier offensichtlich ein Problem, er hat vor, »genau zu untersuchen«. Wenn er an die Macht kommt, wird er sicherlich »Wissenschaftler« finden, die die Geschichte so »untersuchen« werden, wie er es haben will. Lassen wir das beiseite, wenden wir uns nur jenen Fällen zu, die man durch keinerlei »Untersuchungen« umodeln kann.

Nehmen wir einen Sjuganow persönlich bekannten Menschen, den Abgeordneten Nikolai Engwer. Er kam im Mutterleib ins Lager. Seine schwangere Mutter wurde verhaftet, weil sie die »Familienangehörige eines Volksverrätters« war. Tausende unschuldige Mütter und Kinder, die dieses Kainsmal trugen, kamen in die Lager. Möge der Führer der KPRF doch analysieren und erzählen, welche Schuld Engwer auf sich geladen hatte, der vom Tage seiner Geburt an im Lager aufwuchs und dafür auch noch lebenslänglich mit Krücken belohnt wurde. Ich möchte Sjuganow bei der Rechtfertigung behilflich sein. Die Administration war human, die Mutter nähte Uniformen für die Front, für ihre gute Arbeit wurde sie mit sonntäglichen Besuchen beim Kind belohnt. Die Kinder durften nicht zusammen mit ihren Müttern im Lager leben, denn sie sollten ohne eine Erinnerung an ihre Angehörigen, die ja Volksfeinde waren, aufwachsen. Sogar Hitler ist mit den Angehörigen der deutschen Kommunisten nicht so umgegangen, wie Stalin mit den Frauen und Kindern der sowjetischen Kommunisten und Nichtkommunisten.

Und was den Liberalismus zu Breshnews Zeiten betrifft... Der Schriftsteller Boris Tschernych hat mir von einem Treffen der ehemaligen Häftlinge anlässlich des fünften Jahrestages der Schließung des 36. Politisolators im Permer Gebiet ein Stück Stacheldraht mitgebracht. Boris wurde 1987 entlassen, 1990 rehabilitiert. Fast ein viertel Jahrhundert Verfolgung, 5 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Verbannung. Alles begann damit, daß der Komsomolze Tschernych 1966 so naiv war, einen Brief an den Allunionskongreß des Jugendverbandes zu schreiben und darin Vorschläge zu unterbreiten, wie die Arbeit des Komsomol verbessert werden könnte. Kurz vor der Schließung des 36. Politisolators saßen dort 100 Gefangene. Heute befindet sich dort ein Museum. Sjuganow kann hinfahren und vor Ort »analysieren«. Allein im Permer Gebiet gab es unter dem »liberalen« Regime Breshnews vier derartiger Einrichtungen, in denen die Häftlinge unter verschärften Haftbedingungen gehalten wurden.

Zusammen mit Tschernych verbüßte der jetzige Kardinal von Litauen Swarinkas seine Haftstrafe. Unter Breshnew saß er 20 Jahre im Gefängnis. Ihre Mithäftlinge waren die Schriftsteller Lew Timofejew und Michail Furasow aus Kiew, der ukrainische

Dichter Mikola Rudenko und der in der Haft verstorbene Dichter Wasil Stus. Anatolij Martschenko verstarb 1987, unmittelbar vor der Amnestie im Lager Tschistopole. Der Schriftsteller Wladimir Maramsin wurde zu fünf Jahren verurteilt. Wenn er innerhalb dieser Frist keinen Ausreiseantrag stellte, würde die Haftstrafe jeweils um fünf Jahre verlängert. Maramsin wurde übrigens verurteilt, weil er Gedichte von Josif Brodski sammelte.

Die Führer und Propagandisten der KPRF schwören: Wir sind nicht die, die es unter Stalin gab, wir sind andere, wir werden keine Unschuldigen einsperren. Zu Lenins klugen Aussprüchen gehörte die Feststellung, daß jener, der den Politikern aufs Wort glaubt, ein ausgemachter Dummkopf sein muß. Es bedarf der Beweise, und glaubwürdig kann nur einer sein: Reue, die Verurteilung der Verbrechen, die im Namen der KPdSU begangen wurden. Sjuganow bestreitet nicht zufällig die Verbrechen der Stalinschtschina und Breshnewschtschina, im Programm der KPRF wird man keinen einzigen Hinweis auf die Existenz und Verurteilung dieser Verbrechen finden. Dafür ist die Rechtfertigung des Stalinismus nicht zu übersehen.

Ein ständig wiederkehrendes Thema, das bei den Rednern und Literaten der Partei Sjuganows besondere Wut hervorruft, ist das der »Überläufer«. Wer Mitglied der KPdSU war, heute aber nicht mehr zu ihnen gehört, ist ein Überläufer, er »hat seinen Schwur gebrochen«. Man könnte denken, daß diese Menschen auf einem anderen Stern leben, mit einer nur ihnen verständlichen Geschichte. Es gibt heute nicht mehr jene Partei, der die 11 Millionen russischer Kommunisten angehörten! Die KPRF ist ihrer Ideologie, ihren programmatischen Zielen, ihrer Zusammensetzung nach eine andere Partei. Sie selbst bezeichnet die einstigen Führer der KPdSU, vom letzten Generalsekretär an, als ihre schlimmsten Feinde. Der auf Beschluß des letzten Parteitages der KPdSU erarbeitete Entwurf des Parteiprogramms³ stößt bei den Anhängern Sjuganows wegen »Sozialdemokratismus« auf Ablehnung. Die Mitgliedschaft der KPRF, selbst wenn man den von der Partei verbreiteten Zahlen Glauben schenkt, übersteigt nicht ein Zwanzigstel der ehemaligen russischen Kommunisten. Mit welcher Begründung verurteilt die verschwindende Minderheit die überwiegende Mehrheit?

Jene, die heute nicht Mitglieder der KPRF sein wollen, werden als Karrieristen bezeichnet, die nach dem August 1991 zur neuen Macht übergelaufen sind. Aber das widerspricht doch offensichtlich den Tatsachen. Die Mehrheit der aus der KPdSU Ausgetretenen verließ die Partei doch im Jahre 1990, also als die Kommunisten an der Macht waren, und zwar aus Protest gegen die Gründung der KP der RSFSR, an deren Spitze Reformgegner (Sjuganow eingeschlossen) standen.⁴

Ich werde die Versammlung der Sekretäre der Grundorganisationen des Moskauer Choroschewsker Rayons nicht vergessen, auf der uns, der Delegation des Rayons zum Gründungsparteitag der KP der RSFSR, der Parteiauftrag der Mitglieder übermittelt wurde. Wir baten die Teilnehmer der Beratung, ihre Meinung zu den möglichen Varianten des Auftretens unserer Delegation mitzuteilen:

3 Der Entwurf des Parteiprogramms der KPdSU wurde am 8. August 1990 in der »Prawda« veröffentlicht. Annotation des Programm-entwurfes in: Disput was und wie (Berlin), 1. Juniheft 1991, S. 41-43.

Über die Diskussion zum Programmwurf siehe: Wladislaw Hedeler, Dieter Segert: Rußland – zerfallende Staatspartei und marginalisierte neue Parteien, in: Dieter Segert, Csilla Machos (Hg.): Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure, Opladen 1995, S. 148-202.

4 Die KP der RSFSR wurde im Juni 1990 gegründet. Als Vorsitzender wurde Iwan Kusmitsch Poloskow, geb. 1935, gewählt. Poloskow begann 1957 seine Laufbahn als Komsomolfunktionär. 1986 wurde er in das ZK gewählt.

Erstens: zum Parteitag zu gehen und das von Poloskow vorgeschlagene Manifest, das sich gegen die Reformen richtete, zu unterstützen; *Zweitens:* zum Parteitag zu gehen und das von Poloskow vorgeschlagene Manifest nicht zu unterstützen; *Drittens:* das Mandat zurückzugeben und nicht mehr am Parteitag teilnehmen. Ich weiß noch ganz genau, wie das Ergebnis lautete: Keiner der 124 Anwesenden sprach sich für die Unterstützung Poloskows aus, 120 stimmten dafür, das Manifest nicht zu unterstützen, 4 dafür, nicht mehr am Parteitag teilzunehmen. Wir haben am Parteitag teilgenommen und als Moskauer Delegation dem Mandat unserer Wähler Folge geleistet. Aber jene, die im Ergebnis der Intrigen im Apparat die Herrschaft in der Partei an sich rissen, kehrten alles ins Gegenteil. Die Mehrheit bezeichneten sie als Minderheit, als ein »Häufchen«. Die »Prawda« unterstützte sie, indem sie manipulierte Meldungen über den Verlauf des Parteitages veröffentlichte.

Ich wollte in meinem Artikel Sjuganow und seine Anhänger möglichst viel zu Wort kommen lassen. Worte bleiben Worte. So aber sehen die Taten aus. Unmittelbar nach den Wahlen in die Duma veröffentlichte die »Prawda Rossii« einen anonymen Offenen Brief ehemaliger Mitarbeiter der Auslandsaufklärung an A. N. Jakowlew.⁵ A. N. Jakowlew, einst Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Frontsoldat, wurde, ohne die Nennung auch nur eines einzigen Beweises, des Vaterlandsverrates beschuldigt. Die Militärstaatsanwaltschaft Rußlands wandte sich an die Redaktion mit der Bitte, ihr die Namen der Briefschreiber mitzuteilen, um die Möglichkeit zu haben, die Anschuldigungen zu prüfen. Der Chefredakteur der »Prawda Rossii«, (damals war es Gennadi Selesnew⁶) antwortete darauf in der Zeitung mit einem beleidigenden Brief: Leiten Sie zuerst ein Verfahren gegen Jakowlew ein (und das ohne einen einzigen Beweis!), dann werden sich auch Zeugen finden. Darauf folgte ein Interview mit einem ehemaligen Oberst aus dem KGB, der erklärte, daß alles sehr einfach sei: Jakowlew habe die »KPdSU verraten« (dazu gibt es keinen Beschluß der KPdSU, aber der KGB-Mann und Selesnew sind eben dieser Meinung), die KPdSU aber war laut Verfassung die Staatspartei. Ein Verrat an der Staatspartei ist gleichbedeutend mit Vaterlandsverrat!

Hier haben Sie das Niveau der Vorstellungen von Rechtsprechung eines Mannes, der einige Jahre später Vorsitzender der Duma Rußlands wurde. Hier haben sie die fertige »Rechts«grundlage für die künftige Verfolgung von über 10 Millionen unserer Mitbürger. Das ist es, was man von den heutigen »Kommunisten« Rußlands erwarten kann.

Quelle: Iswestija, 10. Februar 1996, S. 4.

ÜBERSETZUNG AUS DEM RUSSISCHEN UND ANMERKUNGEN VON
WLADISLAW HEDELER

5 Alexandr Nikolajewitsch Jakowlew, geb. 1923, wurde 1991 aus der KPdSU ausgeschlossen. 1992 war er Vizepräsident der Gorbatschow-Stiftung. Seit 1993 leitet Jakowlew die Rundfunk- und Fernsehgesellschaft Ostankino.

6 Gennadi Nikolajewitsch Selesnew, geb. 1947, Absolvent der Leningrader Staatlichen Universität, war von Februar bis August 1991 erster Stellvertreter und von August 1991 bis zu seiner Wahl zum Sprecher der Duma 1996 Chefredakteur der »Prawda«.

MANFRED KAPLUCK

Kommunisten contra bürgerliche Demokratie? Das KPD-Verbot und die Folgen

STEFAN BOLLINGER: Wie kamen Sie zur kommunistischen Bewegung, was prägte Sie?

MANFRED KAPLUCK: Darf ich zunächst einen Gedanken zu Ihrem Gesprächstitel sagen? Kommunisten standen einer bürgerlichen Demokratie in dem angesprochenen Zeitraum nie konträr gegenüber. Sie beteiligten sich an der Ausarbeitung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und wurden später seine Verteidiger gegen negative Veränderungen. Selbstverständlich traten sie für eine Alternative zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung ein und erkennen auch heute noch im Sozialismus die bessere Demokratie.

Mit 16 Jahren wurde ich, zunächst entsprechend einer Familientradition, im Juni 1945 in Essen Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands. Zunächst wollte ich nicht in die Jugendarbeit eingebunden werden, fühlte mich eher zu Erwachsenen hingezogen, erhielt jedoch kurzerhand meine erste »Überzeugung« beigebracht und wurde so zum Mitbegründer der Freien Deutschen Jugend in Westdeutschland. Gemeinsam mit anderen Freunden vertrat ich 1946 auf dem ersten Parlament der FDJ in Brandenburg die FDJ Westdeutschlands und lernte dort Erich Honecker, Paul Verner, Hermann Axen, Heinz Keßler und Horst Brasch kennen. Vielleicht besagt das nicht viel, doch begann hier eine langjährige Zusammenarbeit. Erst Kreisvorsitzender der FDJ in Essen, später Leiter der Jungen Pioniere für die Bundesrepublik und Mitglied des Sekretariats des Zentralbüros der FDJ Westdeutschlands. Mit gefangen, mit gehangen: Das FDJ-Verbot 1951 war ein erster Schock. Immerhin saß ich mit einigen Freunden bereits Anfang 1952 im Essener Knast. Wir hatten keine silbernen Löffel geklaut, ignorierten allerdings das FDJ-Verbot und erklärten, weiterhin tätig sein zu wollen. Ergebnis: Anklage wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« beim Bundesgerichtshof. Nach der Gefängnishaft folgten vierzehn Jahre in der Illegalität. Das spricht sich leicht, war gewiß mit der Zeit der Älteren während des Faschismus nicht zu vergleichen, war jedoch auch nicht nur abenteuerlich schön, zumal lange Trennungen von der Familie erforderlich wurden.

Deutschlandtreffen der Jugend in Berlin, Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Warschau, Moskau und Wien durfte ich arbeitsmäßig begleiten. 1960 fand ich mich im ZK der KPD und im Politbüro der Partei wieder. 1966 folgten noch einige Prozesse, die ausgingen wie das Hornberger Schießen, mir jedoch zur Legalität

Manfred Kapluck – Jg. 1929 (geb. in Essen), Leiter der Jungen Pioniere für die Bundesrepublik, 1952 inhaftiert, 1960 Mitglied des Politbüros des ZK der KPD, 1968 Mitglied des Initiativ-ausschusses für die Wiederzulassung der KPD, November 1968 Mitglied des Arbeitsausschusses zur Neukonstituierung der DKP, langjähriger Bezirksvorsitzender der DKP in Ruhr-Westfalen, gegenwärtig in der Marx-Engels-Stiftung e. V. Wuppertal tätig.

»In Bonn wird von deutschen Politikern auf Befehl der Besatzungsmächte eine sogenannte Verfassung beraten, die in Wirklichkeit nur das Feigenblatt zur Verdeckung des Kolonialregimes ist. Die zu bildende westdeutsche Regierung wird demnach nichts anderes sein, als eine Marionetten-Regierung des Besatzungsregimes...

Zur Durchführung dieser ihrer Politik bedienen sich diese Kräfte gewisser Parteiführer Westdeutschlands. Durch die führenden Politiker der CDU, FDP und SPD, durch die Doktoren Adenauer, Blücher und Schumacher wird die Politik des westdeutschen Monopolkapitals und seiner deutschen Junior-Partner auf Versklavung durch Marshall-Plan, Ruhr- und Besatzungsstatut unterstützt und gerechtfertigt.«

Entschließung der Solinger Delegiertenkonferenz der KPD (5.-6. März 1949), in: Günter Judick, Josef Schleifstein, Kurt Steinhaus (Hrsg.): KPD 1945-1968. Dokumente. Bd. 1. Neuss 1989, S. 267/268, 271.

verhelfen. Im Auftrag unserer Parteiführung gründete ich gemeinsam mit vier weiteren Genossen den »Initiativausschuß für die Wiedenzulassung der KPD«, war nach der Neukonstituierung der DKP zwölf Jahre Bezirksvorsitzender der DKP in Ruhr-Westfalen, arbeitete später für den Parteivorstand und bin seit 1989 in der MARX-ENGELS-STIFTUNG in Wuppertal tätig, natürlich ehrenamtlich. Zuviel des Lebenslaufs, zu wenig zur Politik und Arbeit.

STEFAN BOLLINGER: Seit Februar 1949 war die KPD nach Beendigung der »sozialistischen Arbeitsgemeinschaft von SED und KPD«¹ formal selbständig. Wie haben Sie diese »Selbständigkeit« erlebt? Oder anders gefragt, war die KPD nicht die westdeutsche Bezirksleitung der SED? Immerhin war die Westabteilung beim SED-ZK, bei wechselnden Namen, für die Anleitung der westdeutschen Genossen verantwortlich. Max Reimann stand bis Ende der sechziger Jahre auf der Einladungsliste für SED-Politbüro-Sitzungen.

MANFRED KAPLUCK: Selbständigkeit erlebte ich von Anfang an. Sie bezog sich auf unseren und meinen Verantwortungsbereich in den Westzonen und dann in der BRD. In meiner Arbeit vor Ort, aber auch bei Verhören, im Gefängnis oder vor Gericht konnte mir die SED doch wohl nicht direkt helfen, sondern stets nur meine Umgebung, also die Partei. Um so höher bewerte ich die Solidarität, die wir auch von der SED empfangen.

Vielleicht ist es hier angebracht, Fragen, die früher wie heute an uns gerichtet werden, historisch sachlich zu beantworten, auch wenn sie polemisch gestellt wurden: »War Ihre Partei nicht ein Anhängsel der SED?«; »Hatte Ihre Partei überhaupt und vielleicht erst nach Stalins Tod und später nach dem XX. Parteitag der KPdSU eine Möglichkeit, eigenständige Politik zu betreiben?« So ähnlich lauten ja auch Ihre Fragen.

Wir sollten uns erinnern: Die KPD wurde 1918 konstituiert. Sofort setzte eine Verfolgung ein, die mit dem feigen Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ihren ersten Horror-Höhepunkt hatte. Nach einem ersten kurzzeitigen Verbot war die KPD dann 1933 erneut der Illegalität und dem mörderischen Terror des Faschismus ausgesetzt.

In all diesen Jahren waren und blieben wir die Kommunistische Partei Deutschlands. Was sollte sich daran 1945, nach der Befreiung vom Faschismus ändern? Der Vorsitzende des Zentralkomitees war Wilhelm Pieck, in diesem Komitee wurden die Weichen gestellt. Die Aufteilung unseres Landes in Zonen konnte uns doch nicht daran hindern, daß wir uns als eine aus der Tradition gewachsene Partei verstanden, die mit dem Aufruf der KPD auch klare Vorstellungen zur aktuellen Situation wie zu ihren Zielen hatte.

Wir waren eine Partei, die lediglich durch Zonengrenzen getrennt, unterschiedliche Bedingungen ihrer Arbeit vorfand. Auffassung und Erwartung, über den Weg der Einheit Deutschlands wieder zu einer einheitlichen Organisation zu finden, blieben auch nach der Vereinigung von KPD und SPD in der sowjetischen Besatzungszone Allgemeingut von SED wie KPD. Wenn gemeinsame

Ziele auch nicht erreicht werden konnten, der innere Verbund, die totale Solidarität der SED mit der KPD blieb und war für uns westdeutsche Kommunisten Selbstverständnis.

Daß sich damit Probleme verbanden, die über Mißverständnisse hinaus durch eine von uns gewollte Zusammengehörigkeit weiter zu einer gewissen Abhängigkeit und auch zu Fehlern in der politischen Tätigkeit führten, soll nicht verschwiegen werden. Doch verstanden wir diese Kampfgemeinschaft zwischen der SED und der KPD stets als Bund der Solidarität. Max Reimann war vor dem Verbot der KPD Vorsitzender der Partei und wurde nach dem Verbot Erster Sekretär des Zentralkomitees. Ein Bergarbeiter, der nach der KZ-Haft in die Verantwortung der Führung der KPD gestellt wurde und mit unserer Partei in allen Phasen den Weg engster Zusammenarbeit mit der SED sowie mit der Führung der KPdSU in allen Phasen ging. Das war gewünscht und gewollt.

Keine Abteilung, auch nicht die Westabteilung des ZK der SED, hatte das Recht, dem Politbüro der KPD Anweisungen zu geben. Dennoch arbeiteten wir mit den Genossinnen und Genossen gern zusammen. Hatten sie doch zahlreiche Kontakte zu westdeutschen Parteien, Organisationen und Persönlichkeiten und waren selbst ausgebildete wissenschaftliche Fachkräfte. Eine gute konstruktive Zusammenarbeit fand auf der Ebene der Politbüros statt. Nicht ohne Grund wurde Max Reimann zu Politbürositzungen der SED eingeladen, er nahm natürlich vorwiegend an Beratungen zu gesamtdeutschen Problemen teil.

Ich selbst habe die KPD stets als eigenständige politische Kampfgemeinschaft empfunden, in die wir uns selbst mit Arbeit, mit Ideen und auch mit streitbarer Meinung einbringen konnten. Gleichzeitig erwartete ich jedoch von meiner Partei, daß sie eng mit der SED und der KPdSU verbunden blieb.

STEFAN BOLLINGER: Wie wirkte sich diese Zusammenarbeit bzw. Abhängigkeit in der praktischen Politik ab 1949 aus? War auch die »Hand Moskaus« zu spüren? Verstand man überhaupt in Berlin und gar in Moskau die spezifische Situation im Westen?

MANFRED KAPLUCK: Gegenfrage: Wodurch war denn die spezifische Situation in Bonn, Hamburg oder München gekennzeichnet? Der Kalte Krieg begann pünktlich. Viel hing von der seit 1949 begonnenen Remilitarisierung der Bundesrepublik ab. Zur Restauration des Kapitalismus in unserem Land gehörte das erklärte Ziel der politischen und später militärischen Integration in das westliche Bündnis. Die Spaltung Deutschlands wurde in Kauf genommen, denn der Sozialismus in den östlichen Ländern sollte zunächst zurückgedrängt und über diesen Weg die DDR »befreit werden«.

Damals standen die Kommunisten gemeinsam mit Gewerkschaften und anderen demokratischen Kräften gegen die Remilitarisierung, für die Einheit des Landes. Würden zunächst die aktivsten Kräfte ausgeschaltet, also z.B. die FDJ und später die Kommunisten, die als »Brückenkopf des Ostens« bezeichnet wurden, dann erschien die Realisierung der Regierungspolitik günstiger. Die

»Die Gegner der Bundesrepublik verstärken ihre Bemühungen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu untergraben. Jede Teilnahme an solchen Bestrebungen ist unvereinbar mit den Pflichten des öffentlichen Dienstes. Alle im unmittelbaren oder mittelbaren Bundesdienst stehenden Personen haben sich gemäß § 3 des vorläufigen Bundespersonalgesetzes durch ihr gesamtes Verhalten zur demokratischen Staatsordnung zu bekennen. Wer als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im Bundesdienst an Organisationen oder Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Staatsordnung teilnimmt, sich für sie betätigt oder sie sonst unterstützt, wer insbesondere im Auftrag oder im Sinne der auf Gewalthandlungen abzielenden Beschlüsse des 3. Parteitages der kommunistischen SED und des sogenannten ›National-Kongresses‹ wirkt, macht sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig.

Zu den Organisationen, deren Unterstützung mit den Dienstpflichten unvereinbar sind, gehören insbesondere:

1. die Kommunistische Partei Deutschlands mit all ihren Unterorganisationen,
2. die sozialdemokratische Aktion,
3. die Freie Deutsche Jugend (FDJ),
4. Die Vereinigung der Sowjetfreunde,
5. die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjet-Union,
6. der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands,
7. der gesamtdeutsche Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft.
8. das Komitee der Kämpfer für den Frieden,

9. das Komitee der Jungen Friedenskämpfer,
10. die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes ...
Gegen Schuldige ist un-nach-sichtig die sofortige Entfernung aus dem Bundesdienst ... herbeizuführen.«

Politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Grundordnung, Beschluß der Bundesregierung vom 19. September 1950, in: Georg Fülberth (Hrsg.), a.a.O., S. 83f.

»Bundesinnenminister Dr. Robert Lehr gab laut Neue Zeitung dem Bundestag bekannt, daß alle Organisationen, die eine von den Kommunisten inszenierte Volksbefragung gegen die Remilitarisierung vorbereiten, auf einstimmigen Beschluß der Bundesregierung vom 24. April [1951] gemäß Artikel 9 Absatz 2 des Grundgesetzes der Bundesrepublik verboten worden sind. Die kommunistische Volksbefragung wurde verboten, da sie ... die verfassungsmäßige Ordnung des Bundesrepublik zerstören will.«
[Verbot der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung], in: Georg Fülberth (Hrsg.), a.a.O., S. 84.

Politik der Herrschenden in Westdeutschland war durchsichtig. Warum sollte sie in Berlin und Moskau nicht erkannt werden?

STEFAN BOLLINGER: Warum verlor die KPD seit 1947/48 so schnell ihren Masseneinfluß in Westdeutschland? Wirkte das Beispiel SBZ/DDR oder waren es vornehmlich interne Schwächen in der Führungstätigkeit und in der Massenarbeit?

MANFRED KAPLUCK: Nach 1945 hatte die KPD einen guten Start. Trotz der zahlreichen Opfer, der Dezimierung der KPD durch zwölf Jahre des Terrors stieg die Mitgliedschaft schnell auf etwa 200.000. Bis 1953/1956 war die KPD mit Fraktionen im Deutschen Bundestag, in Landtagen sowie in hunderten Stadt- und Gemeindeparlamenten vertreten. Bis 1947/48, während des demokratischen Aufbruchs nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus, wirkte sie in der Regierung Karl Arnolds in Nordrhein-Westfalen sowie in sämtlichen Landesregierungen mit Ausnahme Schleswig-Holsteins und Württemberg-Hohenzollerns mit. Die Partei war mit ihren Mitgliedern aktiv am Aufbau der Gewerkschaften und getreu ihrer antifaschistischen Tradition an der demokratischen Neugestaltung unseres Landes beteiligt. So weit so gut.

Doch die konservativen Kräfte der Bundesrepublik retteten den Antikommunismus aus der faschistischen Zeit in die neue hinüber. Westliche Besatzungsmächte gaben die Zutaten. Bereits 1950 wurden durch einen Adenauererlaß Kommunisten aus den Verwaltungen entfernt. Die Tätigkeit von uns Kommunisten wurde kriminalisiert. Zu diesem Zeitpunkt konnte das Beispiel SBZ/DDR wohl kaum wirken, zumal Blockade und Verleumdung unmittelbar einsetzte. Wer will, wer darf in einer solchen Situation mit Kommunisten zusammenarbeiten? Der öffentliche Druck schlug sich bei Wahlen nieder – erst recht 1953, kurz nach den Ereignissen des 17. Juni. Folgerichtig erleichterte diese Kriminalisierung, sowie Verfolgungen, öffentlichkeitswirksam inszeniert, die Vorbereitung des KPD-Verbots.

Mängel, Schwächen und Fehler in der eigenen Parteiarbeit können wir natürlich immer ausmachen, nicht nur in der Aufbau-phase. Daß kommunistische Politik nicht unfehlbar ist, mußten wir unlängst bitter erfahren.

STEFAN BOLLINGER: Hätte die KPD nicht mehr auf Distanz zur SED gehen müssen? Die Probleme der Übernahme des sowjetischen Modells im Osten Deutschlands dürften ihr doch nicht entgangen sein? Wie wirkte sich überhaupt die Verhaftung führender westdeutscher Kommunisten wie Kurt Müller und Fritz Sperling auf die Stimmung der KPD aus?

MANFRED KAPLUCK: Distanz zur SED? Das wäre eine Distanz zur antifaschistisch-demokratischen Ordnung, zum Streben nach Wiedervereinigung, zur Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und natürlich auch Distanz zu dem Versuch geworden, eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten. Und wohin dann mit Erkenntnissen, mit Ideen, mit unserer Politik

in Westdeutschland? Vielleicht in den Schoß derer kriechen, die über die Westintegration eine Liquidierung der DDR anvisierten? Sollten wir Wohlverhalten gegenüber den etablierten Parteien üben? Vielleicht »bitte, bitte« sagen, damit wir nicht verfolgt und verboten werden?

Zu diesen Fragen möchte ich ausführlicher antworten dürfen.

Zwischen dem Beginn der Remilitarisierung und dem Verbot der KPD lagen sechs Jahre. Interessant ist, daß der Verbotsantrag durch die Adenauer-Regierung bereits vier Jahre vorher gestellt wurde. Das stand durchaus im Zusammenhang mit dem Verbot der FDJ von 1951. Verbote gegen den Demokratische Frauenbund Deutschlands, den Demokratische Kulturbund sowie die Aktion »Frohe Ferien für alle Kinder« folgten. Selbst das Eintreten für gesamtdeutschen Sportverkehr wurde behindert und unter Strafe gestellt. Betriebsräte einer Oberhausener Schachtanlage erhielten für Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten der DDR Otto Grotewohl, die sie über den Ankauf westdeutscher Steinkohle führten, Gefängnisstrafen.

In jüngster Zeit wurde häufiger publiziert, daß bis 1968 gegen etwa 200.000 Menschen unmittelbar polizeiliche und gerichtliche Ermittlungsverfahren angestrengt wurden und ca. 500.000 mittelbar betroffen waren. Die Zahl der durch die Justizbehörden in Gefängnisse verbrachten Bundesbürger lag vor dem KPD-Verbot bereits bei 3.000 und erhöhte sich aber nach dem Verbot – ohne kurzfristige Festnahmen – noch einmal bis auf insgesamt 10.000 Jugendliche, Frauen und Männer, die teilweise zu mehrjährigen Haftstrafen, oft mit nachfolgenden Nebenstrafen und zur Polizeiaufsicht verurteilt wurden.

Wer stand denn in dieser Zeit solidarisch zu uns? Können Sie verstehen, daß auch unter dem Druck und den Verfolgungen, denen wir ausgesetzt waren, das Wort Distanzierung für uns ein Fremdwort blieb?

Wer will behaupten, daß im Osten Deutschlands das sowjetische Modell übernommen worden sei. Das Rätssystem? Das Einparteiensystem? Die totale Veränderung sämtlicher Eigentumsformen? Auch gegenüber der Entwicklung in der DDR hatte die KPD entsprechend der Lage in der Bundesrepublik durchaus eigene programmatische Vorstellungen, selbst wenn sie zu dieser Zeit noch stark ideologisch mit der Zielstellung der internationalen kommunistischen Bewegung nach der Ablösung des Kapitalismus durch eine proletarische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats verhaftet waren.

Vergessen wir bitte nicht, das Leben und die politische Existenz deutscher Kommunisten hing vom Sieg der Sowjetunion und ihrer Verbündeten über den Faschismus ab. Das prägte die Politik und auch das Verhältnis zur KPdSU. Lange Zeit blieben wir unkritisch, selbst gegenüber Stalinschen Verfehlungen und Verbrechen. Natürlich war die Verhaftung der stellvertretenden Vorsitzenden der KPD, Kurt Müller und Fritz Sperling, ein Thema in der Partei. Viele waren im Zweifel. Konnte es sich nicht doch um eine Agententätigkeit in den eigenen Reihen handeln? Gegeben hatte es das allemal und war uns auch später nicht fremd. Besonders schlimm

»Das Adenauer-Regime ist der Feind der Volksrechte und jeder Demokratie. Wenn die Bevölkerung Westdeutschlands leben will, muß sie das Adenauer-Regime stürzen.

Es wäre lächerlich zu erwarten, daß das Regime Adenauer, welches die für die Bevölkerung unerträglichen Verhältnisse in Westdeutschland geschaffen hat, selbst den Wunsch hätte, daß diese Verhältnisse wieder abgeschafft werden. Es wäre ferner ein Trugschluß zu meinen, westdeutsche Pseudowahlen unter dem Adenauer-Regime der Täuschung und Unterdrückung des Volkes, oder Teilreformen, welche die Grundlage der in Westdeutschland bestehenden Ordnung unangestastet lassen, könnten den Notstand in Westdeutschlands beseitigen und zur Vereinigung Deutschlands führen. Die Unterdrücker werden alle ihnen zur Verfügung stehenden Machtmittel benutzen, um eine grundlegende Änderung der bestehenden Lage und die nationale Vereinigung Deutschlands zu verhindern, Deshalb muß das

Regime Adenauer gestürzt und auf den Trümmern dieses Regimes ein freies, einheitliches, unabhängiges, demokratisches und friedliebendes Deutschland geschaffen werden.

Nur der unversöhnliche und revolutionäre Kampf aller deutschen Patrioten kann und wird zum Sturz des Adenauer-Regimes und damit zur Beseitigung der Herrschaft der amerikanischen Imperialisten in Westdeutschland führen.«
 Programm zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands. Beschlossen vom PV der KPD (2. November 1952), in: Günter Judick, Josef Schleifstein, Kurt Steinhaus (Hrsg.), a.a.O., Bd. 1, S. 404.

war für die KPD die 1949 begonnene Auseinandersetzung mit dem »Titoismus«. Pauschale Verdächtigungen und unzureichende sachliche Auseinandersetzung schädeten der KPD wie der gesamten kommunistischen Bewegung in diesen Jahren. Die KPD verlor eine Reihe ihrer erfahrensten Funktionäre und in der Folge viele Mitglieder. Die Art der Auseinandersetzung behinderte das Erkennen eigener Fehler. Es war also mehr als eine Stimmung oder ein Thema.

STEFAN BOLLINGER: Am 17. August 1956 wurde nach langem Prozeß im Kalten-Kriegs-Klima die KPD durch das Bundesverfassungsgericht verboten. Das war in der bundesdeutschen Geschichte – neben dem Verbot der rechtsextremen Sozialistischen Reichspartei – ein einmaliger Vorgang. Fast einmalig war dieses Verbot aber auch in Westeuropa. War das nur Ausdruck des zutiefst reaktionären Charakters des »Adenauer-Regimes« des »nationalen Verrats«², das »gegen das Volk regiert«? Oder konnten die herrschenden konservativen Kräfte Schwächen und ernste Fehler der KPD-Politik ausnutzen?

MANFRED KAPLUCK: Vielleicht beantwortet Ihre erste Frage die zweite. Das Klima des Kalten Krieges wollen wir nicht mit einer Klimaanlage in heißen Bürohäusern vergleichen. Darf ich mich hier wiederholen? Die Restauration des Kapitalismus wurde vorangetrieben. Westintegration stand auf der Tagesordnung. Die Remilitarisierung wurde durchgesetzt, die Spaltung vertieft und zuerst die BRD als Separatstaat gebildet. Konnten wir das etwa als nationale Politik bezeichnen?

Dennoch, politische Fehleinschätzungen, wenn auch der Situation geschuldet, sowie verengte programmatische Aussagen schädeten und wurden verständlicherweise vom Gegner ausgenutzt. Immerhin formulierte die Erklärung des Parteivorstandes der KPD vom 17. August 1956: »Mit dem Verbot der KPD ist die Adenauer-Regierung zur reaktionärsten Regierung Europas geworden.« Und: »Der Weg von 1933, der Weg der Unterdrückung der Arbeiterbewegung ist damit beschritten worden.« Von dieser ersten Reaktion, die auf einen Vergleich mit dem faschistischen Regime hinauslief, bis zur Erkenntnis, daß selbst legale Initiativen zur Zurückgewinnung der Legalität möglich sind, war ein weiter Erkenntnisweg. Politische Veränderung in der Arbeit waren notwendig, gleichzeitig erlebten wir die Härte des Vorgehens gegen Kommunisten.

STEFAN BOLLINGER: Welche Rolle spielte aus Ihrer Sicht das »Programm zur nationalen Wiedervereinigung« von 1952? Erwies es sich nicht als Verhängnis, mit alten Klassenkampfparolen in einer nunmehr doch funktionierenden parlamentarischen Demokratie zu operieren? Und verbaute sich die KPD mit ihren Angriffen auf die »rechten Gewerkschaftsführer« und die SPD nicht alle ernsthaften Möglichkeiten für die selbst immer gewünschte Einheitsfront-Politik.³ Wobei die SPD-Führung aus ihrem Antikommunismus keinen Hehl machte, aber »ein grober Klotz auf einen groben Keil«?

MANFRED KAPLUCK: Obwohl das »Programm zur nationalen Wiedervereinigung« von der KPD erst nach dem Verbotsantrag 1952 beschlossen wurde, reduzierte das Bundesverfassungsgericht das Programm auf die Forderung nach einem »revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes« zur Beweisführung im Verbotsprozeß. Gewiß war das Programm Reaktion auf die Politik der Regierung Adenauer, die jeden Ansatz einer Wiedervereinigung im Keim erstickte und die Spaltung Deutschlands vertiefte. Übrigens trat eben wegen dieser Politik Gustav Heinemann bereits 1951 als Innenminister zurück und aus der CDU aus. Das Programm forderte die Bildung einer Regierung der nationalen Wiedervereinigung. Dennoch, mit Fehleinschätzungen der Situation und der seltsam unrealistischen Forderung nach dem »revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes« wurde der KPD großer Schaden zugefügt.

Noch verheerender waren die Thesen, die auf dem ersten regulären Parteitag der KPD 1951 angenommen wurden. Doch auch hier möchte ich zunächst auf die politische Entwicklung verweisen. Der gemeinsame antifaschistische Kampf von Kommunisten und Sozialdemokraten, der Schwur in Konzentrationslagern oder in der Emigration zur Einheit hielt offenkundig nicht lange vor. Zunächst gab es auch in den Westzonen erhebliche Bemühungen, eine gemeinsame Partei zu schaffen. Gebildete Einheitskomitees wurden jedoch von den Militärregierungen verboten und vom zentralen sozialdemokratischen Büro Dr. Schumachers torpediert. In den DGB-Gewerkschaften IG Bergbau und Energie sowie der IG Bau wurden bereits 1949/50 gewählte Gewerkschaftsfunktionäre vor die Türe gesetzt, weil sie Mitglieder der KPD waren. Die SPD strebte Regierungsmitverantwortung an und meinte, wenn sie sich regierungskonform verhielte, sei das Ziel leichter zu erreichen. Da wollte man mit Kommunisten keine politische Verbindung und verweigerte selbst den eigenen Mitgliedern die Arbeit in Initiativen, in denen Kommunisten tätig waren.

Natürlich dürfen wir sektiererische Fehler der KPD nicht übersehen und können sie auch mit der schwierigen Lage der KPD im Kampf gegen einen übermächtigen imperialistischen Gegner allein nicht erklären. Beschuldigungen, die Gewerkschaftsführer als Interessenvertreter der deutschen und amerikanischen Monopole bezeichneten und behaupteten, Gewerkschaftsfunktionäre würden Interessen der deutschen Arbeiter verraten, waren nicht nur falsch, sondern förderten die Isolierung von Kommunisten. Wenn Gewerkschaftsführern die Absicht unterstellt wurde, sie wollten die Gewerkschaften auf den Kriegskurs einstellen, dann klingt die Beschwörung notwendiger Aktionseinheit wie eine hohle Phrase. Schlimm war der Aufruf in der These 37, gegen den Willen der Gewerkschaftsführer und mit Unterstützung der unorganisierten Arbeiter Kämpfe auszulösen, sie zu führen und dazu Kampfleitungen zu bilden. Letztlich verloren durch die Antwort der Gewerkschaftsführungen und eigenem Fehlverhalten Kommunisten nahezu sämtliche gewerkschaftliche Leitungsfunktionen. Noch während der Illegalität wurde solch fehlerhafte Politik korrigiert.

Trotz solch falscher, sektiererischer Politik haben Kommunisten durchaus im Parlamentarismus ein notwendiges Kampffeld

»In dem Verfahren über den Antrag der Bundesregierung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands hat das Bundesverfassungsgericht – Erster Senat – aufgrund der in der Zeit vom 23. November 1954 bis zum 14. Juli 1955 durchgeführten Verhandlung durch Urteil für Recht erkannt:

I.1. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist verfassungswidrig.

2. Die Kommunistische Partei Deutschlands wird aufgelöst.

3. Es ist verboten, Ersatzorganisationen für die Kommunistische Partei Deutschlands zu schaffen oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzusetzen.

4. Das Vermögen der Kommunistischen Partei Deutschlands wird zugunsten des Bundesrepublik Deutschland zu gemeinnützigen Zwecken eingezogen ...

III. Vorsätzliche Zuwiderhandlungen gegen diese Entscheidung oder gegen die im Vollzuge dieser Entscheidung getroffenen Maßnahmen werden gemäß §§ 47, 42 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten bestraft.«
[Das Verbot der KPD], in: Georg Fülberth (Hrsg.), a.a.O., S. 174.

»Ein Verbot der Kommunistischen Partei Deutschland steht der Wiedermehrung einer kommunistischen Partei im Falle gesamtdeutscher Wahlen rechtlich nicht entgegen...

Eine Partei ist nicht schon dann verfassungswidrig, wenn sie die obersten Prinzipien einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht anerkennt; es muß vielmehr eine aktive kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung hinzukommen ...

Eine Partei ist schon dann verfassungswidrig, wenn sie eine andere soziale und politische Ausprägung der freiheitlichen Demokratie als die heutige in der Bundesrepublik deshalb anstrebt, um sie als Durchgangsstadium zur leichteren Beseitigung jeder freiheitlichen demokratischen Grundordnung überhaupt zu benutzen, mag diese Beseitigung auch erst im Zusammenhang mit oder nach der Wiedervereinigung stattfinden sollen...«

[Leitsätze des KPD-Verbotsurteils], zit. in: Manfred Wilke, Hans-Peter Müller, Marion Brabant: Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte – Organisation – Politik, Köln 1990, S. 83f.

gesehen. Nach Möglichkeit kandidierte die KPD bei sämtlichen Parlamentswahlen und konnte in Gemeinden, Städten und in den Ländern trotz Verbotsdrohung bis 1956 beachtliche Stimmengewinne erzielen.

STEFAN BOLLINGER: Welche Rückwirkungen hatten die tiefen Einschnitte in der Entwicklung der SED, 1948 mit dem Übergang zur stalinistischen »Partei neuen Typus«, 1952 mit dem Proklamieren des »Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus« und 1953 mit der Arbeitererhebung am 17. Juni?

MANFRED KAPLUCK: Die Einschnitte versuchte ich zur vorherigen Frage zu beantworten. Wir gingen davon aus, daß die Politik erfolgreich sein konnte und waren wesentlich von der Richtigkeit unserer Programmatik überzeugt. Dabei müssen wir uns allerdings von der Vorstellung frei machen, daß die Politik der SED einen breiten Raum in der Diskussion der KPD eingenommen hätte. Das Hemd war uns näher als der Rock. Können Sie sich nicht vorstellen, daß FDJler in der Illegalität oder in Gefängnishaft eine Partei neuen Typus wünschten, weil sie darin eine Partei mit größerer Geschlossenheit, mit Kampfkraft und Offensivgeist sahen? Zum Beschluß des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus unsere damalige Meinung: Na endlich. Die Ereignisse 1953 schätzten wir als Versuch der Konterrevolution ein.

STEFAN BOLLINGER: Warum blieb die KPD zu den Möglichkeiten eines demokratischen Staates skeptisch? Max Reimann arbeitete doch im Parlamentarischen Rat an der Ausarbeitung des Grundgesetzes mit und erklärte später, daß die Kommunisten das Grundgesetz zwar nicht für das Ziel ihrer Politik hielten, wohl aber die ersten sein werden, die es verteidigen würden.

MANFRED KAPLUCK: Hat Max Reimann nicht Recht behalten? Ja, er lehnte seine Unterschrift unter die »Spaltungsurkunde Deutschlands« ab. Aber wurden Kommunisten und andere Demokraten nicht bis heute zu aktiven Verteidigern des Grundgesetzes, gegen hundertfache negative Veränderungen dieser Verfassung, so wie das die KPD-Mitglieder im Parlamentarischen Rat voraussagten?

Ist der Grund des Zweifelns durch das FDJ-Verbot, durch Verfolgungen und den Verbotsantrag gegen die kommunistische Partei nicht handfest genug? Wurde Max Reimann nach seiner Mitarbeit im Parlamentarischen Rat nicht wenig später per Haftbefehl gesucht? Übrigens: Das Grundgesetz wurde vom Papst noch nicht heilig gesprochen und ist auf demokratischer Grundlage durchaus veränderbar. Ziel für kommunistische und sozialistische Parteien sollte auch nach dem Scheitern des »Realsozialismus« ein demokratischer Sozialismus bleiben.

STEFAN BOLLINGER: Wie aktuell hielten die westdeutschen Kommunisten die Möglichkeit der Wiedervereinigung in den fünfziger Jahren? Gab es 1956 Sympathien für eine Verlangsamung des sozialistischen Aufbaus in der DDR, wie dies etwa Schirdewan

vertrat, um den Boden für einen gemeinsamen, nationalen Kampf für den Sozialismus zu legen?

MANFRED KAPLUCK: Aktuell kämpften wir doch für die Wiedervereinigung, standen deswegen vor den politischen Sonderkammern westdeutscher Gerichte und fanden uns nicht selten in Gefängnissen wieder. Nachzulesen in Tausenden unserer Anklageschriften und Urteilen. Die aktuelle Möglichkeit der Einheit entsprach unserer Überzeugung. Skepsis? 1951 wollten meine Frau und ich heiraten. Genossen empfahlen uns, dies doch besser um ein Jahr zu verschieben, dann könnten wir im wiedervereinigten Deutschland die Ehe schließen. Wir heirateten trotz der hoffnungsfrohen Ankündigung, dennoch möchte ich das nicht als Skepsis gegenüber unserer Politik werten.

Auffassungen von Schirdewan oder Ackermann spielten in unseren Diskussionen eine relativ geringe Rolle. Mehr vielleicht bei Max Reimann, der mit Karl Schirdewan befreundet war. An eine Begegnung mit Genossen Schirdewan später auf einem Arbeiterjugendkongreß erinnere ich mich gern. Er meinte, wir müßten wie ein Baum sein, der mit starken Wurzeln fest verankert sei. Doch die Baumkrone solle sich im Winde biegen, beweglich sein, aber Stürmen trotzen. Das Bild gefällt mir noch heute.

STEFAN BOLLINGER: Wie reflektierte die illegale KPD die seit 1956 einsetzenden Diskussionen in kommunistischen Parteien Westeuropas?

MANFRED KAPLUCK: Nach dem XX. Parteitag der KPdSU zog unsere Partei Lehren aus der Vergangenheit. Korrekturen in der Politik wurden spätestens auf dem Parteitag der KPD 1963 manifest. Er stellt deshalb ein besonderes Ereignis an einem Wendepunkt dar, weil er bereits vor der »Großen Koalition« die Signale der Partei für den Weg in die Legalität auf »Grün« stellte.

Max Reimann erklärte die Verteidigung des Grundgesetzes zur Aufgabe aller Volkskräfte. In seiner programmatischen Erklärung korrigierte der Parteitag frühere Fehleinschätzungen. Ein neues Verhältnis zur aktiven demokratischen Mitarbeit in den Gewerkschaften wurde als Aufgabe formuliert und damit frühere sektiererische Einengungen überwunden. Die Partei orientierte sich auf das Bemühen um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse.

Als wichtigste Lehre aus der Illegalität wurde die Notwendigkeit herausgestellt, die legale Massenarbeit zu entwickeln. In der Aktivität im Kampf für Frieden und Demokratie könne das Ansehen und die Autorität der gesamten Partei wachsen: »Das ist auch der beste Weg des Kampfes um die Legalität der Partei, der beste Weg, um Schritt für Schritt das Parteiverbot zu durchbrechen, das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen, so daß schließlich die Forderung nach Aufhebung des Parteiverbots zur Forderung breitester Volksschichten wird.«

In der Tat wurde mit dem Parteitag eine neue positiv veränderte Politik der KPD sowie die offensivere Aktivität im Kampf um die Legalität eingeleitet. Eine Grundlage dafür war bestimmt die Über-

»Das Ungeheuerliche ist geschehen. Auf Druck der Adenauer-Regierung hat das Bundesverfassungsgericht die KPD verboten und ihre Auflösung mit Polizeigewalt angeordnet. Die KPD ist da, und die KPD bleibt da. So erfordert es das Interesse der Arbeiterklasse und des deutschen Volkes. Das Urteil gegen die KPD ist gesprochen im Namen der deutschen Konzernherren, der Militaristen und der amerikanischen Hochfinanz. Das Volk wird das Urteil gegen die KPD niemals anerkennen, weil es gegen Frieden, Freiheit und nationale Wiedervereinigung gerichtet ist ... Das Verbot der KPD als einer deutschen und demokratischen Partei und der Raub der Mandate ihrer Abgeordneten zeigt, wie in der Bundesrepublik die Demokratie mit Füßen getreten wird ... Der Weg von 1933, der Weg der Unterdrückung der Arbeiterbewegung ist damit beschränkt worden. Mit dem Verbot der KPD ist die Adenauer-Regierung zur reaktionärsten Regierung Europas geworden... Das Verbot der KPD war zu verhindern und es ist zu beseitigen, wenn die SPD und der DGB dafür ihre ganze Kraft einsetzen. Das erfordert, daß einige sozialdemokratische Führer ihre passive Haltung aufgeben, durch die die Reaktion ermutigt und die Sache des Friedens und der Demokratie und die Positionen ihrer eigenen Organisationen geschwächt würden.«

Erklärung des PV der KPD zum Parteiverbot (17. August 1956), in: Günter Judick, Josef Schleifstein, Kurt Steinhaus (Hrsg.), a.a.O., Bd. 2, S. 153, 155.

»Ob Wiederzulassung oder ob Neugründung, in jedem Falle muß die kommunistische Partei, die jetzt oder in Zukunft aus dem Schattendasein der Illegalität hervortritt, eine von Grund auf neue, gewandelte kommunistische Partei sein. Die Partei muß zur alten KPD ja und zugleich nein sagen. Die Partei ist kein Gespenst, sondern ein lebendiges Wesen. Also muß sie lernen, muß Konsequenzen ziehen.«

Robert Havemann: »Die Partei ist kein Gespenst«. Plädoyer für eine neue KPD, in: Der Spiegel, H. 52/1965, S. 30.

»Den ersten sichtbaren Ausdruck einer wirklichen Wandlung würde ein neues Statut der Partei geben. Es müßte demokratisch sein und jeden Rückfall in den 'stalinistischen' Zentralismus von vornherein unmöglich machen. Das neue Statut der KP Schwedens könnte als Vorbild dienen. Es verbietet jeden Einfluß höherer Leitungen und Parteiorgane auf die Parteiwahlen. Es gestattet die Bildung oppositioneller Fraktionen in der Partei und damit die öffentliche Kritik an der Politik der Partei durch ihre Mitglieder.

windung von Schwächen und die Korrektur fehlerhafter Politik.

STEFAN BOLLINGER: Der Zug der Wiedervereinigung war mit dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik und dem Mauerbau abgefahren. Mit den Konzepten von John F. Kennedy, später Willy Brandts, zeichnetet sich eine Abkehr vom Kalten Krieg ab. Die KPD war weiter illegal. Aber erste Anzeichen eines politischen Klimawechsels waren auch in der Bundesrepublik zu beobachten. Mitte der sechziger Jahren stand die SPD vor einem Regierungseintritt, den sie sich mit dem Godesberger Programm und dem Bekenntnis zur Westbindung erkaufte hatte. Da kam es 1966 zum Briefwechsel SED – SPD und fast zum Redneraustausch beider Parteien. Ulbricht setzte – bei allen Berührungsängsten – offenkundig auf die SPD, um einen Wandel der deutsch-deutschen Beziehungen zu erreichen und die Anerkennung der DDR auf diesem Wege zu befördern. Wurde die KPD davon überrascht?

MANFRED KAPLUCK: Müßten wir uns nicht zunächst mit dem Thema beschäftigen, wie es zu den Veränderungen kam, die Sie in Ihrer Frage ansprechen? Mitte der sechziger Jahre entwickelten sich auch in der Bundesrepublik die Friedensbewegung und andere demokratische Kräfte. Dafür standen die Ostermärsche, die sich ausgehend von allgemeinen pazifistischen Anliegen und Aussagen mit zunehmender Kraftentfaltung der Friedensbewegung widmeten, gegen den schmutzigen US-Krieg in Vietnam protestierten und bis hin zu einer aktiven Entspannungspolitik die Anerkennung der DDR forderten. Die aggressive Aufrüstung mit Atomwaffen, ihre Aufstellung auch in der Bundesrepublik, der mit dem gewünschten Zugriff auf Atomwaffen verbundene Hegemonieanspruch von Kreisen des westdeutschen Großkapitals mit ihrem erklärten Ziel der Machtausdehnung über die Liquidierung der DDR hinaus nach Osten, das verlangte geradezu nach verstärkter Antiatom- und Friedensbewegung. Eine massive Einschränkung der demokratischen Grundrechte, die bis zu dem Höhepunkt der Annahme von Notstandsgesetzen getrieben wurde, führte zu der bekannten sehr umfassenden Antinotstandsbewegung und erweiterte sich besonders unter der studentischen Jugend zur außerparlamentarischen Opposition, der APO. Politische Zuspitzungen und die Herausbildung neuer demokratischer Bewegungen der sechziger Jahre vollzogen sich vor dem Hintergrund von Krisenerscheinungen des kapitalistischen Systems.

Der Regierungswechsel vom 1. Dezember 1966 war objektiv Ausdruck für die dringende Notwendigkeit, die bundesdeutsche Politik an veränderte innen-, wirtschafts- und außenpolitische Gegebenheiten anzupassen. Nach Kanzler Ludwig Erhard, nach der ersten Wirtschaftskrise, nach dem Anwachsen der Arbeitslosenzahlen und der Erschütterung des Glaubens an ein »ewiges« Wachstum war die SPD für der Regierung der Großen Koalition. Das ehemalige NSDAP-Mitglied Kurt Georg Kiesinger wurde Bundeskanzler, Willy Brandt Vizekanzler und Außenminister. Widersprüchlich war auch die weitere Zusammensetzung der Regierungsmannschaft, denn mit Gustav Heinemann wurde ein

namhafter Gegner der Aufrüstungspolitik und auch des KPD-Verbots Justizminister, aber zugleich trat mit Franz-Josef Strauß ein exponierter Verfechter der Remilitarisierung und Atomrüstung in die Regierung ein.

Angesichts solcher Entwicklung und vor dem Regierungswechsel war der angesprochene Brief- und Redneraustausch durchaus gewünscht und denkbar.

Gemeinsam mit anderen Politbüromitgliedern der KPD wurde ich in dieser Zeit zu mehreren Politbürositzungen der SED eingeladen und hatte die Möglichkeit, dabei auch mitstreiten zu können, zumindest darüber, wie weit sich ein Entgegenkommen zur SPD lohnt und eventuell grundsätzliche Kritik an rechten SPD-Führungspersonlichkeiten zurückgenommen werden sollte. Dabei verhehlte ich meine Einsicht nicht, daß die Perspektive eines vereinten Deutschlands ohne Gemeinsamkeit mit der SPD kaum denkbar war. Trotzdem vertrat ich den Standpunkt, daß ein Entgegenkommen angesichts des latenten Antikommunismus nicht zu weit gehen dürfe.

Zu Ihrer weiteren Frage: Überrascht war die KPD nicht. Hatten wir doch längst gute Beziehungen zu sozialdemokratischen Genossen und Genossen und auch zu Betriebsparteigruppen der SPD aufgenommen und waren gemeinsam mit zahlreichen Sozialdemokraten in verschiedensten Bewegungen und Initiativen aktiv. Die KPD förderte jede Annäherung der SPD an SED und DDR.

STEFAN BOLLINGER: Welche Erwartungen setzte die KPD in diese Wandlungen? Oder wirkte die alte Sozialdemokratismus-Angst weiter? Welche Rolle wurde ihr von der SED zugewiesen?

MANFRED KAPLUCK: Die Frage nach der »alten Sozialdemokratismus-Angst« provoziert mich zu der anderen: Schlagen Sie Ihr Kind immer noch? Lassen wir das Angstsyndrom beiseite. Unsere Erwartungen waren doch logisch. Wir erfaßten diese Situation als Chance, den Weg in die Legalität offensiv beschreiten zu können. Eine Rolle wurde uns von der SED nicht »zugewiesen«. Ist es auch im nachhinein schwer zu verstehen, daß die KPD die bewegliche Politik der SED unterstützte und darin eine Grundlage für die wachsende Intensität eigener Tätigkeit erkannte?

STEFAN BOLLINGER: 1965 schrieb Robert Havemann, antifaschistische Widerstandskämpfer und bekanntester linker DDR-Oppositioneller im »Spiegel« gegen das KPD-Verbot, zur Neugründung einer KPD, die aber auch für die DDR Konsequenzen hätte haben müssen. Die KPD verurteilte diesen Artikel stellvertretend für die SED scharf. Wie sahen Sie diesen Vorstoß damals und nun über 30 Jahre später?

MANFRED KAPLUCK: Zunächst, ich fühlte mich seinerzeit in der Beantwortung des Artikels nicht in einer Stellvertreterrolle, denn es ging doch in erster Linie um die KPD und nicht um die SED. Damals fragten wir uns, warum uns Robert Havemann nicht konsultiert hat. Was bedeutete das in einer Situation, in der selbst

Damit wird die Parteidisziplin in Meinungs- und Überzeugungsfragen aufgehoben, durch die ein Kommunist gezwungen werden könnte, in der Öffentlichkeit Meinungen zu rechtfertigen und zu vertreten, die er selbst für falsch hielt.« Robert Havemann, a.a.O., S. 30.

»...das Auftreten einer wirklich erneuerten und womöglich auch erfolgreicherer KP in der Bundesrepublik würde zweifellos in der DDR nicht ohne Wirkung bleiben.

Dies wird besonders deutlich, wenn man sich vor Augen hält, zu welchen Fragen das Programm einer neuen KP unmißverständlich Stellung zu nehmen hätte. Viele dieser Fragen sind nur in Deutschland aktuell, sondern bewegen die ganze kommunistische Welt...

.als erstes (wäre) eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Parteigeschichte dringend erforderlich ... war die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, ihre Polarisierung in die radikal revolutionäre KPD und die gemäßigte reformistische SPD, wovon sich die Kommunisten die baldige sozialistische Revolution in Deutschland erhofften, nicht schließlich doch ein Fehlschlag?

.Es wäre auch notwendig, sich von der falschen Interpretation des Begriffes »Stalinismus« loszusagen, die nur die schlimmsten Auswüchse der Stalinschen Ära als Verfehlung anerkennt ...

nicht aber begreifen will, daß die Ursache vor allem nicht in der Person Stalins, sondern in der Struktur des Partei- und Staatsapparates lag, wo Demokratie bestenfalls nur noch als Fassade existierte...

Wir leben ... nicht nur in der Zeit, in der sich eine neue Welt des Menschen in gewaltigen Geburtswunden ankündigt, wir leben auch in der Zeit der Bombe ... Weltkrieg heißt heute Welttod. Sollten darum nicht gerade die deutschen Kommunisten ihre Einstellung zum modernen Pazifismus gründlich überprüfen?»

Robert Havemann, a.a.O., S. 31.

»Ein tiefes Unbehagen breitet sich in unserem Land aus. Vielen Bürgern erscheint die Gegenwart unsicher, die Zukunft ungewiß. Arbeiter und Angestellte, Angehörige aller werktätigen Schichten, vor allem unserer arbeitenden und studierenden Jugend, beginnen, an einem System zu zweifeln, in dem das Profit- und Machtstreben einiger weniger das Maß aller Dinge, Richter über Leben und Tod des Volkes ist...

Die Kommunistische Partei Deutschland will ihren Beitrag leisten, damit das Volk der Bundesrepublik einen Weg findet, der zu Frieden und Wohlstand, zu einer gesicherten Zukunft führt...

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist die sozialistische und demokratische Partei der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes in der Bundesrepublik.«
 Programm der KPD – Entwurf (Februar 1968), in: Günter Judick, Josef Schleiße, Kurt Steinhaus (Hrsg.), a.a.O., Bd. 2, S. 395.

Adenauer sagte: »Ich bin absolut dafür, daß die Kommunisten wieder zugelassen werden.« Nur Gutes? Welche Partei wurde gewünscht? Eine, die als Knüppel gegen die SED gebraucht wurde? Wir hatten das Ziel, die in der Illegalität kämpfende Partei in die Freiheit zu führen und zwar mit ihren Grundsätzen und ihrer Politik. Ist es da schwer zu verstehen, wenn wir hinter Havemanns Vorstoß den Gedanken vermuteten, daß er eine Reformpartei wünschte. Heute nach 30 Jahren sehe ich das noch negativer, weil ich glaube, daß hier Absprachen mit ähnlich Denkenden zugrunde lagen. Leider scheint das in Akten nicht zu finden sein.

STEFAN BOLLINGER: Mit der Großen Koalition verstärkten KPD und SED die Versuche, in der Bundesrepublik wieder eine kommunistische Partei zu legalisieren. Welche unterschiedlichen Konzepte haben aus Ihrer Sicht dabei eine Rolle gespielt? Was wollten Ulbricht und Reimann und gab es aus Ihrer Kenntnis auch unterschiedliche Auffassungen in der SED-Führung? Mischte sich die KPdSU in diese Prozesse ein?

MANFRED KAPLUCK: Bitte bei allen Fragen immer zunächst an die Bewegung denken und davon die Aktenfunde ableiten. Denn eigentlich ist die Frage doch so: Führten die Veränderungen in der Bonner Regierungspolitik und in den demokratischen Bewegungen etwa dazu, daß die Forderung nach Wiederzulassung der KPD in der Öffentlichkeit erhoben wurde? Spontan nicht, dennoch gab das wachsende Demokratiebewußtsein neue Möglichkeiten, diese Forderung zu erheben. Auch aus heutiger Sicht war es richtig, die Chance zu nutzen.

Wenn sich die Chancen, den Weg in die Legalität erfolgreich zu beschreiten, vergrößerten, widerspiegelte sich das vielfältig. Nicht nur in den Bedingungen, die zur Großen Koalition führten, sondern auch in der verstärkten Bündnispolitik der KPD, in der Beteiligung an Bewegungen und bei außerparlamentarischen Aktionen. Die illegale Tätigkeit der KPD selbst konnte qualifiziert werden, die konspirative Arbeit wurde verändert, nach dem zwar alten, aber wichtigen Leninschen Prinzip: »Illegal soviel wie nötig – legal soviel wie möglich«. Kommunisten verstärkten ihre Tätigkeit vor allem in Betrieben und Gewerkschaften. Genosseninnen und Genossen beteiligten sich an der Herausgabe von legalen Publikationen und Wochenzeitungen. In Vorbereitung des Parteitages 1963 wurde ein »Ernst-Thälmann-Aufgebot« gestartet, das dem Engagement junger Kommunisten in der Gewerkschaftsjugend, der Naturfreundejugend und anderen Bereichen der Jugendarbeit Rechnung trug und die Zahl der Mitglieder um mehr als 1.000 ansteigen ließ.

Der Kampf der KPD war stets von internationaler Solidarität begleitet. Kommunistische Parteien forderten mit uns wiederholt und öffentlich die Aufhebung des Verbots. Die sozialistischen Länder, vor allem die Sowjetunion, verlangten nachdrücklich von der Bundesregierung, der KPD ihre legale Betätigungsmöglichkeit zurückzugeben. Bis in Handelsbeziehungen, an denen Westdeutschland natürlich interessiert war, spielte das eine Rolle.

Aus eigener Kenntnis kann ich sagen, daß es zwischen Walter

Ulbricht und Max Reimann über die aktuelle Notwendigkeit, die KPD zu legalisieren, keine Meinungsverschiedenheiten gab, wenn auch über einzelne Schritte ein Meinungs austausch notwendig war. Unterschiedliche Auffassungen in der SED-Führung? Sie waren vorhanden, ich hielt und halte sie für unbedeutend, zumal, meiner Auffassung nach, der richtige und erfolgreiche Weg beschritten wurde. Von Einmischung der KPdSU kann keine Rede sein. Vielmehr war es bedeutsam, daß auch im Ergebnis positiver Konsultationen und durch die enge Zusammenarbeit mit den Politbüros der SED und der KPdSU die Legalisierung unserer Partei erreicht werden konnte.

STEFAN BOLLINGER: 1956 wurde die KPD verboten, 1968 saßen Mitglieder der verbotenen Partei bei Justizminister Heinemann am Tisch und gemeinsam wurde über ein Weg zur Neukonstituierung einer kommunistischen Partei nachgedacht. Was empfanden Sie damals als Mitglied der Parteiführung?

MANFRED KAPLUCK: Glauben Sie, Grete Thiele hätte als Mitglied des ZK der KPD einen Privatbesuch bei Herrn Heinemann gemacht, den die Parteiführung erstaunt zur Kenntnis genommen hätte? Das Wort Neukonstituierung fiel in diesem Gespräch übrigens nicht. Über Wege zur Legalität wurde nachgedacht.

Darf ich trotzdem zur Entwicklung in dieser Zeit und zu »Verhandlungen« etwas sagen?

1966 wurde die Forderung nach Aufhebung des KPD-Verbots in verschiedenen Kreisen der Bevölkerung stärker aufgegriffen und fand national wie international deutliche Zustimmung. So bildete sich in Rheinland-Pfalz ein »Ausschuß für politische Amnestie und zur Aufhebung des KPD-Verbots«, dem Pfarrer Symanowsky, die Studienrätin Bienko, Dr. Benseler u.a. angehörten. Zahlreiche Persönlichkeiten aus Kreisen der Gewerkschaften, der Intelligenz und Kultur engagierten sich individuell oder in Initiativen ähnlich. Besonders in der Jugend wurde die Forderung stärker aufgegriffen.

Das Politbüro der KPD beschäftigte sich mit entsprechenden Maßnahmen für einen Weg in die Legalität. Der Erste Sekretär Max Reimann wandte sich am 15. Februar 1967 in einem Brief an die Bundesregierung und schlug schrittweise Maßnahmen zur Aufhebung des KPD-Verbots vor. Der zu diesem Zeitpunkt gegründete »Initiativausschuß zur Wiederm Zulassung der KPD« fand in hundert Versammlungen erhebliche öffentliche Beachtung.

Obwohl dieses Verhandlungsangebot nicht angenommen wurde, kam es zu ernsthaften Gesprächen mit Parlamentsabgeordneten, Vertretern der Fraktionen im Bundestag und Regierungsvertretern. Grete Thiele führte Gespräche mit Gustav Heinemann und Horst Ehmke. Kurt Erlebach und ich konsultierten im Auftrag der Parteiführung Bonner Politiker.

Dabei stellte sich heraus, daß die Bereitschaft über eine interfraktionelle Initiative im Bundestag das Verbot aufzuheben, nicht die erforderliche Zustimmung fand. Es wurden Wege gefunden, die schließlich zur Legalität, zur Konstituierung der DKP führten. Wesentlich dabei war, daß die Kommunisten der Bundesrepublik ihrer

»Keine dieser Lebensfragen ist auf die Dauer lösbar, wenn nicht die Macht der Monopole über Staat und Wirtschaft gebrochen wird. Demokratie, Frieden und eine gesellschaftliche Vorwärtsentwicklung können nur verwirklicht werden durch eine Veränderung der Machtverhältnisse, durch tiefgehende demokratische Reformen, durch eine demokratische Umgestaltung, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens – Wirtschaft und Staat, Bildung und Kultur – erfaßt und dem arbeitenden Volk den maßgeblichen Einfluß auf die Geschicke unseres Landes sichert.«
 Programm der KPD – Entwurf (Februar 1968), in: Günter Judick, Josef Schleifstein, Kurt Steinhaus (Hrsg.), a.a.O., S. 418f.

»Nach den Beamtengesetzen in Bund und Ländern darf in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt, sind Beamte verpflichtet, sich aktiv innerhalb und außerhalb des Dienstes für die Erhaltung dieser Grundordnung einzusetzen. Es handelt sich hierbei um

zwingende Vorschriften. Jeder Einzelfall muß für sich geprüft und entschieden werden...

Ein Bewerber, der verfassungsfeindliche Aktivitäten entwickelt, wird nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt. Gehört ein Bewerber einer Organisation an, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, so begründet diese Mitgliedschaft Zweifel daran, ob er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten wird. Der Zweifel rechtfertigt in der Regel eine Ablehnung des Anstellungsantrages.«
Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz: Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräften im öffentlichen Dienst, 28. Januar 1972, in: Georg Fülberth (Hrsg.), a.a.O., S. 357.

sozialistischen Zielsetzung, ihrem revolutionären Anspruch, ihrer Politik auf der Grundlage der Ideen von Marx, Engels und Lenin treu blieben.

STEFAN BOLLINGER: Wie vollzog sich die Neukonstituierung der DKP praktisch?

MANFRED KAPLUCK: Am 26. September 1968 gab Kurt Bachmann auf einer internationalen Pressekonferenz in Frankfurt am Main die Neukonstituierung der kommunistischen Partei bekannt. Tags zuvor konstituierte sich ebendort ein Bundesausschuß, der die Initiative der Kommunisten trug.

Die Deutsche Kommunistische Partei, die DKP, nahm damit ihre Tätigkeit auf. Schnell schlossen sich in zahlreichen Städten der BRD Kommunisten zu Initiativen, Ausschüssen und Gruppen zusammen. Die Öffentlichkeitsarbeit begann.

STEFAN BOLLINGER: Wie neu war die DKP wirklich, welche Rolle spielten die »Altkader«, und gelang es damals, neue Personen und Einsichten zu gewinnen? Immerhin war es ja die Zeit der Studentenbewegung und einer bis dahin unbekanntenen Politisierung und Linksorientierung unter bundesdeutschen Intellektuellen! Welche Auswirkungen hatten Pariser Mai und Prager Frühling für die politischen Auseinandersetzungen?

MANFRED KAPLUCK: Verständlicherweise waren es zunächst Mitglieder der »alten« KPD oder »Altkader«, wie Sie es nennen, die zur Neukonstituierung der DKP initiativ wurden. Und das überall dort, wo Kommunisten auch während der Illegalität tätig blieben. Doch in relativ kurzer Zeit konnte die Zahl der während der Illegalität aktiven 11.000 Mitstreiter verdreifacht werden. Vorwiegend junge Menschen aus den verschiedenen demokratischen Bewegungen traten in die DKP ein und verhalfen ihr zu einer dynamischen öffentlichkeitswirksamen Tätigkeit. Wenige Monate nach der Konstituierung gab die DKP bereits ihre Tageszeitung »Unsere Zeit«, die UZ heraus.

Die schnelle Zunahme der Mitgliedschaft war gewiß auch auf die Studentenbewegung und Linksorientierung vor allem der Jugend in dieser Zeit zurückzuführen.

STEFAN BOLLINGER: Das KPD-Verbot ist bis heute nicht aufgehoben, trotzdem existieren im 1990 größer geworden Deutschland mehrere Parteien, die sich in der einen oder anderen Weise in der Tradition der KPD-Aufreuer vom 11. Juni 1945 sehen. Ist damit das Verbotsurteil geschichtliche Makulatur? Nach dem Zusammenbruch in der DDR war dort und im alten Bundesrepublik viel von Vergangenheitsbewältigung die Rede, ist das für die Alt-BRD nicht auch noch aktuell? Und schließlich, gibt es aus den damaligen Erfahrungen Konsequenzen für heutige politische Strategien der Linken? Oder anders gesagt, wie halten es Kommunisten heute mit der Demokratie und der Revolution?!

Weiterführende Literatur:
Günter Judick, Josef Schleifstein, Kurt Steinhaus (Hrsg.): KPD 1945-1968. Dokumente. Band 1 1945-1952/Band 2 1953-1968, Neuss 1989.

MANFRED KAPLUCK: Mit der Neukonstituierung der DKP war das KPD-Verbotsurteil nicht aufgehoben. Es bleibt ein Relikt des Kalten Krieges. Negative Folgeerscheinungen, politische Diskriminierungen und soziale Belastungen wirken fort. Justizopfer aus der Zeit des Kalten Krieges wurden nicht rehabilitiert, erhielten bis heute keine Haftentschädigung und werden fortgesetzt durch den Wegfall ihrer Rentenansprüche für erlittene Haftzeiten bestraft. Akteneinsicht in die Unterlagen westdeutscher Geheimdienste, wie des Verfassungsschutzes oder des BND, wird nicht gewährt.

Darüber hinaus setzte in den neuen Bundesländern eine umfangreiche Diskriminierung und eine Welle von Verfolgungen aus politischen Gründen ein. So stellte der Bundesminister des Inneren am 10. September 1990 fest, es bestünden Zweifel an der Verfassungstreue bei allen Funktionären der SED und der Massenorganisationen der ehemaligen DDR. Für die Einzelfallprüfung wurde wiederholt nach Beziehungen zur KPD und anderen »für verfassungswidrig erklärten, verbotenen oder als verfassungsfeindlich bekannt gemachten Organisationen« gefragt.

Die Aufhebung des KPD-Verbotsurteils bleibt aktuell. Kommunisten forderten unlängst in einer Eingabe an den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung:

»– Die Bundesregierung trifft die Feststellung: das KPD-Verbotsurteil vom 17. August 1956 ist historisch überholt, damit gegenstandslos geworden und aufzuheben.

– Der Bundestag beschließt eine Novellierung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes.«

Urteile des Bundesverfassungsgerichts könnten eine Revisionsmöglichkeit erhalten. Über diese gesetzlich eingeräumte Möglichkeit kann das KPD-Verbotsurteil nach mehr als dreieinhalb Jahrzehnten revidiert und aufgehoben werden. Gewiß sind andere Bestimmungen des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes nach den jüngsten Verfassungsänderungen und der Wiedervereinigung Deutschlands ebenfalls korrekturbedürftig.

Dabei sind wir uns der Unterstützung der DKP und PDS gewiß.

Erfahrungen, Konsequenzen für die heutige politische Strategie der Linken? Es gibt für die jetzige Situation keine Lehrmeister. DKP und PDS haben längst aus der vergangenen und der jüngsten Zeit ihre politischen und programmatischen Schlußfolgerungen gezogen. Sie werden daran weiterarbeiten. Beide stehen vor dem gleichen Gegner, dem Kapitalismus pur. PDS wie DKP proklamieren, wenn auch differenziert, den Sozialismus als Alternative zur kapitalistischen Unordnung. Beide Parteien brauchen Bündnispartner, vielleicht sollten sie sich bald zu gemeinsamen Aktionen verständigen. Das könnte positiv und anregend auf andere linke und demokratischen Kräfte wirken.

1 Siehe Vereinbarung von SED und KPD über die Bildung einer sozialistischen Arbeitsgemeinschaft (14. Februar 1947), in: Günter Judick, Josef Schleifstein, Kurt Steinhaus (Hrsg.): KPD 1945–1968. Dokumente. Band. 1, Neuss 1989, S. 203f.

2 So formuliert in: Programm zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands. Beschlossen vom PV der KPD (2. November 1952), in: ebenda, S. 401.

3 Dies besonders nachdrücklich in der berühmt-berüchtigten These 37. Siehe: Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der KPD. Entschließung des Münchner [Weimarer] Parteitag (3.-5. März 1951), in: ebenda, S. 335-380.

Manfred Grieger, Günter Judick, Gert Meyer, Josef Schleifstein: Stalins Schatzen. Stalin und die westeuropäischen Kommunisten, Neuss 1989.

Georg Fülberth: KPD und DKP 1945-1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung, Heilbronn 1990.

Manfred Wilke/Hans-Peter Müller/Marion Brabant: Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP).

Geschichte – Organisation – Politik. Köln 1990.

Manfred Wilke, Hans-Peter Müller: SED-Politik gegen die Realitäten. Verlauf und Funktion der Diskussion über die westdeutschen Gewerkschaften in SED und KPD/DKP 1961 bis 1962, Köln o.J.

Herbert Mayer: Nur eine Wahlniederlage? Zum Verhältnis zwischen SED und KPD in den Jahren 1948/49. Hrsg. Gesellschaftswissenschaftliches Forum/Helle Panke e.V. (hefte zur ddr-geschichte: Heft 12), Berlin 1993, S. 29-46.

Hans-Peter Müller: Gründung und Frühgeschichte der DKP im Lichte der SED-Akten, in: Klaus Schroeder (Hrsg.): Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen, Berlin 1994, S. 251-285.

Herbert Mayer: Durchsetz von Parteifeinden, Agenten, Verbrechern...? Zu den Parteiauberungen in der KPD (1948-1952) und der Mitwirkung der SED.

Hrsg. Gesellschaftswissenschaftliches Forum/Helle Panke e.V. (hefte zur ddr-geschichte: Heft 33), Berlin 1995.